



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

35. Jahrgang · Heft 2

Februar 1983

Grafik des Monats: Landtagswahlen
Aufsätze: Landtagswahlen nach 1945

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Dezember 1982		Januar bis Dezember 1982	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	170	- 4,2	174	- 3,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	- 4,4	17	- 4,9
Löhne und Gehälter	Mill. DM	532	- 0,8	508	+ 1,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 433	+ 17,5	2 821	+ 1,1
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 672	+ 13,5	2 280	+ 0,7
Auslandsumsatz	Mill. DM	761	+ 34,6	541	+ 2,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 423	- 29,7	1 420	- 2,5
aus dem Inland	Mill. DM	1 003	+ 0,4	1 039	+ 5,9
aus dem Ausland	Mill. DM	420	- 59,1	380	- 20,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE	227	+ 23,3	194	- 12,6
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	47	- 6,1	49	- 9,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. St.	4	+ 28,9	5	- 8,7
Löhne und Gehälter	Mill. DM	111	+ 25,1	126	- 4,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	541	+ 2,7	359	- 10,1
Auftragseingang ³	Mill. DM	230	+ 54,9	212	- 11,3
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 022	+ 16,1	1 044	- 17,5
Nichtwohnbau	1 000m ³ umbauter Raum	564	+ 36,2	520	- 1,0
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	110 609	+ 28,6	92 442	+ 50,1
		November 1982		Januar bis November 1982	
Ausfuhr	Mill. DM	763	- 12,9	663	- 7,3
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	763	+ 22,1	620	- 3,1
Kredite⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 803	+ 1,0	9 017	+ 2,6
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	37 019	+ 6,0	36 068	+ 6,4

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 2/83

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aufsätze	
Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein nach 1945	26
Statistik des Monats	42
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte nach Monaten

Heft 8/1982

Nutzungsarten der Bodenfläche
Computerkarten im Angebot
Rauchgewohnheiten

Heft 9/1982

Umsätze 1980
Produktionswerte Baugewerbe

Heft 10/1982

Anfänge der industriellen Entwicklung
Rinder im Wirtschaftsjahr 1981/82
Gehalts- und Lohnstruktur

Heft 11/12 - 1982

Bodennutzung 1982
Ernte 1982
1981 weniger Sozialhilfeempfänger?
Studienwünsche
Entwicklung des Einzelhandels

Heft 1/1983

Arbeitsstätten des Einzelhandels
Die Apotheken 1979
Unternehmen des Gastgewerbes
Verarbeitendes Gewerbe 1982



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

35. Jahrgang

Heft 2

Februar 1983

Aktuelle Auslese



Reales Bruttoinlandsprodukt 1982 um 1,2 % gesunken

1982 wurden in Schleswig-Holstein zum zweiten Mal seit Kriegsende — das erste Mal war es 1975 — weniger Güter produziert und Dienstleistungen erbracht als ein Jahr zuvor. Das reale Bruttoinlandsprodukt, bewertet mit den Preisen von 1970, belief sich auf 31,8 Mrd. DM und war damit um 1,2 % niedriger als 1981. Diese verminderte wirtschaftliche Leistung war mit einem Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Erwerbstätigen um 24 000 (— 2,5 %) verbunden, bei einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosen (jeweils September) um 30 000. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität — gemessen am Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen — lag damit in Schleswig-Holstein um 1,3 % über der des Vorjahres. Bei gleichzeitiger Abnahme der geleisteten Arbeitszeit dürfte der Produktivitätsanstieg je geleistete Arbeitsstunde etwa 2 % betragen haben.

In jeweiligen Preisen ist das Bruttoinlandsprodukt 1982 in Schleswig-Holstein um 2,7 % auf 57,6 Mrd. DM gestiegen. Damit verteuerte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung in Schleswig-Holstein mit 4,0 % merklich geringer als im Länderdurchschnitt (4,8 %).

mehr als die Hälfte (53 %) aller genehmigten Wohnungen in neuen Wohngebäuden aus, fast zwei Drittel davon Eigentumswohnungen, die zu einem großen Teil im Rahmen sog. Bauherrenmodelle erstellt werden sollen.

Im Eigenheimbau dagegen entsprechen die 5 833 genehmigten Wohnungen nur noch der Hälfte des Durchschnitts der letzten zehn Jahre. Verringerte sich die Nachfrage 1979 „nur“ um 10 %, so waren es ein Jahr später schon 13 %, dann 23 % und im abgelaufenen Jahr 35 %, um welche jeweils die Vorjahreswerte unterschritten wurden.



Trotz Rückgangs zweitbestes Ausfuhrergebnis

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins konnte 1982 nicht auf dem hohen Niveau des bisherigen Rekordjahres 1981 gehalten werden. Während in den ersten 11 Monaten 1981 Waren im Wert von 7,9 Mrd. DM ausgeführt wurden, betrug die Ausfuhr im Januar bis November 1982 nur 7,3 Mrd. DM. Der Wert verringerte sich damit um 7 %. Dennoch kann die Exportwirtschaft zufrieden sein, denn gegenüber dem bisher drittbesten Ergebnis, 1980, konnte die Ausfuhr um stattliche 30 % gesteigert werden. Der Rückgang gegenüber 1981 ist zum großen Teil auf die Wasserfahrzeuge zurückzuführen, die zusammen mit den sonstigen Enderzeugnissen um 44 % absanken. Nimmt man diese beiden Warengruppen, deren Ausfuhr starken Schwankungen unterliegt, aus dem Vergleich heraus, dann ergibt sich gegenüber 1981 sogar ein Plus von 2 %.

Zu der negativen Gesamtentwicklung hat auch die Ernährungswirtschaft beigetragen. Besonders die Ausfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs nahm dabei ab (— 21 %), was hauptsächlich mit der geringeren Getreideausfuhr zusammenhängt. Die gewerbliche Wirtschaft (ohne die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen und sonstigen Enderzeugnissen) hat dagegen 6 % mehr Güter ausgeführt. Zu ihren Stützen zählten wieder einmal Maschinen (+ 14 %), elektrotechnische Erzeugnisse (+ 17 %) sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse (+ 7 %).



Wohnungsbaugenehmigungen 1982 auf dem Tiefpunkt

1982 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 13 902 Wohnungen zum Bau freigegeben, 2 264 (14 %) weniger als im Jahr davor. Dies ist das geringste Jahresergebnis seit 1950. Die im letzten Quartal 1982 gemessene Zunahme an genehmigten Wohnungen von 9,8 % im Vergleich zum letzten Quartal 1981 beeinflusste die negative Tendenz des Jahresergebnisses nur geringfügig, berechtigt aber zu einem vorsichtigen Optimismus.

1982 hat sich der Mehrfamilienhausbau (Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen) in den Vordergrund geschoben. Die Zahl seiner Wohnungen (6 675) machte

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein nach 1945

Ernennungsperiode

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Reiches war zunächst an die Zulassung von Parteien oder gar an Wahlen nicht zu denken. Erst nach Beendigung der Potsdamer Konferenz wurde die Bildung von politischen Parteien auf Kreisebene von der britischen Militärregierung durch die Verordnung Nr. 12 vom 15. September 1945 zugelassen¹. Damit war der erste Schritt für die Wiederherstellung einer parlamentarischen Demokratie getan. Die Parteien sollten ausdrücklich die später abzuhaltenden freien Wahlen vorbereiten. Noch im Herbst 1945 bauten die Parteien ihre Kreisverbände und in der ersten Hälfte des Jahres 1946 die Landesverbände auf. Die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei konnten dabei an vorhandene Strukturen anknüpfen. Anders sah es bei den übrigen Parteien aus. Sie suchten eine Sammlung zu einer neuen Partei zu erreichen. Daraus entstand die schleswig-holsteinische Christlich Demokratische Union. Die Sammlung gelang jedoch nicht vollständig. Eine liberale Gruppe, die gegen die Bezeichnung „christlich„ war, gründete nämlich die schleswig-holsteinische Freie Demokratische Partei². Im Norden unseres Landes trat der dänisch orientierte Südschleswigsche Verein (SSV) auf, der sich zwar nur kulturell betätigen durfte, aber auch an Wahlen teilnehmen konnte. Eine Besonderheit war die Sozialdemokratische Partei Flensburg (SPF), die ebenfalls prodänisch eingestellt war. Sie war eine eigenständige sozialdemokratische Partei und gehörte nicht zur SPD. Daneben gab es mehrere Versuche von konservativen Gruppen, eine Partei zu gründen. Aus einer solchen Zusammenfassung entstand die Deutsche Konservative Partei (DKP), die auch im ersten und zweiten ernannten Landtag vertreten war.

Die Parteien drängten auf baldige Wahlen zu einem Provinziallandtag. Die britische Militärregierung hielt die Zeit aber dafür noch nicht gekommen. Sie beschloß vielmehr, einen Rat aus 60 Mitgliedern zu berufen, der zu einem Drittel aus Vertretern der einzelnen Kreise

und zu zwei Dritteln aus Vertretern der neu entstandenen Parteien und der Berufsverbände bestehen sollte. Die Ernennung stand allein der Militärregierung zu. Dieses bald Provinzialbeirat genannte Gremium hatte die Aufgabe, eine Verfassung auszuarbeiten und die Provinzialverwaltung zu kontrollieren³. Es kann daher als Provinziallandtag bezeichnet werden.

Der Provinziallandtag trat am 26. Februar 1946 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Durch zahlreiche Wechsel innerhalb der ersten Ernennungsperiode gehörten ihm insgesamt 78 Mitglieder an, deren Parteizugehörigkeit außerdem innerhalb der Periode teilweise wechselte. Geht man vom ursprünglichen Stand aus, so lassen sich die Mitglieder wie folgt zuordnen⁴:

CDU	17
SPD	27
FDP	2
KPD	7
DKP	1
Dänische Minderheit	2
Parteilos	22

Im April 1946 wurden Hauptausschüsse geschaffen. Deren aus der Mitte des Provinziallandtages gewählte Vorsitzende waren für die Ämter der Landesverwaltung politisch verantwortlich und bildeten zusammen mit dem Oberpräsidenten die Regierung. Ab Juni 1946 erhielten sie den Titel Landesminister und der Oberpräsident den eines Landespräsidenten. Diese Bezeichnungen liefen der Zeit etwas voraus, da erst am 23. August 1946 durch die Militärregierung aus den ehemaligen preußischen Provinzen in der britischen Besatzungszone selbständige Länder geschaffen wurden⁵. Der Landespräsident erhielt den Titel Ministerpräsident.

1) Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, Nr. 4, S. 12

2) K. Jürgensen: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem zweiten Weltkrieg 1945 — 1947; in: Geschichte Schleswig-Holsteins 8. Band, Beiheft, Neumünster 1969, S. 27

3) K. Jürgensen, a. a. O. S. 35

4) Handbuch des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 9. Wahlperiode 1979, Schleswig-Holsteinischer Landtag (Herausgeber), Kiel 1979, Abschnitt 7/1, S. 350

5) Verordnung Nr. 46, Amtsblatt der Militärregierung Nr. 13, S. 305

Der 23. August kann zwar als Gründungstag des Landes Schleswig-Holstein betrachtet werden, aber Wahlen waren immer noch nicht in Sicht. Ein weiterer Schritt in diese Richtung wurde mit den Wahlen zu den Gemeindeparlamenten am 15. September 1946 und den Kreistagen am 13. Oktober 1946 getan⁶. Als Folge davon wurde der Landtag von der britischen Militärregierung am 11. November 1946 aufgelöst und ein neuer Landtag auf Grundlage des Wahlergebnisses der Kreiswahl ernannt. Bei seinem ersten Zusammentreten am 2. Dezember 1946 erklärte der Vertreter der britischen Militärregierung: „Denkwürdig ist dieses Ergebnis insofern, als die Zusammensetzung des heutigen Landtages, obwohl er wie die früheren Landtage ernannt worden ist, doch die Wünsche des Volkes, wie sie in den kürzlichen Kreistagswahlen zum Ausdruck gekommen sind, getreu widerspiegeln“⁷.

Die 60 Sitze des zweiten ernannten Landtages verteilten sich wie folgt⁸:

	Sitze	Stimmenanteil bei der Kreiswahl 1946
CDU	23	37,3
SPD	25	41,0
FDP	4	6,1
SSV	4	7,3
KPD	3	5,1
DKP	1	1,3

Von den 60 Vertretern wurden 21 durch die 17 Kreistage und die Stadtverordnetenversammlungen der vier kreisfreien Städte gewählt, und zwar 11 der CDU, 9 der SPD und einer des SSV. Die verbleibenden 39 Vertreter wurden auf Anordnung des Militärgouverneurs vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen, der die Auswahl den einzelnen Parteileitungen überließ. Die Militärregierung hatte sich jedoch die Bestätigung vorbehalten⁹.

6) siehe hierzu: W. Dahms, Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein 1946 bis 1976, in dieser Zeitschrift, Heft 1/1982, S. 2 ff.

7) Wortprotokolle der Sitzungen des Schleswig-Holsteinischen Landtages, II/1, S. 5

8) Handbuch des Schleswig-Holsteinischen Landtages, a.a.O. S. 352

9) K. Jürgensen, a. a. O. S. 48

Der Ministerpräsident wurde ebenfalls von der Militärregierung ernannt und nicht vom Landtag gewählt. Es war in beiden ernannten Landtagen Theodor Steltzer, der der CDU angehörte. Er bildete seine beiden Kabinette aus CDU- und SPD-Abgeordneten. Im 1. Kabinett war außerdem ein KPD-Abgeordneter vertreten¹⁰. Aus heutiger Sicht betrachtet, gab es also eine große Koalition. Das sollte sich, wie noch zu zeigen sein wird, nach der 1. Landtagswahl entscheidend ändern. Diese Landtagswahl sollte für die gesamte britische Zone (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) Ende März 1947 stattfinden. „Bei dieser Zeitplanung spielten mehrere Faktoren eine Rolle, und zwar innen- und außenpolitische. Zum einen ging es darum, die neue Landesordnung mit den in der vorläufigen Verfassung festgelegten Organen auch im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern, den politischen Parteien Zeit zur inneren Konsolidierung zu geben und den Landtag das Landeswahlgesetz in Ruhe ausarbeiten zu lassen, so daß es breiten Konsensus finden könnte. Zum anderen spielte die Moskauer Außenministerkonferenz, die am 10. März 1947 zusammentrat, eine Rolle. Der britische Außenminister Ernest Bevin wollte auf dieser Konferenz seinen Deutschland-Plan vorlegen: Schaffung eines in sich ausgewogenen deutschen Bundesstaates. Dabei war es ihm wichtig, im Verlauf der Konferenz anhand der Wahlergebnisse auf die „innere demokratische Festigkeit“ der Länder in der britischen Zone verweisen zu können. Aber die Außenminister Bevin, Bidault, Marshall und Molotow lösten die deutsche Frage nicht, und der überaus kalte Winter verschärfte vor allem im Ruhrgebiet die ohnehin äußerst angespannte Versorgungslage derart, daß sich die britische Regierung zu einer Verschiebung der Wahlen auf den 20. April 1947 — das war vier Tage vor Ende der Moskauer Konferenz — entschloß¹¹“.

Landtagswahl am 20. April 1947

Der zweite ernannte Landtag hatte die rechtliche Grundlage für die erste Landtagswahl durch das

10) siehe Anlage „Landtagspräsidenten und Landesregierungen seit 1946“

11) K. Jürgensen: Start in die Demokratie, in: Kieler Nachrichten, 20. April 1982, S. 3

Landeswahlgesetz vom 31. Januar 1947 (Amtsbl. Schl.-H. S. 95) geschaffen. Sie brachte ein neues Wahlsystem, das wesentlich von dem bis 1933 gültigen abwich. Anstelle der reinen Verhältniswahl mit parteigebundenen Listen wurde die Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich eingeführt. Dem Verhältnisausgleich wurde dabei lediglich eine begrenzte Ausgleichsaufgabe eingeräumt; er sollte zu krasse Ergebnisse der Mehrheitswahl vermeiden. Das kommt einmal darin zum Ausdruck, daß von den insgesamt 70 Abgeordneten 42, also 60 %, durch relative Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und 28 über Landeslisten gewählt werden und zum anderen darin, daß die Sitze nicht wie heute üblich aus der Gesamtstimmenzahl der erfolgreichen Parteien, sondern getrennt für Wahlkreis- und Listensitze berechnet werden. Außerdem nehmen nur solche Parteien an der Verteilung der 28 Listensitze teil, die in mindestens einem Wahlkreis die höchste Stimmenzahl aufweisen und damit einen direkt gewählten Abgeordneten stellen. Die Berechnung der Listensitze wird so vorgenommen, daß alle Stimmen der erfolglosen Bewerber der Parteien, die mindestens einen Kandidaten direkt durchgebracht haben, und die Stimmendifferenz zwischen dem erfolgreichen und dem erfolglosen Bewerber, der über die höchste Stimmenzahl verfügt, je Wahlkreis errechnet und auf eine Landesliste übertragen werden. Die Stimmen auf der Landesliste werden durch 1, 2, 3 usw. geteilt und die Sitze in der Reihenfolge der sich daraus ergebenden Quotienten (Höchstzahlen) verteilt. Es wird also erstmals das noch heute gültige Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt verwendet (siehe hierzu: Anhang 2)

Zur Landtagswahl am 20. April 1947 kandidierten sieben Parteien und ein parteiloser Bewerber, und zwar:

	* Zahl der Bewerber
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	68
CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands	61
SSV Südschleswigscher Verein	28
KPD Kommunistische Partei Deutschlands	69
FDP Freie Demokratische Partei	34
DKP Deutsche Konservative Partei	36
Z Deutsche Zentrumspartei	4
Parteilose	1

Es traten insgesamt 301 Bewerber an, 207 von ihnen kandidierten in den Wahlkreisen, 201 auf den Landeslisten und 107 für beide gleichzeitig. Die SPD, die

CDU und die KPD hatten in allen Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt. Bemerkenswert ist der immer noch vorhandene Einfluß der britischen Militärregierung. Sie überprüfte nämlich die Wahlvorschläge der Parteien und lehnte 24 Direkt- und 16 Listenbewerber ab. Die größte Zahl von Ablehnungen betraf die Deutsche Konservative Partei (DKP) mit 11 und 12 Bewerbern. Es handelte sich dabei meist um politisch Belastete, die vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen waren. Nach § 11 d des Landeswahlgesetzes¹² zählen dazu aktive Offiziere der Wehrmacht und Mitglieder von NS-Organisationen wie NSDAP, SA, Stahlhelm usw. Im übrigen mußten die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet und seit mindestens 12 Monaten ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in Schleswig-Holstein haben.

Auch das aktive Wahlrecht war noch stärkeren als den heute üblichen Einschränkungen unterworfen. Neben der Lebensalter- (21 Jahre) und Wohnsitzvoraussetzung (drei Monate in Schleswig-Holstein) waren solche Personen von der Wahl ausgeschlossen, die eine führende Funktion in einer NS-Organisation innegehabt hatten oder vor dem 1. März 1933 Mitglied einer solchen Organisation gewesen waren. Weil die Wohnsitzvoraussetzung fehlte, waren 70 000 und wegen der politischen Belastung waren 50 000 Personen von der Wahl ausgeschlossen. Nur 61 % der Wohnbevölkerung konnten sich an der Wahl beteiligen. Heute macht der Anteil um 70 % aus. Gegenüber der Kreiswahl 1946, als er sich auf 54 % belief, ist der Anteil jedoch kräftig angestiegen. Das hängt mit dem Flüchtlingsstrom zusammen, der Ende 1946 nachließ. Dadurch erfüllten die meisten Flüchtlinge die Wohnsitzvoraussetzung. Von den 1,6 Mill. Wahlberechtigten beteiligten sich 1,1 Mill. oder 69,8 % an der Wahl. Das ist aus heutiger Sicht eine sehr niedrige Wahlbeteiligung. Bemerkenswert ist, daß die Wahlbeteiligung, anders als heute, im nördlichen Landesteil höher war als im übrigen Landesgebiet: nördlich der Eider betrug sie 74,3 % und südlich davon 68,3 %. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Wahlen in den nördlichen Kreisen den Charakter einer Volksabstimmung trugen und die prodeutschen Parteien und die

12) a. a. O. S. 97. Im Letzten Absatz heißt es dort: „Es können jedoch Bewerber zugelassen werden, die aus diesen Organisationen freiwillig ausgeschieden sind, aus politischen Gründen ausgestoßen wurden oder besonders geeignet sind, den Aufbau der Demokratie in Deutschland zu fördern.“

Landtagswahl am 20. April 1947

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf				
		CDU	SPD	FDP	SSV	KPD
FLENSBURG	79,3	18,7	17,1	—	60,7	1,3
KIEL	67,7	39,9	44,6	1,8	1,2	9,0
LÜBECK	72,6	26,3	53,5	3,6	—	6,6
NEUMÜNSTER	67,1	40,3	50,1	2,3	—	5,5
Kreisfreie Städte	71,2	31,4	43,3	2,2	11,5	6,4
Dithmarschen	66,7	39,4	46,9	6,7	0,2	4,1
Hzgt. Lauenburg	63,8	39,0	54,7	0,3	—	5,5
Nordfriesland	73,5	32,7	34,0	0,6	30,1	2,1
Ostholstein	67,9	34,2	51,3	7,4	—	3,8
Pinneberg	70,5	27,6	48,6	14,8	—	7,3
Plön	69,0	44,1	47,2	0,7	—	4,2
Rendsburg-Eckernförde	70,2	35,7	40,9	1,9	13,4	3,4
Schleswig-Flensburg	75,5	39,0	28,8	1,0	28,3	2,2
Segeberg	63,7	40,2	47,9	7,1	—	3,3
Steinburg	71,5	25,1	47,7	17,5	0,1	5,6
Stormarn	65,0	33,2	48,9	10,4	—	5,1
Kreise	69,3	35,1	44,0	6,0	8,5	4,1
Schleswig-Holstein	69,8	34,1	43,8	5,0	9,3	4,7

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Die Landeswahlen in Schleswig-Holstein vom 20. April 1947, herausgegeben vom Landeswahlleiter für Schleswig-Holstein unter Mitwirkung des Statistischen Landesamtes, Kiel 1947. Die absoluten Zahlen enthält der Anhang 1

prodänische Partei besonders aktiv waren¹³. Die Wahlbeteiligung war in Flensburg mit 79,3 % am höchsten und im Kreis Segeberg mit 63,7 % am niedrigsten. Sie war im Gegensatz zu den heute üblichen Ergebnissen in den kreisfreien Städten höher (71,2 %) als in den Kreisen (69,3 %).

Ein Vergleich der Ergebnisse nach Landtagswahlkreisen ist über den langen Beobachtungszeitraum nicht möglich, weil sich die Wahlkreiseinteilung häufig geändert hat. Um dennoch die regionalen Veränderungen des Wählerverhaltens darstellen zu können, wurden die Ergebnisse aller Landtagswahlen auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet. Ge-

13) J. Sachse: Wahlauswertung und Wahlvergleiche, in: Die Landeswahlen in Schleswig-Holstein vom 20. April 1947, Kiel, 1947, S. 62

meindeteilungen konnten dabei nicht berücksichtigt werden. In diesen Fällen wurde die Gemeinde dem Kreis oder der kreisfreien Stadt zugeordnet, auf die der größte Teil der Bevölkerung entfällt.

Die Landtagswahl vom 20. April 1947 änderte die politische Landschaft in Schleswig-Holstein ganz wesentlich. Aus der Kreiswahl im Oktober 1946 war die SPD zwar auch als stärkste Partei hervorgegangen, der Abstand zur CDU war aber nicht sehr groß gewesen. Nun war die SPD mit Abstand stärkste Partei. Sie erhielt 43,8 % der gültigen Stimmen und die CDU 34,1 %. Die SPD eroberte bis auf Flensburg und Schleswig-Flensburg den 1. Platz in allen kreisfreien Städten und Kreisen und verfügte in Lübeck, Neumünster, Lauenburg und Ostholstein über die absolute Mehrheit. Die CDU lag demgegenüber nur in Schleswig-Flensburg vorn und erzielte ihr bestes Ergebnis in Plön mit 44,1 %. Das beste Einzelergebnis erreichte der SSV. Er vereinigte in Flensburg 60,7 % der gültigen Stimmen auf sich. Da er aber nur im nördlichen Landesteil kandidierte, kam er insgesamt nur auf 9,3 %. Die FDP blieb als viertstärkste Partei knapp unter 5 % (4,97 %). Sie schnitt in Steinburg mit 17,5 % am besten ab. Die KPD erhielt 4,7 % der gültigen Stimmen, wobei Kiel mit 9,0 % herausragt. Für die DKP stimmten in Lübeck 10,2 % der Wähler, insgesamt aber nur 3,1 %. Das Zentrum war mit 0,1 % bedeutungslos.

Da nur die SPD, die CDU und der SSV Direktkandidaten durchgebracht hatten, stellten sie allein die Abgeordneten des neuen Landtages. Das wäre aber auch bei der heute üblichen 5 %-Klausel nicht anders gewesen. Der erste gewählte Landtag setzte sich wie folgt zusammen:

Sitze insgesamt	SPD	CDU	SSV
70	43	21	6

Die SPD verfügte also über eine satte absolute Mehrheit. Ihr kam dabei das Mehrheitswahlrecht mit relativ geringem Verhältnisausgleich zugute. Sie hatte nämlich 34 der 42 Wahlkreise direkt gewonnen, während auf die CDU 6 und den SSV 2 entfielen. Die SPD erhielt so für 43,8 % der Stimmen 61,4 % der Sitze.

Dem Wahlergebnis entsprechend ernannte der britische Zivilgouverneur auf Vorschlag der SPD Hermann Lüdemann zum Ministerpräsidenten. Dieser bildete eine rein sozialdemokratische Regierung. Sie hatte zusammen mit dem Landtag neben der Überwindung der allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage vornehm-

lich drei Aufgaben zu lösen: Verabschiedung einer Verfassung, die Flüchtlingsfrage und die Eigenstaatlichkeit Schleswig-Holsteins. Die Landessatzung wurde am 13. Dezember 1949 vom Landtag verabschiedet. Die Flüchtlingsfrage — am 1. Januar 1950 waren 1,2 Mill. oder über vier Zehntel der Gesamtbevölkerung (2,7 Mill.) Flüchtlinge und Evakuierte; die Bevölkerung hatte dadurch gegenüber 1939 um fast sieben Zehntel zugenommen — konnte nicht gelöst werden. Sie spielte, wie noch zu zeigen sein wird, bei den nächsten Wahlen eine entscheidende Rolle. Die Diskussion, ob Schleswig-Holstein zusammen mit Hamburg und einem Teil Niedersachsens ein Land „Unterelbe“ bilden sollte, wurde dahingehend entschieden, daß Schleswig-Holstein in der ursprünglichen Form bestehen blieb.

Im Landeswahlgesetz war die Legislaturperiode auf drei Jahre festgelegt. Es gab jedoch einen Wechsel an der Spitze der Landesregierung. Ministerpräsident Lüdemann trat nach der für die SPD verlorengegangenen Bundestagswahl vom 14. August 1949 zurück. Sein Nachfolger wurde Bruno Diekmann, SPD. Er war der erste Regierungschef, der vom Landtag gewählt wurde.

Landtagswahl am 9. Juli 1950

Das dieser Wahl zugrunde liegende Landeswahlgesetz vom 27. Februar 1950 (GVOBl. Schl.-H. S. 77) lehnte sich weitgehend an die gesetzlichen Bestimmungen und Grundsätze der vorangegangenen Wahl an. Das Prinzip der Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich blieb bestehen und die Mehrheitswahl in den jetzt 46 Wahlkreisen stand bei jetzt insgesamt 69 zu wählenden Abgeordneten noch etwas stärker im Vordergrund (zwei Drittel statt sechs Zehntel). Dieses System sollte einer Aufspaltung der Parteien entgegenwirken. In die gleiche Richtung wirkte die erstmals eingeführte 5%-Klausel. Danach mußte eine Partei mindestens einen Abgeordneten direkt durchgebracht oder 5 % aller Stimmen im Lande erhalten haben, um am Verhältnisausgleich über eine Landesliste teilnehmen zu können. Neu war die Regelung, daß am Verhältnisausgleich nur solche Parteien teilnehmen, die in allen Wahlkreisen Wahlvorschläge aufgestellt hatten. Von dieser Regelung war nur die Partei der dänischen Minderheit ausgenommen (siehe hierzu: Anhang 2). Damit sollte eine Aufschlüsselung der Wahlkreise unter den

Parteien erschwert werden. Wie noch zu zeigen sein wird, ist es dennoch zu einer Blockbildung gekommen.

Die Parteienlandschaft hatte sich gegenüber 1947 wesentlich verändert. Neben dem Deutschen Wahlblock setzte vor allem der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) neue Akzente. „Mancher Vertriebene hatte früh Zugang und Stellung in einer der schon entstandenen Parteien gefunden; ja, sie gehörten nicht selten zu den Gründern und Trägern dieser ersten Parteibildungen.“¹⁴

Unter den neuen Einwohnern Schleswig-Holsteins regten sich jedoch bald Stimmen, die für die Gründung einer eigenen Partei eintraten. So kam es am 8. Januar 1950 in Kiel zur Gründung des BHE. Nachdem im März 1950 der Genehmigungszwang für Parteien durch die Militärregierung aufgehoben worden war, stand der Teilnahme des BHE an den bevorstehenden Landtagswahlen nichts mehr im Wege. Von den anderen neuen Parteien war die Deutsche Partei (DP) schon zur Bundestagswahl 1949 recht erfolgreich gewesen. Sie war im Juni 1947 aus der Niedersächsischen Landespartei hervorgegangen. Außerdem traten die Sozialistische Reichspartei (SRP) und die Deutsche Reichspartei (DRP) auf. Die SRP bestand nur kurze Zeit. Sie wurde im Oktober 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Der Deutsche Wahlblock, in dem die CDU, die FDP und die DP zusammengeschlossen waren, trat nicht als Partei auf. Die drei Parteien traten vielmehr einzeln unter ihrem Namen auf. Sie hatten jedoch vereinbart, nur jeweils einen Kandidaten einer Partei in den Wahlkreisen aufzustellen. Das Ziel dieser Parteienkoalition war es, die sozialdemokratische Regierung zu stürzen.

Zur Landtagswahl am 9. Juli 1950 bewarben sich neun Parteien und zwei Einzelbewerber, und zwar: SPD, CDU, SSW, FDP, KPD, BHE, DP, DRP, SRP sowie jeweils ein Einzelbewerber in Flensburg und in Segeberg. Gegenüber 1947 waren die DKP und das Zentrum nicht mehr und der BHE, die DP, die DRP und die SRP erstmals vertreten. Außerdem hatte die dänische Minderheitenpartei ihren Namen von SSV in SSW (Süd-schleswigscher Wählerverband) geändert.

Am Wahltage waren 1,7 Mill. Personen wahlberechtigt und damit 120 000 mehr als drei Jahre zuvor. Ein we-

14) H. J. Varain, Parteien und Verbände, in Staat und Politik Bd. 7, Köln und Opladen 1964, S. 49

sentlicher Grund dafür ist der Wegfall der Wahlberechtigungseinschränkungen für politisch Belastete. Im Landeswahlgesetz von 1950 ist der Ausschluß vom Wahlrecht auf die heute üblichen Fälle der Entmündigung und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beschränkt. Es gingen bedeutend mehr Wahlberechtigte zur Wahl, nämlich 78,2 %, als 1947 (69,8 %). An der Spitze der Wahlbeteiligungsskala liegt abermals Flensburg mit 84,4 % vor Schleswig-Flensburg mit 82,1 %. Die Kreise haben aber, wie heute üblich, die kreisfreien Städte überholt. Bemerkenswert ist auch, daß schon damals der Kreis Plön mit zur Spitzengruppe gehörte.

Das überraschendste Ergebnis der Landtagswahl 1950 war ohne Zweifel das gute Abschneiden des

BHE. Er erhielt auf Anhieb 23,4 % der gültigen Stimmen und wurde damit die zweitstärkste Partei im Lande. In den Kreisen Hzgt. Lauenburg und Ostholstein wurde er sogar die stärkste Partei. Läßt man den Deutschen Wahlblock außer Acht, so bekam er außerdem noch in Dithmarschen, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg die meisten Stimmen. Sein Stimmenanteil war in den Kreisen doppelt so hoch (27,0 %) wie in den kreisfreien Städten (13,8 %). Die SPD blieb zwar stärkste Partei, sie mußte aber gegenüber 1947 kräftige Verluste hinnehmen. Nur noch 27,5 % anstelle von 43,8 % der Wähler stimmten für die SPD. Sie steht nur noch in Kiel, Lübeck und Neumünster an der Spitze. In den kreisfreien Städten war der Rückgang auch nicht so hoch (-10,1 Prozentpunkte) wie in den Kreisen (-18,7). Die CDU büßte ebenfalls - sofern man sie isoliert betrachtet - Stimmen ein. Da sie aber - wie schon erwähnt - zusammen mit der FDP und der DP den Deutschen Wahlblock bildete, ergibt diese Betrachtungsweise ein falsches Bild. Die drei Parteien traten zwar getrennt auf, in den Wahlkreisen hatte jedoch nur jeweils eine von ihnen einen Kandidaten aufgestellt. Es ist also richtiger, wenn auch nicht ohne gewisse Einschränkungen, den Wahlblock insgesamt zu betrachten. Dem Wahlblock müssen zusätzlich noch die Stimmen des Einzelbewerbers in Flensburg zugerechnet werden, da er diesen im Wahlkreis Flensburg-Ost unterstützte, indem er keine eigenen Kandidaten aufstellte. So berechnet ergibt sich für den Wahlblock ein Stimmenanteil von 37,0 %, der die Spitzenposition bedeutet. Er stellt bis auf Flensburg, Lübeck, Neumünster und Ostholstein in Kiel und allen anderen Kreisen die stärkste Partei. Ob sich das auch bei der Sitzverteilung bezahlt gemacht hat, wird noch zu zeigen sein. Der SSW mußte ebenfalls Verluste hinnehmen. Sein Stimmenanteil verringerte sich von 9,3 % auf 5,5 %. Er behauptete jedoch in Flensburg seine Spitzenposition. Der schon bisher geringe Bestand der KPD ging um mehr als die Hälfte auf 2,2 % zurück. Die DRP (2,8 %) und die SRP (1,6 %) blieben ebenfalls bedeutungslos. Lediglich in Neumünster erreichte die DRP 12,7 % der gültigen Stimmen. Der parteilose Bewerber kam in Flensburg auf immerhin 12,6 % und in seinem Wahlkreis sogar auf 25,7 %.

Landtagswahl am 9. Juli 1950

KREISFREIE STADT	Wahl- betei- ligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf					
		CDU	SPD	FDP	SSW	BHE	DP
Kreis ¹							
FLensburg	84,4	13,1	8,3	-	43,7	16,8	-
KIEL	76,1	30,5	39,6	8,7	0,4	6,8	5,2
LÜBECK	76,9	17,3	37,8	9,2	-	20,3	10,5
NEUMÜNSTER	79,3	-	35,3	2,2	-	13,7	32,2
Kreisfr. Städte	78,0	19,6	33,2	6,6	7,5	13,8	9,2
Dithmarschen	77,2	20,4	25,0	-	0,2	28,9	22,2
Hzgt. Lauenburg	73,8	11,4	28,8	-	-	31,5	18,5
Nordfriesland	77,2	23,6	16,9	9,8	21,2	23,6	0,3
Ostholstein	80,3	24,1	26,6	6,8	-	34,6	-
Pinneberg	78,1	15,1	36,8	13,1	-	18,1	13,0
Plön	81,2	37,4	31,8	5,3	-	19,8	-
Rendsb.-Eckernf.	78,1	12,8	21,4	8,1	5,8	26,9	16,7
Schl.-Flensb.	82,1	30,4	13,6	-	17,8	29,2	3,9
Segeberg	79,6	24,5	23,5	-	-	32,0	12,2
Steinburg	79,5	13,1	30,3	11,2	0,1	24,7	16,7
Stormarn	73,1	7,9	30,9	27,2	-	25,4	-
Kreise	78,3	19,8	25,3	7,2	4,7	27,0	9,7
Schl.-Holst.	78,2	19,8	27,5	7,1	5,5	23,4	9,6

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Sonderdienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Reihe Wahlen. Arbeitsnummer 7 - 80 - 4, Ergebnisse der Landtagswahl vom 9. Juli 1950 im Vergleich zu den Kreistagswahlen vom 24. Oktober 1948; Landesregierung Schleswig-Holstein, der Landesminister des Innern, Statistisches Landesamt, Az. 7 - 82, Ergebnis der Landtagswahl vom 9. Juli 1950 in den Gemeinden nach Wahlkreisen. Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

Die Sitzverteilung brachte keine eindeutigen Mehrheiten und es kam deshalb zu langwierigen Koalitionsverhandlungen. Die drei im bisherigen Landtag vertretenen Parteien verloren sämtlich Sitze. Besonders betroffen davon war die SPD, die nur noch 19 anstelle von 43 Bewerbern durchbrachte. Die CDU ver-

lor fünf Sitze und der SSW zwei. Die Sitzverteilung im zweiten gewählten Landtag sieht wie folgt aus:

Sitze insgesamt	SPD	CDU	SSW	FDP	BHE	DP
69	19	16	4	8	15	7

Die SPD stellt danach zwar weiterhin die stärkste Fraktion, sie ist aber von der absoluten Mehrheit weit entfernt. Auch der Wahlblock erreicht dieses Ziel nicht. Er weist 31 Sitze auf und würde 35 benötigen. Er hätte dazu noch vier weitere Wahlkreise direkt gewinnen müssen. Durch diese sicherlich vorher aufgestellte Rechnung hat ihm aber offensichtlich der BHE einen Strich gemacht, der fünf Wahlkreise gewann. Von den 46 Wahlkreisen eroberten nämlich die SPD 8, die CDU 16, der SSW 2, die FDP 8, der BHE 5 und die DP 7. Da der Wahlblock aus den dargelegten Gründen an der Listensitzverteilung nicht teilnehmen konnte, blieb es bei seinen 31 Sitzen. Die 23 Listensitze entfallen auf die SPD (11), den SSW (2) und den BHE (10). Die KPD, die DRP und die SRP gingen bei der Sitzverteilung leer aus, da sie weder 5 % der gültigen Stimmen noch einen Direktstz errungen hatten.

Für die Beurteilung des Wahlgesetzes ist es aufschlußreich zu fragen, wie die Sitzverteilung ausgesehen hätte, wenn die Parteien des Wahlblocks auf der Landesliste berücksichtigt worden wären. Es hätte sich dann folgende Sitzverteilung ergeben:

Sitze insgesamt	SPD	CDU	SSW	FDP	BHE	DP
69	17	19	3	8	13	9

Der Wahlblock hätte also besser daran getan, einzeln in jedem Wahlkreis zu kandidieren. Ob er dann allerdings genauso viele Direktsitze bekommen hätte, ist zumindest fraglich. Zweifellos hat ihn aber die gewollte Einschränkung im Wahlgesetz benachteiligt, da er ohne sie die absolute Mehrheit der Sitze, nämlich 36, errungen hätte. Die Sitze der SPD und des BHE wären um jeweils zwei und die des SSW um einen zurückgegangen.

Da die Realität aber anders war, mußten sich die Parteien in Koalitionsverhandlungen über eine neue Regierungsbildung einigen. Der BHE war dabei ein von allen Seiten umworbener Partner. Die Verhandlungen mit der SPD scheiterten. Es wäre außerdem auch keine

ausreichende Mehrheit zustande gekommen, da beide zusammen nur über 34 Sitze verfügten. Zwischen dem Wahlblock und dem BHE kam es, wenn auch nach anfänglichen Schwierigkeiten, zu einer Einigung in allen materiellen Fragen. Dazu gehörte vor allem die Forderung nach Auflösung und Neuwahl der Kommunalvertretungen, weil der BHE an den Kommunalwahlen 1948 noch nicht teilnehmen konnte. Die endgültige Einigung scheiterte jedoch zunächst an der für den Posten des Ministerpräsidenten vorgesehenen Person. Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Landtages vom 7. August 1950 hatte deshalb der Mißtrauensantrag des Wahlblocks keinen Erfolg. Die SPD-Minderheitsregierung blieb im Amt. Nach der Landesatzung endet nämlich die Amtszeit des Ministerpräsidenten und der Landesminister nicht automatisch mit Ablauf der Wahlperiode.

Nach längeren Verhandlungen wurde am 5. September 1950 Dr. Bartram, CDU, zum Ministerpräsidenten gewählt. Die angespannte Lage, zu der noch Probleme innerhalb der CDU hinzu kamen, blieb aber erhalten. Das Kabinett Bartram blieb deshalb nur ein dreiviertel Jahr im Amt und trat am 25. Juni 1951 zurück. Am gleichen Tage wurde Fr.-W. Lübke zum Ministerpräsidenten gewählt. Bemerkenswert ist dabei, daß sowohl der erste als auch der zweite CDU-Ministerpräsident nicht dem Landtag angehörten. Er bildete zunächst ein vorläufiges Kabinett, das nur aus CDU- und FDP-Mitgliedern bestand und einen Monat später ein erweitertes Kabinett aus CDU, FDP und BHE. Dieses Kabinett blieb bis zum Ende der Wahlperiode im Amt.

Anzumerken bleibt noch, daß sich der BHE im November 1952 entschloß, dem bisherigen Namen BHE die Bezeichnung gesamtdeutscher Block voranzustellen. Er hieß nun „Gesamtdeutscher Block (BHE)“ und abgekürzt GB/BHE. Er wollte damit dem Signum, nur eine Interessengruppe zu sein, entgegentreten. Er begründete die Namensänderung wie folgt: „Der « Gesamtdeutsche Block » (BHE) schließt als Partei ... nicht nur Vertriebene ein, die mit den außerhalb der Bundesrepublik liegenden Teilen Gesamtdeutschlands schicksalhaft verbunden sind. Der « Gesamtdeutsche Block » (BHE) bezieht auch alle jene Deutsche ein, die für eine Wiedervereinigung Deutschlands und für das gleiche Recht aller einzutreten gewillt sind, unabhängig davon, ob sie selber Unrecht erlitten haben oder nicht.“¹⁵

15) BHE-Dienst, 22. 11. 1952, zitiert bei: H. J. Varian, a.a.O. S. 53

Landtagswahl am 12. September 1954

Das dieser Wahl zugrunde liegende Wahlgesetz vom 22. Oktober 1951 (GVOBl. Schl.-H. S. 179) änderte das Wahlsystem. Die bisherige Mehrheitswahl mit teilweisem Verhältnisausgleich (Teilproporz) wurde durch eine Mehrheitswahl mit vollem Verhältnisausgleich (Vollproporz) ersetzt. Danach werden die Sitze nicht mehr getrennt für Wahlkreise und Liste, sondern insgesamt berechnet. Das geschieht, indem alle Stimmen der Bewerber auf die Landesliste ihrer Partei gutgeschrieben werden. Die so für jede Partei summierten Zahlen werden durch 1, 2, 3 usw. geteilt und die 69 insgesamt zu vergebenden Sitze in der Reihenfolge der sich daraus ergebenden Quotienten verteilt (d'Hondt'sches Höchstzahlenverfahren). Von den so errechneten Sitzen werden den Parteien die in direkter Wahl in den 42 Wahlkreisen errungenen Sitze abgezogen und der Rest aus den Landeslisten zugeteilt. Hat eine Partei mehr direkte Sitze errungen als ihr nach dem verhältnismäßigen Anteil zustehen, so verbleiben ihr diese Sitze als Überhangmandat. Es erfolgt, anders als bei den Kommunalwahlen, kein Ausgleich für die anderen Parteien¹⁶. An dem Verhältnisausgleich können aber nur solche Parteien teilnehmen, die mindestens einen Wahlkreisbewerber direkt durchgebracht oder 5 % aller gültigen Stimmen im Lande erhalten haben (siehe hierzu: Anhang 2). Im ursprünglichen Wahlgesetz war noch eine 7,5 %-Grenze enthalten. Diese wurde jedoch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. April 1952 für nichtig erklärt, da das „gemeindeutsche“ Quorum bei 5 % lag und keine besonderen Gründe für einen anderen Prozentsatz vorlagen. Durch das Gesetz zur Neufassung einiger Bestimmungen des Landeswahlgesetzes vom 5. November 1952 (GVOBl. Schl.-H. S. 175) wurde deshalb die Sperrklausel von 7,5 % auf 5 % geändert. Bemerkenswert ist dabei, daß der ursprüngliche Regierungsentwurf die 5 %-Klausel vorsah, die aber durch die Mehrheit des Landtages geändert wurde. Die weitergehende Einschränkung, daß nur solche Parteien am Verhältnisausgleich teilnehmen dürfen, die in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt haben, wurde nicht in das neue Wahlgesetz übernommen. Das in diesem Wahlgesetz festgelegte Wahlsystem gilt heute noch. Anders sieht es mit dem Institut der Nachwahl aus. Der § 43 des Gesetzes schreibt vor, daß eine Nachwahl stattfinden muß, wenn ein direkt gewählter Bewerber die Wahl ablehnt oder vor Beginn des letzten Jahres der Wahlperiode durch Tod oder Verlust seines

Sitzes ausscheidet. Tritt das Ereignis innerhalb des letzten Jahres der Wahlperiode ein, so rückt ein Bewerber aus der Landesliste der Partei nach. Letzteres gilt heute für alle drei Fälle. Eine Nachwahl findet heute nur noch statt, wenn ein Wahlkreisbewerber nach der Zulassung und vor Beginn der Wahl stirbt. Bei der Landtagswahl 1954 ist es in einem Kieler Wahlkreis zu einer Nachwahl gekommen, weil ein Abgeordneter verstarb. Die in den folgenden Abschnitten beschriebenen Ergebnisse schließen diese Nachwahl vom 7. November 1954 nicht ein. Sie hatte auf die Sitzverteilung keinen Einfluß, weil wieder ein SPD-Bewerber direkt gewählt wurde und die Listensitzverteilung davon gemäß Landeswahlgesetz nicht betroffen wird.

Zur Landtagswahl am 12. September 1954 kandidierten, neben den schon bekannten Parteien SPD, CDU, GB/BHE, FDP, SSW, DRP und KPD, drei neue Parteien, nämlich BdD (Bund der Deutschen), SHB (Schleswig-Holstein Block) und SHLP (Schleswig-Holsteinische Landespartei). Demgegenüber traten die DP, die SRP und die Einzelbewerber nicht mehr an. Es stellten sich also zehn Parteien zur Wahl. Von den drei neuen Parteien waren im Grunde genommen nur zwei neu. Der SHB entstand nämlich aus einem Übereinkommen zwischen SHG (Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft) und DP. Der SHB sollte als Landesgruppe der DP bei Landtagswahlen auftreten. Die Abgeordneten der DP waren während der vergangenen Legislaturperiode zu anderen Parteien gewechselt, so daß die DP in Schleswig-Holstein fast völlig neu beginnen mußte. Für diesen Neuanfang bot sich die SHG, die an den bisherigen Wahlen nicht als eigenständige Partei teilgenommen hatte, an, weil die politischen Ziele beider gleichgelagert waren. Die SHG war Ende 1950 zur Abwehr des dänischen Einflusses und der Flüchtlinge gegründet worden. In fünf Kernsätzen wurde das Ziel der Gemeinschaft ausgedrückt: „Schleswig-Holstein den Schleswig-Holsteinern. — Wir regieren uns selbst. — Schleswig-Holsteinische Gesinnung ist Reichsgesinnung. — Kampf für das Schleswig-Holsteinische Lebensrecht. — Deutsche Selbstbehauptung im Grenzland!“¹⁷. Die SHG stand hinter der Schleswig-Holsteinischen Wählervereinigung, die Anfang 1951 gegründet wurde und bei den Neuwahlen zu den Kommunalvertretungen am 29. April 1951 auftrat. Neu waren also nur der BdD und die SHLP, die eine ähnliche politische Richtung vertraten, wie die SHG.

16) siehe hierzu: W. Dahms, a.a.O. S. 10

17) Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung, 22. 11. 1950, zitiert bei H. J. Varian, a. a. O. S. 60

Die zehn Parteien stellten insgesamt 401 Bewerber auf, davon 328 in den Wahlkreisen, 259 auf den Landeslisten und 186 für beide gleichzeitig. Nur drei Parteien (SPD, KPD und BdD) kandidierten in allen Wahlkreisen. In einigen Wahlkreisen gab es Absprachen zwischen CDU, GB/BHE und FDP. Die CDU stellte deshalb in zwei, der GB/BHE ebenfalls in zwei und die FDP in vier Wahlkreisen keine eigenen Kandidaten auf. Und diese Absprachen hatten Erfolg. Es gelang nämlich auf diese Weise, dem SSW seine zwei Direktmandate in den beiden Flensburger Wahlkreisen abzugeben. Weitere Absprachen unter den Parteien oder gar eine Blockbildung wie 1950 gab es nicht.

Gut 1,5 Mill. Schleswig-Holsteiner konnten sich an der Wahl beteiligen und damit rund 200 000 weniger als vier Jahre zuvor. Der Rückgang ist auf die weitere Umsiedlung von Flüchtlingen zurückzuführen. Die Wohnbevölkerung schrumpfte in dieser Zeit um fast 300 000 Personen. Die Wahlbeteiligung war mit 78,6 % etwas höher als 1950 (78,2 %), es blieben aber über 300 000 Wahlberechtigte der Wahl fern. Die Nichtwähler stellen die drittstärkste „Partei“. Obwohl der Kreis Plön (83,3 %) die Stadt Flensburg (82,0 %) von der Spitze der Wahlbeteiligungsskala verdrängte, war die Beteiligung in den kreisfreien Städten höher (78,8 %) als in den Kreisen (78,5 %). Am niedrigsten war das Wahlinteresse im Kreis Nordfriesland (74,1 %). Ein Gefälle zwischen dem nördlichen und südlichen Landesteil, wie es bei den ersten Wahlen nach dem Kriege auftrat, ist nicht mehr feststellbar.

Die SPD konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 1950 verbessern und blieb mit 33,2 % stärkste Partei. Der Abstand zur CDU (32,2 %) ist aber sehr knapp. Die SPD verteidigte in Kiel, Lübeck, Neumünster und in den kreisfreien Städten zusammen ihre Spitzenpositionen und eroberte sie in Ostholstein, Pinneberg, Steinburg und Stormarn. Die Anteile der SPD streuen zwischen 44,2 % in Pinneberg und 19,1 % in Schleswig-Flensburg. Bei der CDU ist ein Vergleich mit 1950 nicht möglich, da sie damals bekanntlich zusammen mit der FDP und der DP den Deutschen Wahlblock gebildet hatte. Sie wird mit einem Stimmenanteil von 32,2 % zweitstärkste Partei und nimmt in sieben der elf Kreise sowie in den Kreisen zusammen den 1. Platz ein. Am besten schnitt die CDU in Neumünster (40,0 %) und am schlechtesten in Pinneberg (21,5 %) ab. Der GB/BHE mußte gegenüber der Landtagswahl 1950 deutliche Verluste hinnehmen. Sein Anteil schrumpfte von 23,4 % auf 14,0 %. Er liegt in keinem Kreis mehr vorn, was ihm 1950 immerhin noch in Hzgt. Lauenburg und Ostholstein gelungen war. In diesen beiden Kreisen erzielte er auch 1954 seine besten Ergebnisse (19,5 % und

20,0 %). Dem GB/BHE ist es offensichtlich nicht gelungen, seinen Wandel, der ja in der Namensänderung zum Ausdruck kommen sollte, für den Wähler deutlich zu machen. Der Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung ist in diesem Zeitraum bei weitem nicht so stark zurückgegangen wie der Stimmenanteil des GB/BHE. Die FDP erhielt als viertstärkste Partei 7,5 % der gültigen Stimmen. Sie schnitt in Steinburg mit 12,6 % am besten ab. Der SSW konnte zwar in Flensburg seine Spitzenstellung halten, er verlor aber hier und auch insgesamt kräftig Stimmen. Er kam in Flensburg nur noch auf 36,1 % (1950: 43,7 %) und im gesamten Land auf 3,5 % (1950: 5,5 %). Der sich schon 1950 andeutende Abstieg setzte sich also weiter fort. Der erstmals kandidierende SHB erhielt auf Anhieb 5,1 % der gültigen Stimmen. Er schnitt aber schlechter ab, als die DP vier Jahre zuvor (9,6 %). Die vier anderen Parteien waren bedeutungslos: Die KPD erhielt 2,1 %,

Landtagswahl am 12. September 1954

KREISFREIE STADT	Wahl- betei- ligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf					
		CDU	SPD	FDP	SSW	GB/ BHE	SHB
Kreis ¹							
FLensburg	82,0	21,9	18,6	—	36,1	16,2	1,6
KIEL	78,8	35,2	42,3	9,0	0,2	5,1	2,1
LÜBECK	77,7	30,6	37,9	8,4	—	13,6	3,2
NEUMÜNSTER	78,6	40,0	41,3	3,8	—	9,0	1,9
Kreisfr. Städte	78,8	32,2	37,1	6,9	5,5	10,1	2,4
Dithmarschen	77,3	35,7	31,0	6,3	—	12,9	9,6
Hzgt. Lauenburg	77,2	33,8	33,6	5,5	—	19,5	1,7
Nordfriesland	74,1	36,3	22,2	6,2	12,0	13,3	7,9
Ostholstein	81,6	27,1	33,3	6,9	—	20,0	8,5
Pinneberg	75,6	21,5	44,2	10,2	—	14,3	4,4
Plön	83,3	36,2	35,1	4,4	—	15,0	4,9
Rendsb.-Eckernf.	79,7	36,2	28,4	6,9	3,3	15,4	6,3
Schl.-Flensb.	80,7	38,2	19,1	7,3	12,1	12,6	8,4
Segeberg	77,8	36,6	29,4	9,0	—	18,2	3,1
Steinburg	79,3	24,8	35,6	12,6	0,0	14,5	9,6
Stormarn	77,5	30,1	35,7	9,9	—	17,5	3,3
Kreise	78,5	32,2	31,4	7,8	2,7	15,7	6,3
Schl.-Holst.	78,6	32,2	33,2	7,5	3,5	14,0	5,1

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Sonderdienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Reihe Wahlen. Arbeitsnummer 7 — 80 — 9/54, Die Landtagswahlen am 12. September 1954. Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

die DRP 1,5 %, der BdD 0,8 % und die SHLP, die nur in Lübeck auftrat, 0,1 %.

Bei dieser Landtagswahl wurde erstmals eine Stichprobenerhebung über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht durchgeführt¹⁸. Die SPD weist danach unter den Männern über- und unter den Frauen unterdurchschnittliche Anteile auf. Ihre Anteile sinken mit steigendem Alter. Demgegenüber wird die CDU deutlich von den Frauen bevorzugt und dabei besonders von den älteren Frauen. Die 60 Jahre und älteren Frauen stimmten am häufigsten für die CDU, während es bei der SPD die 21- bis 30jährigen Männer sind. Beim GB/BHE ist ebenfalls ein Übergewicht der Frauen feststellbar. Bei der FDP und dem SHB sowie noch stärker bei der KPD dominieren dagegen die Männer.

Die Sitzverteilung ergab ein Kopf-an-Kopf-Rennen von SPD und CDU. Beide erhielten 25 Sitze, so daß nur eine Koalition möglich war. Die Sitzverteilung sah wie folgt aus:

Sitze insgesamt	SPD	CDU	GB/BHE	FDP	SHB
69	25	25	10	5	4

Die SPD verbesserte sich gegenüber der Landtagswahl 1950 um sechs Sitze. Sie brachte fast alle Bewerber, nämlich 22, direkt durch, während sie 1950 nur acht Wahlkreise gewonnen hatte. Die CDU verbesserte sich um neun Sitze und stellte 19 Wahlkreissieger. Von den anderen Parteien konnte nur der GB/BHE einen Direktbewerber durchbringen und dies auch nur, weil die CDU und die FDP in diesem Wahlkreis keinen Bewerber aufgestellt hatten. Insgesamt verlor der GB/BHE fünf Sitze. Die FDP erhielt ebenfalls drei Sitze weniger und die SHG kam auf vier Sitze anstelle der sieben Sitze der DP. Der SSW ging leer aus (1950: vier Sitze), da er an der für ihn damals noch geltenden 5 %-Klausel scheiterte und er keinen Direktkandidaten mehr durchbrachte. Für die anderen Parteien (DRP, KPD, BdD und SHLP) war das Rennen um einen Sitz aussichtslos.

Die Regierung schien zunächst einfach zu sein, da sich eine Fortsetzung der Koalition zwischen CDU und GB/BHE anbot und eine Verstärkung der schmalen

Regierungsmehrheit (35 von 69 Sitzen) durch die FDP möglich erschien. Es tauchten aber Probleme auf, so daß auch die SPD die Initiative zu einer Regierungsbildung ergriff. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich jedoch CDU, GB/BHE und FDP und schlossen einen Koalitionsvertrag, wobei der Name des Ministerpräsidenten bis zum Schluß offen blieb. Am 11. Oktober 1954 wählte der Landtag in seiner konstituierenden Sitzung den Abgeordneten von Hassel zum neuen Ministerpräsidenten. Er blieb für mehr als zwei Wahlperioden, bis zum 7. Januar 1963, im Amt. Die Zusammensetzung des Kabinetts änderte sich allerdings im Laufe der Zeit¹⁹.

Landtagswahl am 28. September 1958

Für die Landtagswahl am 28. September 1958 galt zwar das Landeswahlgesetz von 1951 weiterhin, es war aber in einigen Bestimmungen geändert worden. Die wichtigste Änderung betraf den § 3 des Gesetzes, der die Wahl der Abgeordneten aus den Landeslisten regelt. Danach nahmen nur die Landeslisten solcher Parteien am Verhältnisausgleich teil, für die mindestens ein Bewerber direkt gewählt worden ist oder die 5 % der im Lande abgegebenen Stimmen erhalten haben. Durch das Änderungsgesetz vom 31. Mai 1955 (GVOBl. Schl.-H. S. 124) wurde der § 3 wie folgt ergänzt: „Diese Einschränkungen gelten nicht für die Parteien der dänischen Minderheit“. Seitdem unterliegt der SSW nicht mehr der 5 %-Sperrklausel (siehe hierzu: Anhang 2). Ein weiteres Änderungsgesetz vom 12. Oktober 1955 (GVOBl. Schl.-H. S. 155) bestimmte, daß „ausscheidende Bewerber oder Abgeordnete grundsätzlich aus den Landeslisten der Parteien ersetzt werden und nur, wenn der Ausscheidende als Parteilooser gewählt wurde, eine Nachwahl stattfindet“. Vorher war stets dann, wenn ein im Wahlkreis gewählter Bewerber ausschied, eine Nachwahl durchgeführt worden.

Solche Nachwahlen hat es allerdings in den drei abgelaufenen Wahlperioden nur drei Mal gegeben. Am Rande sei dabei vermerkt, daß der heutige Landtagspräsident Dr. Lemke (CDU) durch eine derartige Nach-

18) Sonderdienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Reihe Wahlen, Arbeitsnummer 7 - 80 - 9/54, Kiel, 1955

19) siehe Anlage „Landtagspräsidenten und Landesregierungen seit 1946“

wahl im September 1955 in den Landtag einzog. Die Möglichkeit der Briefwahl, die zur Bundestagswahl 1957 eingeführt wurde, gab es bei der Landtagswahl 1958 noch nicht. Die Wahlkreiseinteilung und die Zahl der Sitze blieb unverändert.

Um die 69 Sitze bewarben sich acht Parteien, die auch schon zur Landtagswahl 1954 angetreten waren, und zwar: SPD, CDU, GB/BHE, FDP, SSW, DRP, BdD und DP. Die DP führte wieder ihren alten Namen, allerdings mit dem Zusatz „(Schleswig-Holstein-Block)“, nachdem sie 1954 unter der Bezeichnung SHB firmiert hatte. Die SHLP trat nicht mehr in Erscheinung und die KPD konnte nicht mehr kandidieren, weil sie durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes am 17. August 1956 aufgelöst worden war. Außerdem bewarben sich 12 Parteilose um einen Sitz. Insgesamt waren 352 Bewerber aufgestellt worden, von denen über vier Zehntel sowohl in einem Wahlkreis als auch auf der Landesliste ihrer Partei kandidierten. Bis auf den SSW, der nur in den 12 nördlichen Wahlkreisen direkte Bewerber aufstellte, und die DRP, die in 38 Wahlkreisen um den Wähler warb, konnten Bewerber aller Parteien in allen 42 Wahlkreisen gewählt werden. Es gab keine Absprachen unter den Parteien.

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich wie die Wahlbeteiligung nur geringfügig gegenüber 1954 erhöht. Es gab 1,57 Mill. Wahlberechtigte, knapp 20 000 mehr, und 78,9 % (1954: 78,6 %) von ihnen gingen zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist damit zwar höher als bei Kreiswahlen, aber deutlich niedriger als bei Bundestagswahlen und bei den Landtagswahlen in den siebziger Jahren. Sie ist abermals, wenn auch geringfügig, in den kreisfreien Städten höher als in den Kreisen. Bemerkenswert ist, daß die gleichen Kreise wie 1954 an der Spitze und am Ende der Wahlbeteiligungsskala liegen, nämlich Plön mit 83,2 % und Nordfriesland mit 73,3 %. Die Nichtwähler stellen mit 330 000 Personen wiederum die drittstärkste „Partei“. Es läßt sich zwar nicht eindeutig nachweisen, zu Lasten welcher Partei diese Nichtbeteiligung geht, es ist aber wahrscheinlich die SPD. Der Anteil der Nichtwähler liegt nämlich bei den jüngeren Wahlberechtigten erheblich über dem Durchschnitt und diese Altersgruppe (21 — 30 Jahre) wählte relativ häufiger die SPD.

Die CDU erhielt am 28. September 1958 die meisten Stimmen und stellt mit 44,4 % erstmals die stärkste Partei. Ihr Abstand zur SPD macht 8,5 Prozentpunkte aus. Vier Jahre zuvor hatte die SPD noch mit einem Punkt vorn gelegen. Die CDU verbesserte sich insgesamt um 12,2 Punkte, in den Kreisen um 13 Punkte und in den kreisfreien Städten um 10,5 Punkte. Sie

verdrängte dadurch die SPD auch in den kreisfreien Städten vom 1. Platz. Der CDU gelang fast ein totaler Erfolg. Sie liegt nämlich nur noch in Kiel, Neumünster und Pinneberg an zweiter Stelle. Im Kreis Schleswig-Flensburg erhielt sie sogar die Hälfte aller gültigen Stimmen, was bis dahin nur dem SSW bei der Landtagswahl 1947 gelungen war. Am schlechtesten schnitt die CDU in Flensburg mit 37,0 % ab. Sie nimmt aber auch hier die Spitzenposition ein und verwies den bisherigen Spitzenreiter, den SSW, deutlich auf den 2. Platz. Die SPD erhöhte zwar ebenfalls ihren Stimmenanteil, jedoch nur um 2,7 Punkte auf 35,9 %. Sie mußte ihren Spitzenplatz insgesamt und in Lübeck, Ostholstein, Steinburg sowie Stormarn der CDU räumen. Zu einer neuen Hochburg für die SPD entwickelte sich Neumünster (46,1 %), vor Kiel (45,4 %) und Pinneberg (43,2 %). Am schlechtesten schnitt die SPD in Schleswig-Flensburg mit 19,6 % ab. Von den übrigen Parteien hat vor allem der GB/BHE erheblich Stimmen gegenüber 1954 eingebüßt. Sein Anteil halbierte sich

Landtagswahl am 28. September 1958

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahlbeteiligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf				
		CDU	SPD	FDP	SSW	GB/BHE
FLENSBURG	79,5	37,0	21,7	3,2	29,5	4,8
KIEL	79,4	43,5	45,4	5,1	0,2	2,4
LÜBECK	77,9	44,0	40,2	4,8	—	6,0
NEUMÜNSTER	80,3	42,7	46,1	4,3	—	4,4
Kreisfreie Städte	79,0	42,7	40,4	4,6	4,2	4,2
Dithmarschen	78,6	48,6	32,8	5,2	—	6,1
Hzgt. Lauenburg	76,9	47,6	36,2	4,0	—	7,5
Nordfriesland	73,3	46,6	25,2	5,4	10,1	6,0
Ostholstein	81,7	43,4	35,8	3,7	—	12,1
Pinneberg	78,5	40,8	43,2	5,5	—	6,8
Plön	83,2	45,9	38,8	3,6	—	8,3
Rendsburg-Eckernförde	78,1	47,7	32,3	5,7	2,5	7,7
Schleswig-Flensburg	80,8	50,0	19,6	4,7	10,6	8,5
Segeberg	78,2	44,2	31,8	10,8	—	9,8
Steinburg	81,4	40,9	37,6	7,0	0,0	8,4
Stormarn	77,2	41,8	38,9	8,1	—	8,5
Kreise	78,8	45,2	33,9	5,7	2,2	8,2
Schleswig-Holstein	78,9	44,4	35,9	5,4	2,8	6,9

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B III 2 - 4/1958.

Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

von 14,0 % auf 6,9 %. Er kam nur noch in seinem Stammkreis Ostholstein auf einen Anteil von über 10 %. Hier dürften die sich abzeichnenden Auflösungserscheinungen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben²⁰. Der GB/BHE blieb aber drittstärkste Partei, da auch die FDP ihren Stimmenanteil nicht halten konnte. Sie verschlechterte sich gegenüber 1954 um 2,1 Punkte auf 5,4 %. In einigen Kreisen war der Rückgang noch höher. Die FDP verbesserte sich in Flensburg, wo sie 1954 nicht kandidiert hatte, Neumünster und Segeberg. Das beste Ergebnis sprang für sie in Segeberg mit 10,8 % heraus. Sie blieb jedoch in vier der elf Kreise und drei der vier kreisfreien Städte unter einem Anteil von 5 %. Auch der Anteil des SSW ging weiter zurück. Er schrumpfte auf 2,8 % und verlor in Flensburg die relative Mehrheit an die CDU. Die übrigen Parteien waren bedeutungslos. Die DP erreichte bei einer Abnahme von fast der Hälfte ihrer Stimmen von 1954 nur 2,8 % der gültigen Stimmen. Die DRP büßte fast ein Viertel ihrer Stimmen ein und erhielt nur noch 1,1 %. Der BdD rutschte auf 0,5 % ab und verlor vier Zehntel seiner Stimmen. Die 12 parteilosen Kandidaten vereinigten nur 0,2 % aller gültigen Stimmen auf sich.

Eine abermals durchgeführte Stichprobenerhebung über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht zeigt, daß die CDU weiterhin von den Frauen bevorzugt wird. Sie erhielt von ihnen nicht nur überdurchschnittlich viele Stimmen, sondern hat es auch vor allem ihnen zu verdanken, daß sich ihr Stimmenanteil so kräftig erhöhte. Dabei fallen besonders die älteren Frauen auf, von denen die Hälfte ihre Stimme der CDU gab. Unter den Männern ist zwar der Stimmenanteil der CDU wiederum unterdurchschnittlich, aber anders als 1954 höher als der der SPD. Selbst in der jüngsten Altersgruppe der Männer (21 – 30 Jahre) erhielt die CDU fast so viele Stimmen wie die SPD. In dieser Altersgruppe hatte die SPD vier Jahre zuvor noch klar vorn gelegen. Die CDU und die SPD verbesserten sich in allen Altersgruppen gegenüber 1954. Jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, daß die Gewinne der CDU nicht unerheblich größer waren als die der SPD.

Von den 1,2 Mill. Wählern, die eine gültige Stimme abgaben, bestimmten 95 % die Sitzverteilung im neuen Landtag. Fast 56 000 oder 5 % der gültigen Stimmen sind für Parteien oder Einzelbewerber abgegeben

worden, die nicht an der Sitzverteilung teilnehmen konnten, weil sie die im Wahlggesetz geforderten Voraussetzungen nicht erfüllten. Im Jahre 1954 waren es 8 % der gültigen Stimmen gewesen, die nicht bei der Sitzverteilung berücksichtigt werden konnten. Die Splitterparteien haben also an Gewicht verloren. Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	GB/ BHE	FDP	SSW
Wahlkreissitze	42	32	10	—	—	—
Listensitze	27	1	16	5	3	2
Sitze zusammen	69	33	26	5	3	2

Danach ziehen fünf Parteien in den 4. Landtag ein, und zwar die bisher schon im Landtag vertretenen Parteien, CDU, SPD, GB/BHE und FDP sowie der SSW, der 1954 an der damals auch für ihn geltenden 5%-Klausel gescheitert war. Die CDU stellt mit 33 Sitzen die stärkste Fraktion, sie verfügt aber nicht über die absolute Mehrheit. Sie verbesserte sich gegenüber 1954 um acht Sitze. Neben diesem Gewinn ist besonders bemerkenswert, daß die CDU 32 anstelle von 19 Bewerbern direkt durchbrachte. Die SPD vermehrte ebenfalls ihre Sitze, jedoch nur um einen, und sie verlor 12 Wahlkreise. Nur 10 Direktbewerber der SPD wurden gewählt und 16 SPD-Bewerber zogen über die Landesliste in den Landtag ein. Es zeigte sich erstmals das heute bekannte Bild: Nur die CDU und SPD waren in den Wahlkreisen erfolgreich, während alle anderen Parteien leer ausgingen. Der GB/BHE büßte die Hälfte seiner 1954 errungenen Sitze ein und ist nun mit fünf Sitzen im Landtag vertreten. Das ist übrigens die Anzahl, die er auch am Ende der 3. Wahlperiode aufwies. Mitte 1958 sind nämlich fünf Abgeordnete aus dem GB/BHE ausgetreten. Jeweils zwei von ihnen traten der CDU und der FDP bei und einer blieb parteilos. Die FDP verschlechterte sich ebenfalls. Sie erhielt drei Sitze und damit zwei weniger als 1954. Der wieder im Landtag vertretene SSW kam auf zwei Sitze. Bemerkenswert ist die große Fluktuation unter den Abgeordneten. Gerade 18 Abgeordnete sind das dritte Mal in den Landtag gewählt worden und nur sieben von diesen sind seit 1947 ununterbrochen dabei.

Das Kabinett von Hassel blieb an der Regierung und änderte seine Zusammensetzung nicht, obwohl der GB/BHE nicht mehr an der Koalition beteiligt war. Seine beiden Kabinettsmitglieder waren nämlich aus dem GB/

20) H. J. Varian, a. a. O. S. 182 ff.

BHE ausgetreten. Eines von ihnen schloß sich sofort der CDU an und das andere im Laufe der 4. Wahlperiode. Beide gehörten nicht dem neuen Landtag an. Die Koalitionsregierung bestand zunächst aus fünf Ministern der CDU, einem der FDP und einem parteilosen. CDU und FDP hatten sich schnell über die Fortsetzung der Koalition geeinigt, obwohl der Wunsch der FDP nach einem gewichtigerem Ministerium als dem Justizministerium nicht erfüllt wurde und die Bonner Wahlrechtsdiskussion (Einführung der Mehrheitswahl) 1956 fast zu einem Bruch der schleswig-holsteinischen Koalition geführt hatte.

Landtagswahl am 23. September 1962

Der Landtagswahl am 23. September 1962 lag das Wahlgesetz in der Fassung vom 17. Juli 1959 zugrunde (GVOBl. Schl.-H. S. 133). Dieses Gesetz brachte nur eine wesentliche Änderung: Es wurde die seit 1957 schon bei Bundestagswahlen übliche Möglichkeit zur Briefwahl eingeführt. Mittels Briefwahl kann jedoch nur der Wahlberechtigte abstimmen, der einen entsprechenden schriftlichen Antrag stellt und darin glaubhaft macht, daß er sich am Wahltag während der Wahlzeit außerhalb seines Stimmbezirks aufhält oder wegen seines körperlichen Zustandes den Wahlraum nicht aufsuchen kann. Weiterhin wurde durch die Verordnung vom 16. Juli 1962 (GVOBl. Schl.-H. S. 343) die nach dem Wahlgesetz zulässige Verwendung von Stimmzählgeräten geregelt. In mit Stimmzählgeräten ausgerüsteten Wahllokalen wählt der Wahlberechtigte nicht mit einem Stimmzettel, sondern mittels „Knopfdruck“. Das Wahlergebnis kann dann unmittelbar nach Wahlschluß abgelesen werden und Entscheidungen über nicht eindeutig abgegebene Stimmen sind nicht erforderlich. Der Wahlberechtigte kann sich auch der Stimme enthalten, indem er einen bestimmten „Knopf“ drückt. Nachteilig sind bei diesem Verfahren nur die einmaligen Anschaffungskosten und die beschränkte Kapazität der Geräte, d. h. wenn zu viele Parteien auftreten, kann das Gerät nicht eingesetzt werden. Die Wahlkreiseinteilung²¹ und die Zahl der zu wählenden Vertreter blieb unverändert.

21) Nur Schilksee, das am 1. 4. 1959 nach Kiel eingemeindet wurde, wurde aus dem Wahlkreis Eckernförde in den Wahlkreis Kiel-Nord umgesetzt

Um die 69 Sitze bewarben sich sieben Parteien. Fünf von ihnen waren schon zur vorangegangenen Landtagswahl angetreten, und zwar CDU, SPD, FDP, SSW und GDP (Gesamtdeutsche Partei), die am 8. Mai 1961 aus dem Zusammenschluß von GB/BHE und DP entstand. Vier Jahre zuvor waren diese beiden Parteien noch getrennt aufgetreten. Hinzugekommen sind die Deutsche Friedens-Union (DFU) und die Deutsche Gemeinschaft (DG). Diese Parteien stellten insgesamt 262 Bewerber auf, von denen 232 in den Wahlkreisen, 190 auf den Landeslisten und 160 für beide gleichzeitig kandidierten. Während der SSW nur in 13 Wahlkreisen und die DG sogar nur in neun Wahlkreisen gewählt werden konnten, waren die anderen Parteien in allen 42 Wahlkreisen vertreten.

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegenüber 1958 um rund 90 000 auf 1,65 Mill. Personen erhöht. Das Wahlinteresse ist dagegen deutlich zurückgegangen, nur 70,1 % der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Bei den drei vorangegangenen Landtagswahlen lag die Wahlbeteiligung jeweils über 78 %. Lediglich zur Kommunalwahl 1946 (70,6 %) und zur Landtagswahl 1947 (69,8 %) ist eine ähnlich niedrige Beteiligung festgestellt worden. Bei der Bundestagswahl ein Jahr zuvor haben sich 88,0 % der Wahlberechtigten beteiligt. Die Wahlmüdigkeit dürfte damit zusammenhängen, daß die Schleswig-Holsteiner innerhalb von zwölf Monaten drei Mal zur Wahlurne gerufen worden sind. Im März 1962 fand nämlich zusätzlich eine Kommunalwahl statt. Die „Partei“ der Nichtwähler weist dadurch den größten Zuwachs auf. Ihre Zahl erhöhte sich um über 160 000 auf 490 000 Personen. Sie ist damit die zweitstärkste „Partei“ (SPD: 449 000) und fast so groß wie die CDU (516 000). Eine Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht zeigt, daß das Desinteresse bei Männern und Frauen ziemlich gleich groß und in den jüngeren Altersgruppen am stärksten gegenüber 1958 gewachsen ist. Von den 21- bis 25jährigen Wahlberechtigten gingen 46 % der Frauen und 49 % der Männer nicht zur Wahl. Geringer als erwartet war die Zahl der Wahlberechtigten, die einen Wahlschein beantragt haben. Nur 61 000 oder 3,7 % aller Wahlberechtigten machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Mittlerweile ist ihr Anteil auf über 10 % angestiegen. Die Wahlbeteiligung ist in den kreisfreien Städten und Kreisen insgesamt gleich gering. Sie ist aber wie 1950 in den Kreisen etwas höher. Bemerkenswert ist, daß wiederum der Kreis Plön (76,9 %) an der Spitze und der Kreis Nordfriesland (66,4 %) am Ende der Wahlbeteiligungsskala liegen.

Die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung ist für die beiden großen Parteien CDU und SPD nicht nachteilig gewesen. Sie schnitten vielmehr recht günstig ab. Der Anteil, den beide auf sich zusammen vereinigten, ist mit 84,3 % noch niemals so hoch gewesen. Die CDU verbesserte sich 1962 um 0,6 Punkte auf 45,0 % und die SPD um 3,3 Punkte auf 39,2 %. Der Abstand zwischen beiden Parteien hat sich von 8,5 auf 5,8 Punkte verringert. Die CDU blieb zwar insgesamt die bei weitem stärkste Partei, in den kreisfreien Städten zusammen und in Lübeck mußte sie aber der SPD den 1. Platz räumen. In Flensburg und in allen Kreisen bis auf Pinneberg blieb sie an der Spitze. Sie konnte sogar in Schleswig-Flensburg ihre absolute Mehrheit weiter ausbauen und in Rendsburg-Eckernförde kam sie nahe an diese heran. Die SPD überflügelte die CDU in den kreisfreien Städten zusammen, in den Kreisen zusammen macht der Rückstand aber weiterhin fast 10 Punkte aus. Am besten schnitt die SPD wie 1958 in Neumünster mit 49,5 % ab. Sie verfehlte also nur

knapp die absolute Mehrheit. Die geringsten Stimmenanteile entfielen auf die SPD ebenfalls wie 1958 in Schleswig-Flensburg mit 25,0 %. Die SPD konnte sich in allen kreisfreien Städten und Kreisen gegenüber 1958 verbessern.

Auch die FDP erhielt mehr Stimmen als vier Jahre zuvor. Ihr Stimmenanteil erhöhte sich um 2,5 Prozentpunkte auf 7,9 % und sie ist nun die drittstärkste Partei. Sie erzielte ihr bestes Ergebnis abermals in Segeberg mit 13,4 % und kam noch in vier weiteren Kreisen auf über 10 %. Nur in Flensburg und Kiel blieb sie unter der 5 %-Grenze. Die neuformierte GDP büßte, wenn man als Vergleich die Stimmen von GB/BHE und DP zusammenfaßt, gegenüber 1958 weit über die Hälfte der Stimmen ein und ihr Anteil verringerte sich von 9,7 % auf 4,2 %. Die GDP hat also ihr Ziel, in den Landtag einzuziehen, verfehlt. Sie erhielt nur in drei Kreisen mehr als 5 % der gültigen Stimmen. Am besten schnitt sie im Kreis Ostholstein mit 8,2 % ab. Der SSW konnte ebenfalls seinen Anteil von 1958 nicht halten. Er weist nur noch 2,3 % anstelle von 2,8 % auf. Die beiden übrigen Parteien DFU und DG sind bedeutungslos: Sie erhielten 1,2 % und 0,1 % der gültigen Stimmen.

Landtagswahl am 23. September 1962

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahlbeteiligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf				
		CDU	SPD	FDP	SSW	GDP
FLensburg	71,3	37,1	30,1	4,0	24,9	2,9
KIEL	69,3	43,8	48,4	4,7	0,2	1,4
LÜBECK	68,4	44,0	44,9	5,3	—	4,2
NEUMÜNSTER	72,5	39,3	49,5	7,2	—	2,2
Kreisfreie Städte	69,7	42,4	44,8	5,1	3,6	2,7
Dithmarschen	69,9	49,4	35,3	10,9	—	3,3
Hzgt. Lauenburg	70,9	46,3	40,3	6,5	—	4,9
Nordfriesland	66,4	47,9	28,6	11,1	8,1	3,5
Ostholstein	73,5	44,9	38,7	7,2	—	8,2
Pinneberg	68,9	43,0	44,5	7,9	0,1	2,8
Plön	76,9	43,7	41,3	7,0	—	7,2
Rendsburg-Eckernförde	69,9	49,2	35,7	7,8	1,9	4,4
Schleswig-Flensburg	71,4	52,1	25,0	7,7	9,0	5,5
Segeberg	68,4	45,3	35,0	13,4	—	5,0
Steinburg	73,1	42,3	39,2	12,4	0,0	5,0
Stormarn	67,2	42,8	40,1	10,6	—	4,9
Kreise	70,4	46,2	36,8	9,1	1,8	4,9
Schleswig-Holstein	70,1	45,0	39,2	7,9	2,3	4,2

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 geltende Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B III 2 - 5/62.

Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

Die Stichprobenerhebung zeigt, daß die Frauen der CDU hold geblieben sind und daß die SPD die Gunst der Männer zurückerobert hat. Von den Frauen stimmten 48,1 % für CDU und 36,9 % für die SPD. Umgekehrt gaben 43,2 % der Männer ihre Stimme der SPD und 40,1 % der CDU. Bemerkenswert ist, daß die CDU in den jüngeren Jahrgängen sowohl bei den Frauen (50,9 %) als auch bei den Männern (45,3 %) ein Übergewicht gegenüber der SPD hat. Die SPD liegt nur in den mittleren und älteren Jahrgängen vorn. Am häufigsten wird sie von den 30- bis 60jährigen Männern gewählt. Das Übergewicht der CDU in den jüngeren Jahrgängen kann daran liegen, daß hier die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist und dadurch potentielle SPD-Wähler der Wahl fernblieben.

Für die Sitzverteilung kamen nur CDU, SPD, FDP und der SSW in Frage. Die anderen Parteien scheiterten mehr oder weniger deutlich an der 5 %-Grenze. Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP	SSW
Wahlkreissitze	42	29	13	—	—
Listensitze	27	5	16	5	1
Sitze zusammen	69	34	29	5	1

Danach stellt die CDU abermals die stärkste Fraktion. Sie verfehlt aber wiederum knapp die absolute Mehrheit, so daß sie nicht allein regieren kann. Sie verbesserte sich um einen Sitz gegenüber 1958. Sie verlor jedoch drei Wahlkreise an die SPD. Die CDU brachte aber weiterhin die bei weitem meisten Kandidaten direkt durch. Über acht Zehntel der CDU-Bewerber sind in den Wahlkreisen gewählt worden, während es bei der SPD nur gut vier Zehntel sind. Die CDU gewann mehr als doppelt so viele Wahlkreise wie die SPD. Beide Parteien teilten die Wahlkreise wie 1958 unter sich auf. Über ein Viertel von ihnen wurde mit der absoluten Mehrheit gewonnen, wobei dies der CDU neunmal und der SPD zweimal gelang. Die SPD verbesserte sich um drei Sitze. Die FDP eroberte zwei Sitze mehr als 1958. Ihr fehlten nur 765 Stimmen um einen weiteren Sitz zu erhalten, den sie auf Kosten der CDU bekommen hätte. Der SSW ist im neuen Landtag nur noch mit einem Abgeordneten vertreten. Vier Jahre zuvor hatte er noch zwei Sitze erzielt.

Die Fortsetzung der bisherigen Koalition zwischen CDU und FDP schien zunächst problemlos zu sein, da sie vereinbart und von den Mehrheitsverhältnissen her auch gut möglich war. Es kam jedoch anders. In den Koalitionsverhandlungen forderte der „harte Kern“ der FDP zwei der bestehenden Ministerien, während die CDU neben dem Justizministerium ein neuzubildendes Ministerium für Wohnungsbau anbot. Die Verhandlungen fuhren sich fest und der FDP-Justizminister, der gleichzeitig Landesvorsitzender der FDP war, reichte eine Woche vor der konstituierenden Sitzung des Landtages seinen Rücktritt ein. Die Koalition war also geplatzt. Die CDU wartete ab. Von Hassel übernahm das Justizministerium geschäftsführend und sein bisheriges Kabinett blieb als Minderheitsregierung im Amt. Wie sich zeigte, löste sich das Problem durch bundespolitische Ereignisse. Im gleichen Monat, im Oktober 1962, kam es zur Spiegelaktion und als Folge davon zur Kabinettsumbildung in Bonn. Von Hassel wurde Anfang Januar 1963 als Nachfolger von Strauß Bundesverteidigungsminister. Er blieb zwar Mitglied des Landtages, aber sein Amt als Ministerpräsident mußte er niederlegen. Von der CDU wurde Dr. Lemke mit der Regierungsbildung beauftragt. Es kam zu einer Einigung mit der FDP: Sie erhielt neben dem Justizministerium ab April 1963 das Finanzministerium. Das Kabinett Dr. Lemke wurde am 7. Januar 1963 vereidigt und blieb, wenn auch mit zahlreichen Änderungen²² bis zum 24. Mai 1971 an der Regierung. Ihm gehörten in

der 5. Wahlperiode neben dem CDU-Ministerpräsidenten fünf Minister der CDU und zwei der FDP an.

Landtagswahl am 23. April 1967

Der schleswig-holsteinische Landtag wird nach Artikel 10 Abs. 1 der Landdessatzung für vier Jahre gewählt. Die Landtagswahl hätte also im September 1966 stattfinden müssen. Wegen der Umstellung des Haushaltsjahres auf das Kalenderjahr und den bei den Haushaltsberatungen zu erwartenden Schwierigkeiten wurde die Wahlperiode für den im Jahre 1962 zu wählenden Landtag durch Artikel 52a der Landdessatzung (Gesetz zur Änderung der Landdessatzung vom 27. Dezember 1961, GVOBl. Schl.-H. 1962, S. 35) auf vier Jahre und sechs Monate verlängert und die Wahl fand am 23. April 1967 statt. Das dieser Wahl zugrunde liegende Wahlgesetz vom 18. März 1966 (GVOBl. Schl.-H. S. 41) änderte das Wahlsystem nicht. Die Zahl der Wahlkreise wurde jedoch von 42 auf 44 und die Gesamtsitzzahl von 69 auf 73 erhöht. Hier spielte die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in den Wahlkreisen und der Wunsch der politischen Parteien nach einer angemessenen Erhöhung der Abgeordnetenzahl eine Rolle²³. Das bisherige Wahlgesetz sagte nur pauschal, daß die Wahlkreise möglichst gleich groß sein sollten. Der neu gefaßte § 17 des Landeswahlgesetzes legt fest, daß die Wahlkreise so zu begrenzen sind, daß sie die gleiche Anzahl von Einwohnern enthalten. Eine Abweichung ist nur möglich, wenn sonst eine der vier folgenden Forderungen verletzt wird:

1. Die Wahlkreise müssen ein zusammenhängendes Ganzes bilden.
2. Die Wahlkreise sollen auch im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung möglichst beständig sein.
3. Gemeindegrenzen sollen nur ausnahmsweise durchschnitten werden.
4. Örtliche Zusammenhänge sind nach Möglichkeit zu wahren.

22) siehe Anlage „Landtagspräsidenten und Landesregierungen seit 1946“

23) W. Bausenhardt, Die Wahlen in Schleswig-Holstein, Wiesbaden 1971, II/1 S. 7

Eine durch diese Forderungen bedingte Abweichung darf jedoch nicht mehr als 25 % der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise ausmachen. Maßgebend ist die Zahl der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung – nicht mehr der Wahlberechtigten – am Beginn des der Wahl vorangehenden Kalenderjahres. Damit können evtl. erforderliche Neueinteilungen noch rechtzeitig vor der Wahl vorgenommen werden.

Da die Toleranzgrenze in einigen Wahlkreisen deutlich überschritten wurde, mußten die Landtagswahlkreise neu eingeteilt werden. Für die Neueinteilung standen mehrere Wege offen, wobei die völlige Neueinteilung des gesamten Wahlgebietes die weitestgehende und eine Änderung der stark abweichenden die scheinbar einfachste ist. Die alten Wahlkreise sollten möglichst beibehalten werden, da sie die örtlichen Zusammenhänge berücksichtigen. Damit entfiel eine völlige Neueinteilung. Eine Änderung nur der stark abweichenden Wahlkreise erwies sich als unmöglich, da sich Kettenreaktionen über das ganze Land ergeben hätten, was einer völligen Neueinteilung gleichgekommen wäre. Deshalb mußte ein anderer Weg gefunden werden.

Da die an Hamburg angrenzenden Wahlkreise besonders hoch über dem Durchschnitt lagen, bot sich an, hier ein oder zwei neue Wahlkreise zu schaffen. Der Landeswahlausschuß beschloß, daß in diesem Gebiet zwei neue Wahlkreise einzuteilen sind. Die Gesamtzahl der Wahlkreise erhöht sich damit auf 44. Diese Wahlkreiseinteilung hatte nur für die Landtagswahl 1967 Bestand, da die Gebietsreform von 1970 eine Neuschneidung erforderte.

Um die 73 Sitze bewarben sich wie 1962 sieben Parteien. Die CDU, SPD, FDP, DFU sowie der SSW traten wiederum an, die Freisoziale Union (FSU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) erstmals und die DG und die GPD nicht mehr. In der Ende 1964 gegründeten NPD hatten hauptsächlich die Funktionäre und Mitglieder der DRP, der ehemaligen SRP, der GPD²⁴ und der DG eine neue Heimat gefunden. In Schleswig-Holstein kandidierte einer ihrer Spitzenbewerber 1962 noch für die GPD. Die NPD trat erstmals bei der Bundestagswahl 1965, jedoch ohne Erfolg, an. Ein Jahr später, im Herbst 1966, konnte

sie jedoch in die Landtage von Bayern (15 Abgeordnete) und Hessen (7 Abgeordnete) einziehen. Nicht nur im In- sondern auch im Ausland wurde deshalb mit Spannung erwartet, wie die NPD in Schleswig-Holstein abschneiden würde. Außer der FSU hatten alle Parteien eine Landesliste aufgestellt. Auch in den Wahlkreisen waren nicht alle Parteien vertreten. Der SSW nominierte nur wie bisher in 13 Wahlkreisen des nördlichen und westlichen Landesteils Bewerber und die FSU in drei Wahlkreisen. Insgesamt bewarben sich 286 Kandidaten. Die Hälfte von ihnen, nämlich 144, war sowohl in einem Wahlkreis als auch auf der Landesliste ihrer Partei aufgestellt. Am stärksten sicherten der SSW und die SPD ihre Wahlkreiskandidaten ab, die alle (SPD: zwei nicht) auf der Landesliste standen, während es bei der CDU nur 21 von 44 waren. Alle anderen Parteien hatten weniger Kandidaten auf der Landesliste stehen als sie Wahlkreisbewerber aufgestellt hatten. Am umfangreichsten ist die Landesliste der CDU und der SPD mit 52 und 51 Bewerbern.

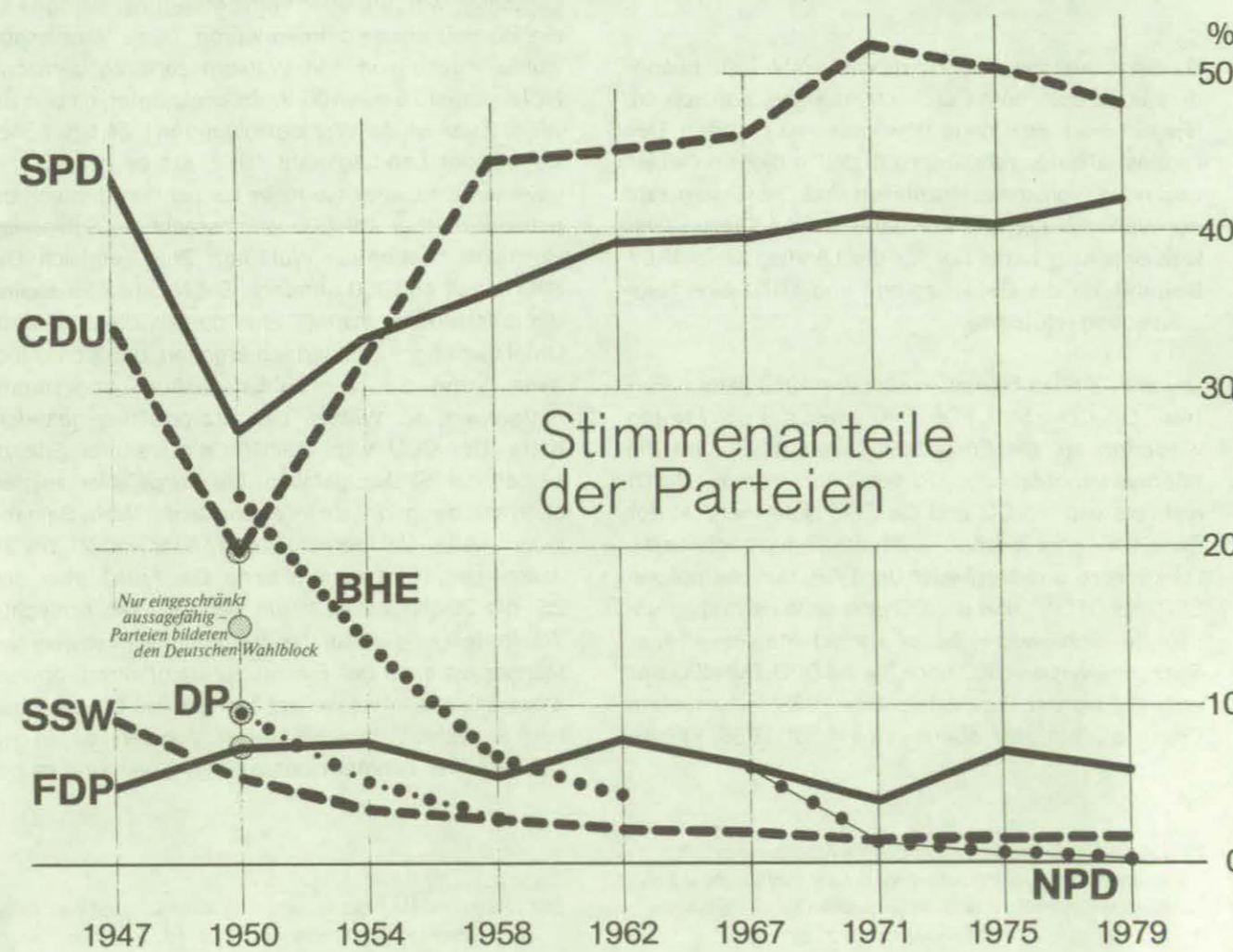
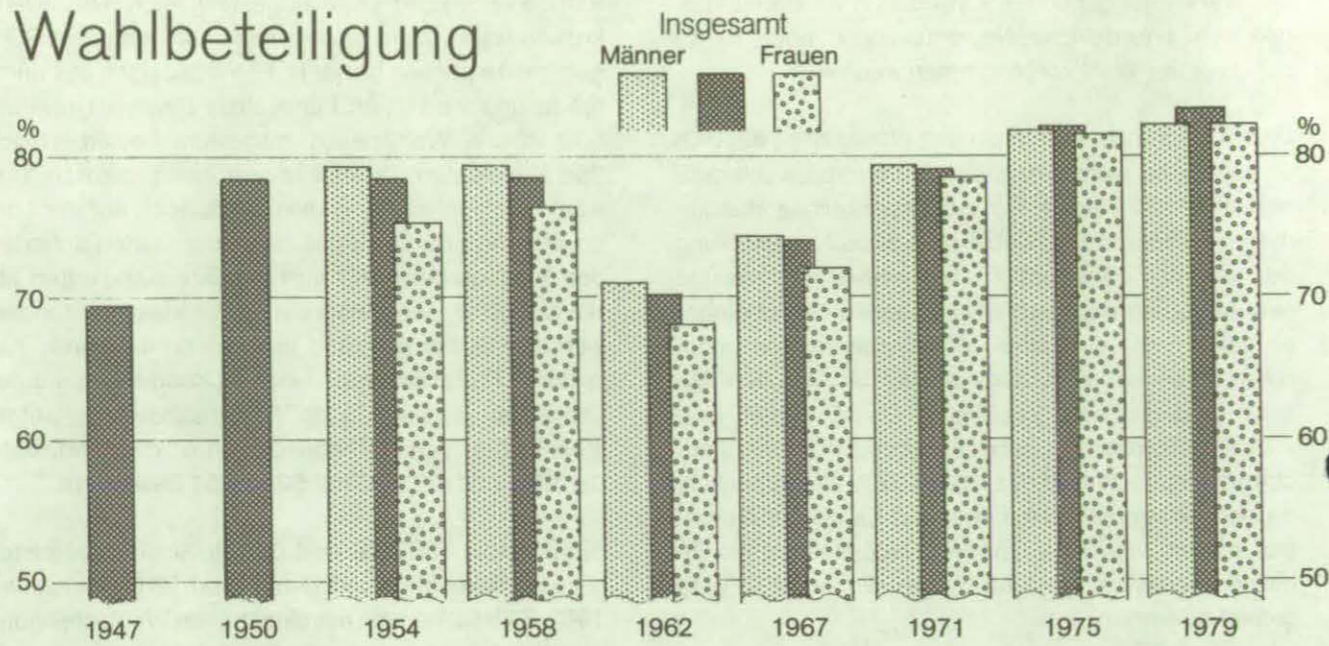
Am 23. April 1967 waren 1,68 Mill. Schleswig-Holsteiner wahlberechtigt und damit rund 28 000 mehr als 1962. Es ist allgemein mit einer hohen Wahlbeteiligung gerechnet worden, einer Wahlbeteiligung, die nahe an die 80 %-Grenze kommen würde. Diese Voraussage wurde jedoch von den Wählern zunichte gemacht. Nicht einmal 75 von 100 Wahlberechtigten gingen zur Wahl. Zwar ist die Wahlbeteiligung mit 74,1 % höher als bei der Landtagswahl 1962, als es nur 70,1 % gewesen sind, aber niedriger als bei den drei vorhergehenden. Über 436 000 wahlberechtigte Schleswig-Holsteiner blieben der Wahl fern. Zum Vergleich: Die SPD erhielt 486 000 Stimmen. Die Nichtwähler stellen die drittstärkste „Partei“. Eine damals durchgeführte Untersuchung²⁵ hat jedoch ergeben, daß sich selbst dann, wenn die Nichtwähler genauso abgestimmt hätten wie die Wähler, die Sitzverteilung geändert hätte. Der CDU wäre nämlich ein weiterer Sitz zu Lasten der SPD zugefallen. Die Jungwähler zeigten abermals das geringste Interesse an der Wahl. Beinahe jeder zweite Wahlberechtigte im Alter von 21 bis 25 Jahren ging nicht zur Wahlurne. Der Anteil unter den 25- bis 30jährigen ist kaum geringer. Die schlechte Wahlbeteiligung ist auf die Gleichgültigkeit sowohl der Männer als auch der Frauen zurückzuführen, obwohl das politische Interesse der Männer wie bei allen bisherigen Wahlen etwas stärker ist. Von den Frauen gingen fast drei Zehntel nicht zur Wahl, während es bei

24) Die GPD hatte zwischenzeitlich ihre Abkürzung in GPD geändert. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte auf dem Klagewege erreicht, daß die Gesamtdeutsche Partei ihre Abkürzung nicht mehr verwenden durfte

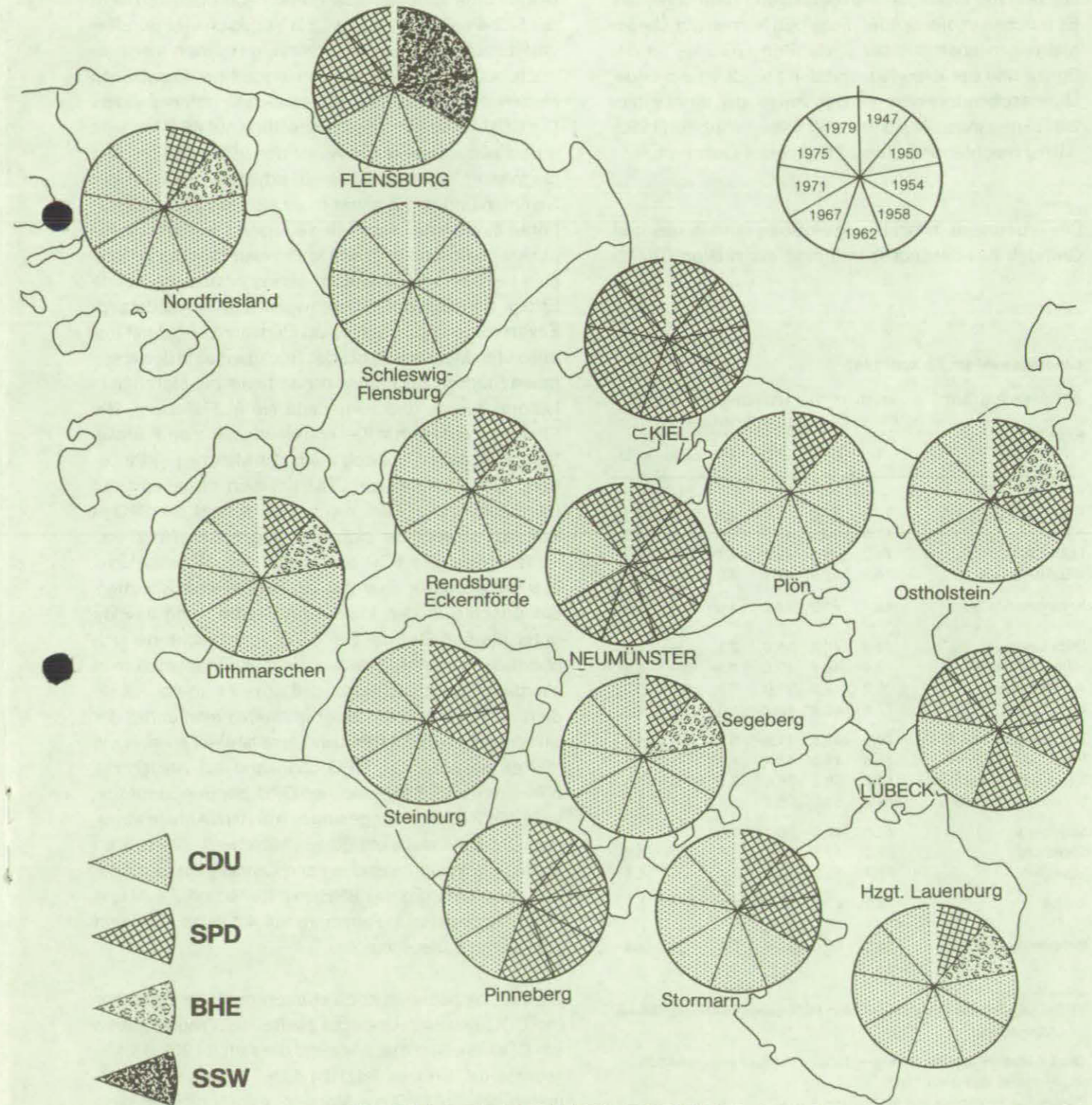
25) W. Dahms, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht, in dieser Zeitschrift, 1967, S. 149

LANDTAGSWAHLEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1947 bis 1979

Wahlbeteiligung



Die stärksten Parteien in den kreisfreien Städten und Kreisen



den Männern gut ein Viertel gewesen ist. Die Wahlbeteiligung ist in den Kreisen wiederum etwas stärker als in den kreisfreien Städten. Der Abstand ist jedoch nicht so deutlich, daß sich sagen ließe, die Landbevölkerung wähle häufiger als die städtische. Bezieht man die zurückliegenden Wahlen mit ein, so muß man von einer ausgeglichenen Wahlbeteiligung sprechen. Anders sieht es in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten aus. Hier kann man eindeutig über alle Landtagswahlen hinweg zwischen solchen mit hoher und solchen mit niedriger Wahlbeteiligung unterscheiden. Es tauchen immer wieder dieselben Namen auf. Dieses Mal liegen abermals der Kreis Plön (78,6 %) an der Spitze und der Kreis Nordfriesland (69,2 %) am Ende. Überraschenderweise ist der Anteil der Briefwähler zurückgegangen. Nur 3 % der Wahlberechtigten (1962: 3,2 %) machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die Ergebnisse in Schleswig-Holstein fanden aus drei Gründen das besondere Interesse der breiten Öffent-

lichkeit. Neben dem Antreten der NPD stellte sich vor allem die Frage, wie sich die gerade fünf Monate alte große Koalition in Bonn auf Schleswig-Holstein auswirken würde. In Bonn bildeten CDU/CSU und SPD eine Koalition und die FDP stand in der Opposition. In Schleswig-Holstein gab es dagegen eine CDU/FDP-Koalition und die SPD stand in der Opposition. Weiter hin stellte sich die Frage, ob der Tod des am 19. April 1967 verstorbenen Altbundeskanzlers Adenauer das Wahlergebnis beeinflussen würde. Inwieweit diese beiden Umstände sich ausgewirkt haben, läßt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Ein Vergleich aller Bundes- und Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zeigt jedoch, daß die Schleswig-Holsteiner sehr wohl zwischen beiden Wahlen bei ihrer Stimmabgabe unterscheiden. Die CDU konnte ihre Spitzenposition auf 46,0 % leicht ausbauen, während der Anteil der SPD (39,4 %) fast stagnierte. Beide zusammen erhielten 85,4 % der Stimmen und damit etwas mehr als 1962. Die CDU erhöhte ihren Anteil nur in den Kreisen (+ 1,5 Prozentpunkte), während er in den kreisfreien Städten zurückging (- 0,5). In den Kreisen gelang ihr aber der totale Erfolg. Sie liegt dort überall vorn und in Rendsburg-Eckernförde und in Schleswig-Flensburg sogar mit der absoluten Mehrheit. Trotz des Rückganges in den kreisfreien Städten zusammen eroberte sie die Mehrheit in Lübeck zurück und verteidigte sie in Flensburg. Die SPD steht nur noch in Kiel und Neumünster an 1. Stelle. Sie verlor neben Lübeck auch die Mehrheit in Pinneberg. Der Abstand zur CDU hat sich insgesamt auf 6,6 Punkte vergrößert. Am besten schnitt die SPD in Kiel ab, obwohl sie sich hier gegenüber 1962 verschlechterte. Die FDP blieb zwar drittstärkste Partei (5,9 %), sie verlor aber fast ein Fünftel ihrer Stimmen. Sie rutschte in den kreisfreien Städten und in Plön unter die 5 %-Grenze. Der SSW verschlechterte sich ebenfalls. Sein Anteil sank unter 2 %. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß er nicht überall kandidiert. In Flensburg erhielt er immerhin ein Fünftel der Stimmen, bei der letzten Landtagswahl war es aber ein Viertel gewesen. Die NPD überwand auf Anhieb die 5 %-Grenze (5,8 %), was der GPD bei der Landtagswahl 1962 nicht mehr gelungen war. Ihre Anteile streuen nicht sehr stark um diesen Mittelwert. Am besten schnitt sie in Dithmarschen und Ostholstein, der ehemaligen Hochburg des BHE, mit 7,5 % und 7,4 % und am schlechtesten in Flensburg mit 4,1 % ab. DFU und FSU waren bedeutungslos.

Landtagswahl am 23. April 1967

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf				
		CDU	SPD	FDP	SSW	NPD
FLensburg	72,1	37,0	33,0	4,3	20,9	4,1
KIEL	73,3	40,6	47,7	5,0	0,1	5,2
LÜBECK	74,2	45,1	43,9	4,1	—	5,7
NEUMÜNSTER	74,9	42,3	47,1	4,8	—	5,0
Kreisfreie Städte	73,7	41,9	44,3	4,6	2,9	5,2
Dithmarschen	74,9	49,4	35,6	7,1	—	7,5
Hzgt. Lauenburg	73,4	46,7	40,5	5,3	—	6,5
Nordfriesland	69,2	48,7	31,0	7,7	6,9	5,2
Ostholstein	77,5	46,4	40,2	5,3	—	7,4
Pinneberg	74,0	45,8	41,9	6,1	0,0	4,8
Plön	78,6	46,0	41,9	4,9	—	6,4
Rendsburg-Eckernförde	73,7	50,2	36,6	5,7	1,4	5,5
Schleswig-Flensburg	74,0	51,5	28,3	5,5	8,4	5,8
Segeberg	72,6	48,3	36,7	7,8	0,0	6,5
Steinburg	77,2	46,1	37,9	8,5	0,0	6,7
Stormarn	72,7	45,0	39,4	7,7	—	6,1
Kreise	74,2	47,7	37,4	6,4	1,5	6,1
Schleswig-Holstein	74,1	46,0	39,4	5,9	1,9	5,8

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 geltende Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B III 2 - 5/1967.

Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

Ausmaß wie bei der CDU die Frauen. Von den Männern wählten 43,0 % die SPD (CDU: 40,0 %) und von den Frauen 37,0 % (CDU: 51,4 %). Auch für die FDP und noch stärker für die NPD (8,0 % zu 4,0 %) stimmten die Männer häufiger als die Frauen. Der Vorsprung der CDU ist in allen Altersgruppen der Frauen recht deutlich. Am größten ist er bei den Frauen ab 60 Jahre. Dort errang die CDU ihren größten Anteil (54,8 %) und die SPD ihren niedrigsten (35,3 %). Bei den Männern liegt dagegen die CDU nur unter den 21- bis 30jährigen vorn. Faßt man beide Geschlechter zusammen, so stellt sich wegen des Übergewichts der Frauen (sie stellen 53,5 % der gültigen Stimmen) heraus, daß die CDU in allen Altersgruppen dominiert. Die FDP-Wähler verteilen sich ziemlich gleichmäßig über alle Altersgruppen. Bei der NPD sind dagegen deutliche Unterschiede feststellbar. Insgesamt erhielt sie 5,8 % der gültigen Stimmen, von den 45- bis 60jährigen Männern 10,3 %, von 21- bis 30jährigen Männern 5,8 % und von den Frauen derselben Altersgruppe nur 2,8 %.

Fünf Parteien schafften den Sprung in den 6. Landtag, der am 6. Mai 1967 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat. Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP	SSW	NPD
Wahlkreissitze	44	34	10	—	—	—
Listensitze	29	—	20	4	1	4
Sitze zusammen	73	34	30	4	1	4
Dagegen 1962	73	35	31	6	1	—

Um die Sitzverteilung besser vergleichen zu können, sind die Ergebnisse von 1962 auf die Sitzzahl von 1967 umgerechnet worden. Danach hat die CDU einen Sitz verloren. Sie eroberte zwar fünf zusätzliche Wahlkreise, damit war aber ihr verhältnismäßiger Sitzanteil erschöpft, so daß sie über die Landesliste keinen Abgeordneten mehr in das Parlament bringen konnte. 1962 sind es noch sechs gewesen. Die SPD verlor ebenfalls einen Sitz. Bei ihr standen fünf Verlusten in den Wahlkreisen vier Gewinne aus der Landesliste gegenüber. Sie stellt damit nur noch ein Viertel der Wahlkreisabgeordneten. Die FDP verlor zwei Sitze und der SSW behielt seinen Sitz. Die NPD errang die vier von den anderen Parteien verlorenen Sitze. Das bedeutet jedoch nicht, daß die NPD der CDU und der SPD jeweils einen sowie der FDP zwei Sitze abgenommen hat, da es zwischen diesen Parteien ebenfalls Verschie-

bungen gegeben hat. Die NPD schnitt damit nicht so gut ab, wie sie gehofft und andere befürchtet hatten. Die Krise in der Parteiführung (von Thadden, Thielen) führte letztlich zum Zerfall dieser Partei. Wie noch zu zeigen sein wird, blieb der Erfolg bei dieser Landtagswahl der einzige. Die Entscheidung um den letzten Sitz war wiederum knapp. Der CDU fehlten rund 400 Stimmen, um den 73. Sitz anstelle der SPD zu gewinnen.

Die bisherigen Koalitionspartner CDU und FDP verfügten über eine ausreichende Mehrheit (38 von 73 Sitzen) und sie setzten die Koalition auch fort. Das Kabinett Dr. Lemke regierte weiter. Da der bisherige Spitzenkandidat und Justizminister der FDP nicht mehr kandidierte, gab es einen Wechsel in der Besetzung der Ministerien. Die FDP übernahm das Sozialministerium und behielt das Finanzministerium. Die CDU wechselte den Wirtschaftsminister²⁶.

Landtagswahl am 25. April 1971

Für die Landtagswahl am 25. April 1971 galt das Landeswahlgesetz von 1966 weiter. Es gab zwar einige Änderungen, aber keine prinzipiellen. Die wichtigste Änderung betraf das Wahlrecht. Durch das Gesetz über die Herabsetzung des Wahlalters vom 19. Juni 1969 (GVOBl. Schl.-H. S. 110) wurde das aktive Wahlalter von 21 auf 18 Jahre und das passive von 25 auf 23 Jahre herabgesetzt. Ein Jahr später wurde das passive Wahlalter auf 21 Jahre herabgesetzt (Gesetz vom 29. Mai 1970 — GVOBl. Schl.-H. S. 129). In Anpassung an das Bundes- und Kommunalwahlrecht können sich jetzt auch Richter um einen Sitz in den Landtag bewerben (Gesetz vom 23. Januar 1970 — GVOBl. Schl.-H. S. 23). Nimmt ein Richter seine Wahl in den Landtag an, so tritt er nach dem Grundsatz der Unvereinbarkeit zwischen Amt und Mandat (Inkompatibilität) wie die Beamten des Landes in den einstweiligen Ruhestand.

Für die Landtagswahl 1971 mußten die Wahlkreise neu eingeteilt werden. Das war notwendig geworden durch die Gründung der Stadt Norderstedt. Die bisherigen Gemeinden (Friedrichsgabe, Garstedt, Glashütte

26) siehe Anlage „Landtagspräsidenten und Landesregierungen seit 1946“

und Harksheide) der neuen Stadt hatten nämlich zwei Landtagswahlkreisen angehört. Damit wäre aber der Grundsatz, daß Gemeindegrenzen nur ausnahmsweise durch Wahlkreisgrenzen durchschnitten werden sollen, verletzt worden. Eine Beschränkung der Korrektur auf die beiden beteiligten Wahlkreise, indem man Norderstedt einem der beiden zuordnet, war wegen des bevölkerungsmäßigen Gewichts nicht möglich. Der jeweilige Wahlkreis würde mit seiner Bevölkerung um mehr als 25 % vom Landesdurchschnitt abweichen. Ein Ausgleich über weitere angrenzende Wahlkreise hätte eine Kettenreaktion ausgelöst. Der Landeswahlausschuß entschloß sich daher zu einer Neueinteilung des gesamten Wahlgebietes unter Berücksichtigung der neugegliederten Kreise und Ämter. Da bei dieser Einteilung der Idealfall — gleiche Einwohnerzahl in allen Wahlkreisen — nicht zu verwirklichen ist, wurde versucht, die Abweichungen der Bevölkerungszahl aller Wahlkreise unter 12,5 % zu halten, was auch gelungen ist²⁷.

Wie bei der Landtagswahl 1967 bewarben sich sieben Parteien um Landtagsmandate. Zwei von ihnen, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Europa Partei (EP) kandidierten das erste Mal zu einer Landtagswahl. Die CDU, SPD, FDP, NPD und der SSW sind schon bei der Landtagswahl 1967 vertreten gewesen. Die FSU und die DFU traten nicht wieder an. Alle sieben Parteien hatten eine Landesliste aufgestellt und sind außer dem SSW in allen Wahlkreisen vertreten. Insgesamt bewarben sich 338 Kandidaten. Vier Zehntel von ihnen, nämlich 146, waren sowohl in einem Wahlkreis als auch auf der Landesliste ihrer Partei aufgestellt. Der SSW und die SPD nominierten am häufigsten Doppelkandidaten, die alle — bei der SPD bis auf vier — auch auf der Landesliste stehen, während es bei der CDU nur 29 von 44 sind. Alle anderen Parteien hatten weniger Kandidaten auf ihrer Landesliste, als sie Wahlkreisbewerber aufgestellt hatten. Am umfangreichsten ist die Landesliste der SPD mit 65 Bewerbern, gefolgt von der CDU mit 45 Bewerbern. Die übrigen Parteien haben nur halb so viele oder noch weniger vorgeschlagen. Von den im alten Landtag vertretenen 73 Abgeordneten sind nur 49 wieder aufgestellt worden. Die CDU benannte von ihren 36 Abgeordneten (einschließlich zwei ehemalige FDP-Abgeordnete) 24 erneut, die SPD von 30 Abgeordneten 21, die FDP keinen ihrer verbliebenen zwei Abgeordneten, die NPD drei von vier und der einzige SSW-Abgeord-

nete bewarb sich wiederum. Die erstmals wählbaren 21- bis 25jährigen stellen nur 12 Bewerber. Die meisten von ihnen werden von der EP aufgestellt (7), während CDU und SPD keinen Bewerber dieses Alters nominierten.

Zur Landtagswahl am 25. April 1971 waren 1,81 Mill. Schleswig-Holsteiner wahlberechtigt, das sind 125 000 oder 7,5 % mehr als bei der Landtagswahl 1967. Diese kräftige Zunahme ist im wesentlichen auf die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre zurückzuführen. Diese Altersgruppe umfaßt etwa 92 000 Personen. Die Wahlbeteiligung war mit 79,2 % höher als bei allen bisherigen Landtagswahlen. Der Trend der rückläufigen Wahlbeteiligung ist damit unterbrochen worden. Die Nichtwähler stellten aber immer noch mit 376 000 Personen die drittstärkste „Partei“. Die Nachwahl²⁸ im Wahlkreis 5 (Husum-Land), wo die Wahlbeteiligung erwartungsgemäß niedrig war (67,3 %), hat das Landesergebnis fast nicht beeinflusst, da es sich um einen kleinen Wahlkreis mit traditionell niedriger Wahlbeteiligung handelt. Ohne den Wahlkreis 5 liegt die Wahlbeteiligung bei 79,4 %, also nur um 0,2 Punkte höher. Die Wahlbeteiligung hat sich in allen Altersgruppen gegenüber 1967 erhöht. Obwohl die Steigerung bei den jüngeren Wahlberechtigten recht stark war, zeigten diese wie bisher das geringste Interesse an der Wahl. Mehr als jeder Dritte der 18- bis 25jährigen ging nicht zur Wahl. Bemerkenswert ist, daß die erstmals wahlberechtigten 18- bis 21jährigen etwas häufiger ihre Stimme abgaben als die 21- bis 25jährigen. Da die Wahlbeteiligung bei allen früheren Wahlen, seien es Landtags-, Bundestags- oder Kommunalwahlen, in den jüngeren Jahrgängen niedrig war und in den mittleren und älteren höher, führt das zu dem Schluß, daß das politische Interesse mit wachsendem Alter steigt. Nach der Anzahl der Wahlberechtigten müßten die 18- bis 35jährigen mit fast einem Drittel an der Wahlentscheidung beteiligt sein, sie sind es aber nur mit weniger als drei Zehnteln. Entsprechend überproportional sind die mittleren und vor allem die älteren Jahrgänge beteiligt. Am geringsten war das Wahlinteresse bei den jungen Erstwählerinnen: Fast vier Zehntel der 18- bis 21jährigen Frauen wählten nicht.

Der Anstieg der Wahlbeteiligung ist in allen kreisfreien Städten und Kreisen ziemlich gleich gewesen, so daß

27) siehe auch: W. Dahms, Landtagswahlkreise 1971, in dieser Zeitschrift, 1970, S. 244 ff.

28) Hier war ein Wahlkreisbewerber zwei Tage vor der Wahl verstorben und es mußte deshalb gemäß § 28 LWG eine Nachwahl durchgeführt werden, die am 16. Mai 1971 stattfand

sich das Bild nicht verändert hat: Die Landleute gehen etwas häufiger zur Wahl als die Städter und die Plöner stellen den Spitzenreiter (83,3 %) und die Nordfriesen (72,9 %) das Schlußlicht. Das Ergebnis in Nordfriesland wird allerdings von der schon erwähnten Nachwahl beeinflusst. Die Zahl der Wahlberechtigten, die nicht in ihrem Wahllokal wählten, sondern von der Briefwahl Gebrauch machten, hat sich gegenüber 1967, wo es 50 600 waren, beinahe verdoppelt, nämlich auf 90 000. Damit ist der bei Bundestagswahlen übliche Anteil fast erreicht worden. Bei den letzten Bundestagswahlen sind es 6 % der Wahlberechtigten gewesen und bei der Landtagswahl 1971 5 % gegenüber 3 % im Jahre 1967.

Das Ergebnis der Wahl brachte eine große Überraschung. Es war mit einer knappen Wahlentscheidung gerechnet worden und es schien nicht ausgeschlossen, daß die SPD zusammen mit der FDP eine Koalitionsregierung nach Bonner Vorbild bilden konnte. Beide

zusammen vereinigten bei der Bundestagswahl 1969 erstmals mehr Stimmen auf sich als die CDU. Es kam jedoch anders. Die CDU erzielte mit 51,9 % erstmals die absolute Mehrheit, die FDP ihr bisher schlechtestes Ergebnis und die SPD konnte nicht einmal ihr Bundestagswahlergebnis erreichen.

Die CDU errang nicht nur insgesamt, sondern auch in allen Kreisen die absolute Mehrheit. Vier Jahre zuvor ist dies nur in zwei Kreisen der Fall gewesen. In den kreisfreien Städten gab es einen Wechsel in den Mehrheitsverhältnissen. In Flensburg ging die Mehrheit an die SPD verloren und in Neumünster wurde sie von der CDU erobert. In Kiel blieb die Mehrheit für die SPD und in Lübeck für die CDU erhalten. Die CDU verbesserte sich insgesamt um 5,9 Prozentpunkte, in den kreisfreien Städten um 3,1 Punkte und in den Kreisen um 6,9 Punkte. Ihr Vorsprung gegenüber der SPD vergrößerte sich auf 10,9 Punkte. Am besten schnitt die CDU in Dithmarschen mit 57,6 % und am schlechtesten in Flensburg mit 39,7 % ab. Die SPD verbesserte sich nur geringfügig um 1,6 Punkte und ging eindeutig abgeschlagen als zweiter Sieger durchs Ziel. Sie liegt nur noch in Kiel und Flensburg vorn. In Kiel eroberte sie die absolute Mehrheit und in Flensburg konnte sie die CDU knapp vom 1. Platz verdrängen. Der Anteil der beiden großen Parteien an allen gültigen Stimmen hat sich deutlich vergrößert. CDU und SPD vereinigten auf sich 92,9 % aller Stimmen, 1967 sind es 85,4 % gewesen. Die Verlierer dieser Wahl sind die NPD und die FDP. Die NPD verlor drei Viertel und die FDP ein Viertel ihrer Stimmen. Beide rutschten unter die 5 %-Grenze. Die FDP kam auf 3,8 % der gültigen Stimmen und die NPD auf 1,3 %. Sie sind also im neuen Landtag nicht mehr vertreten. Der Anteil des SSW ging ebenfalls zurück. Er bleibt aber dank seines Minderheitenstatus im Landtag vertreten. Hätte er 1 743 Stimmen weniger bekommen, so hätte es nicht gelangt. Die erstmals bei einer Landtagswahl aufgetretenen DKP und EP erhielten jeweils weniger als ein halbes Prozent der gültigen Stimmen.

Die Frauen gaben den Ausschlag für die absolute Mehrheit der CDU. Sie haben die CDU noch stärker bevorzugt als bei allen vorangegangenen Wahlen. Von den Frauen stimmten 54,3 % für die CDU, 1967 sind es 51,4 % gewesen. Die CDU bekam bis auf die 18- bis 25jährigen in allen Altersgruppen der Frauen über die Hälfte der Stimmen. Der höchste Anteil sprang für sie bei den über 60jährigen mit 58,0 % heraus. Die SPD konnte ebenfalls ihre Stimmenanteile bei den Frauen erhöhen, sie überflügelte die CDU aber nur bei den 18- bis 25jährigen. Die Männer, die bei den letzten Wahlen stets die SPD bevorzugten, stimmten dieses

Landtagswahl am 25. April 1971^a

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	SSW
FLensburg	75,5	39,7	40,6	2,3	16,1
KIEL	77,8	43,5	50,5	3,9	0,1
LÜBECK	78,3	47,3	46,8	3,7	—
NEUMÜNSTER	78,9	49,1	45,0	4,3	—
Kreisfreie Städte	77,8	45,0	47,2	3,7	2,2
Dithmarschen	79,9	57,6	35,5	3,4	0,0
Hzgt. Lauenburg	79,9	54,8	39,5	3,7	—
Nordfriesland	72,9	55,0	33,9	4,6	5,0
Ostholstein	81,7	54,4	40,4	3,5	—
Pinneberg	80,2	51,4	42,3	4,5	0,0
Plön	83,3	52,9	42,0	3,1	—
Rendsburg-Eckernförde	80,0	55,1	38,7	3,6	1,0
Schleswig-Flensburg	79,2	56,4	32,5	3,2	6,1
Segeberg	78,6	55,9	37,5	4,6	—
Steinburg	81,9	55,2	39,2	3,1	0,0
Stormarn	80,4	52,9	40,5	4,8	—
Kreise	79,8	54,6	38,6	3,9	1,1
Schleswig-Holstein	79,2	51,9	41,0	3,8	1,4

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 geltende Kreiseinteilung umgerechnet

a) einschließlich Nachwahl am 16. Mai 1971

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B III 2 - 6/1971.

Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

Mal häufiger für die CDU. Die CDU kam aber in keiner Altersgruppe der Männer auf die Anteile der Frauen. Von den Männern entfielen 48,2 % der Stimmen auf die CDU und 43,6 % auf die SPD. Bei den Jüngsten konnte die SPD die absolute Mehrheit erringen (51,9%) und bei den Ältesten die CDU (52,0 %). Faßt man die Stimmenabgabe beider Geschlechter zusammen, so zeigt sich, daß die SPD nur bei den jüngsten Wählern vorn liegt. Die FDP wird wie bisher etwas häufiger von Männern als von Frauen gewählt. Sie erreicht aber auch unter den Männern nicht die 5 %-Grenze.

Im 7. schleswig-holsteinischen Landtag sind nur noch drei Parteien vertreten, und zwar CDU, SPD und SSW. Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	SSW
Wahlkreissitze	44	35	9	—
Listensitze	29	5	23	1
Sitze zusammen	73	40	32	1

Die CDU verfügt mit 40 Sitzen über eine satte absolute Mehrheit. Sie konnte allein 35 der 44 Wahlkreissitze erringen und damit drei mehr als 1967 – sofern man die neue Wahlkreiseinteilung auch 1967 zugrunde legt. Die SPD verlor entsprechend drei Wahlkreise und stellt nur noch neun Wahlkreissieger, davon allein vier in Kiel. Insgesamt gewann die CDU sechs und die SPD zwei Sitze gegenüber 1967. Der SSW behielt seinen Sitz. FDP und NPD, die 1967 jeweils vier Abgeordnete stellten, sind nicht mehr im Landtag vertreten. Beinahe jeder zweite Abgeordnete ist neu im Landtag und nur der Abgeordnete des SSW ist schon seit 1947 mit dabei.

Da die Sitzverteilung und Koalitionsaussagen vor der Wahl eindeutig waren, bildete die CDU die neue Landesregierung allein. Sie stellte einen neuen Ministerpräsidenten zur Wahl und der Landtag wählte am 24. Mai 1971 den Abgeordneten Dr. Stoltenberg zum Ministerpräsidenten. Da er gleichzeitig seit 1957 Abgeordneter des Deutschen Bundestages war, mußte er dieses Mandat niederlegen. Er bildete das bisherige Kabinett Dr. Lemke nur in zwei Positionen um²⁹. Die

29) siehe Anlage „Landtagspräsidenten und Landesregierungen seit 1946“

CDU stellt danach neben dem Ministerpräsidenten sechs Minister; ein Minister ist parteilos.

Landtagswahl am 13. April 1975

Das Landtagswahlrecht ist durch das Gesetz vom 16. September 1974 (GVOBl. Schl.-H. S. 340) in einigen Punkten geändert worden, die aber nicht das System betreffen. In diesem Gesetz wird das Wählbarkeitsalter mit der Volljährigkeit verknüpft. Da die Volljährigkeit seit 1. Januar 1975 mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnt, können jetzt auch Bewerber aufgestellt werden, die diese Voraussetzung erfüllen. Bisher galt als Mindestalter die Vollendung des 21. Lebensjahres. Die Einteilung der Landtagswahlkreise blieb gegenüber 1971 unverändert³⁰.

Für die Wahl zum 8. schleswig-holsteinischen Landtag bewarben sich acht Parteien und zwei Einzelbewerber, und zwar: CDU, SPD, FDP, SSW, NPD, DKP, die erstmals auftretenden Deutsche Mittelstandspartei (DMP) und Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) sowie jeweils ein parteiloser Einzelbewerber in Pinneberg und Stormarn. Die noch 1971 kandidierende EP hatte keine Wahlvorschläge eingereicht. Alle acht Parteien hatten Landeslisten aufgestellt. In allen Wahlkreisen kandidierten aber nur CDU, SPD, FDP, NPD und DKP, während der SSW in 14 Wahlkreisen und die DMP und die KPD in jeweils 10 Wahlkreisen gewählt werden konnten. Die Einzelbewerber sind nach dem Landeswahlgesetz von der Aufstellung einer Landesliste ausgeschlossen, sie können nur direkt gewählt werden. Das Privileg der Landesliste steht ausschließlich den Parteien zu. Insgesamt bewarben sich 333 Kandidaten um die 73 Landtagssitze. Knapp vier Zehntel von ihnen, nämlich 125 waren sowohl in einem Wahlkreis als auch auf der Landesliste ihrer Partei aufgestellt. Der SSW und die SPD machten am häufigsten von dieser Doppelnominierung Gebrauch. Im Alter der erstmals wählbaren 18- bis 21jährigen wurden fünf Bewerber aufgestellt.

Die Wahlkampfziele der Parteien waren klar abgesteckt. Die CDU wollte ihre absolute Mehrheit ausbauen.

30) Wenn man von der Gemeinde Oetjendorf absieht, die durch die Auflösung des Amtes Mollhagen zum Amt Sick kam und damit nicht mehr zum Wahlkreis 43, sondern zum Wahlkreis 44 gehört (GVOBl. Schl.-H., 1974, S. 187)

Die SPD wollte die CDU-Regierung ablösen und das gegebenenfalls mit Hilfe der FDP. Für die FDP mußte das 1. Ziel der Wiedereinzug in den Landtag sein. Die FDP entschloß sich, eine Koalition mit der SPD zu bilden, wenn weder CDU noch SPD die absolute Mehrheit erreichen. Für den SSW galt es, seine parlamentarische Präsenz zu verteidigen. Alle anderen Parteien gingen ohne viel Aussicht auf Erfolg in das Rennen um die 73 Sitze.

Über die Ziele der Parteien hatten 1,84 Mill. Schleswig-Holsteiner zu entscheiden. Das sind nur 33 000 oder 2 % mehr als bei der Landtagswahl 1971. Der bei allen Wahlen in den letzten Jahren zu beobachtende Trend einer höheren Wahlbeteiligung, hat sich auch bei dieser Landtagswahl fortgesetzt. Am 13. April 1975 gaben über 1,5 Mill. Schleswig-Holsteiner ihre Stimme ab und hoben damit die Wahlbeteiligung erstmals bei einer Landtagswahl über die 80 %-Linie. Die Wahlbeteiligung machte 82,3 % aus, 1971 sind es 79,2 % und 1967 nur 74,1 % gewesen. Sie nähert sich damit der bei Bundestagswahlen üblichen Quote (Durchschnitt der Bundestagswahlen seit 1953 = 88,0 %) und liegt deutlich über der der Kreiswahlen (Durchschnitt seit 1955 = 73,7 %). Trotz dieser günstigen Entwicklung stellt die „Partei der Nichtwähler“ nach wie vor mit 326 000 Personen die drittstärkste Gruppe. In der Wahlbeteiligungsskala liegen fast immer wieder dieselben Kreise an der Spitze und am Ende. Es hat sich bestätigt, daß die Wahlbeteiligung in dem Gebiet, das sich etwa mit dem Landesteil Schleswig deckt, und in den großen Städten niedriger ist, als im Landesteil Holstein. Die Wahlbeteiligung ist wiederum in den kreisfreien Städten niedriger als in den Kreisen. Die höchste Wahlbeteiligung ergibt sich wie 1971 im Kreis Plön mit 85,9 % und die niedrigste in der kreisfreien Stadt Flensburg mit 79,2 % und das langjährige Schlußlicht Nordschleswig nimmt den vorletzten Platz ein.

Die Wahlbeteiligung hat sich in allen Altersgruppen gegenüber 1971 erhöht. Die Quote der Frauen hat sich etwas stärker erhöht als die der Männer, so daß sie bei beiden Geschlechtern fast gleich ist (81,6 % zu 81,9 %). Die jüngeren Wahlberechtigten zeigten wie bei den vorangegangenen Wahlen das relativ geringste Interesse an der Wahl. Etwa jeder Dritte der 18- bis 24jährigen ging nicht zur Wahlurne. Erwähnenswert ist, daß wiederum die 18- bis 20jährigen häufiger wählten (70,1 %) als die 21- bis 24jährigen (64,9 %). Im übrigen steigt die Wahlbeteiligung mit wachsendem Alter, erreicht ihren Höhepunkt bei den 45- bis 49jährigen (88,4 %), fällt zuerst leicht und dann stärker bei den

über 70jährigen ab. Sie ist dort aber immer noch höher als in den jüngeren Jahrgängen.

Die Zahl der Wähler, die mit einem Wahlschein gewählt haben, ist weiter angestiegen. Rund 7 % der Wahlberechtigten machten von dieser Möglichkeit Gebrauch (1971: 5 %). Das dürfte auf eine mit dem letzten Wahlgesetz eingeführte Vereinfachung der Antragstellung zurückzuführen sein.

Die CDU konnte ihre Position nicht ausbauen. Sie verschlechterte sich um 1,5 Prozentpunkte auf 50,4 %, verteidigte aber ihre 1971 erstmals gewonnene absolute Mehrheit. Es zeigt sich, daß sie in den Wahlkreisen mit hohen Anteilen (55 % und mehr) den größten Rückgang hinnehmen mußte (- 2,7 Punkte), in denen mit mittleren (45 - 55 %) einen durchschnittlichen (- 1,2 Punkte) und in denen mit niedrigen (unter 45 %) einen unterdurchschnittlichen (- 0,8 Punkte). Eine Sonderstellung nehmen die an Hamburg angrenzenden Wahlkreise ein. Dort konnte sich die

Landtagswahl am 13. April 1975

KREISFREIE STADT Kreis	Wahlbeteiligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	SSW
FLENSBURG	79,2	38,4	39,3	5,5	16,1
KIEL	80,0	42,8	49,1	7,1	0,1
LÜBECK	80,3	46,0	46,2	6,5	—
NEUMÜNSTER	80,0	47,6	44,8	6,7	—
Kreisfreie Städte	80,0	43,9	46,2	6,6	2,3
Dithmarschen	83,2	55,8	36,5	6,3	0,0
Hzgt. Lauenburg	83,3	53,3	38,5	7,2	—
Nordschleswig	79,9	52,2	33,9	8,4	4,5
Ostholstein	83,7	52,5	40,2	6,4	—
Pinneberg	83,1	50,8	39,5	8,4	0,0
Plön	85,9	51,9	41,2	5,9	—
Rendsburg-Eckernförde	83,9	52,9	38,4	7,1	0,9
Schleswig-Flensburg	82,5	52,5	34,1	6,1	6,6
Segeberg	82,3	53,5	36,7	8,8	—
Steinburg	83,9	53,6	39,3	5,8	0,0
Stormarn	83,6	52,4	38,2	8,3	—
Kreise	83,2	52,7	37,9	7,3	1,1
Schleswig-Holstein	82,3	50,4	40,1	7,1	1,4

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B VII 2 - 6/1975.

Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

CDU verbessern und erstmals die absolute Mehrheit erringen. Die CDU stellt in allen elf Kreisen und in Neumünster die stärkste Partei. In den Kreisen errang sie wie 1971 überall die absolute Mehrheit. Obwohl sie sich dort um 1,9 Punkte verschlechterte, ist der Vorsprung gegenüber der SPD weiterhin noch sehr groß. Im ungünstigsten Kreis, in Plön, macht er 10,7 Punkte aus. Am besten schnitt die CDU wieder in Dithmarschen mit 55,8 % ab. Anders sieht es in den kreisfreien Städten aus. Hier ist der Abstand zwischen CDU und SPD meist gering, so daß es häufiger zu einem Wechsel in den Mehrheitsverhältnissen kommt. Dieses Mal gab es einen Wechsel in Lübeck. Dort ging die Mehrheit knapp an die SPD, während die von der CDU 1971 in Neumünster eroberte Mehrheit gehalten wurde. Die SPD erhielt 40,1 % der gültigen Stimmen und verschlechterte sich um 0,9 Prozentpunkte. Sie hat also ebenfalls ihr Wahlziel nicht erreicht. Die SPD konnte zwar ihre Hochburgen halten, die Verluste sind aber hier, wie bei der CDU, überdurchschnittlich (- 1,6 Punkte). In den Wahlkreisen mit mittleren SPD-Anteilen ist der Rückgang durchschnittlich und in denen mit niedrigen Anteilen konnte die SPD einen Zuwachs verbuchen. Eine vom Landesergebnis stark abweichende Entwicklung ergibt sich für die SPD in den an Hamburg angrenzenden Wahlkreisen. Dort mußte sie weit überdurchschnittliche Verluste hinnehmen (- 3,8 Punkte), und ihr Anteil fiel unter den Landesdurchschnitt, während er 1971 noch deutlich darüber gelegen hatte. Das dürfte auf die Veränderung der Wählerschaft zurückzuführen sein. In diesem Gebiet hat sich die Zusammensetzung der Wähler durch eine große Zahl von Zuzügen Hamburger Bürger stark verändert. Offensichtlich ist bei diesen Neuwählern eine stärkere Präferenz für die CDU als für die SPD vorhanden. Die SPD stellt 1975 in Flensburg, Kiel und Lübeck die stärkste Partei. Sie konnte jedoch in keiner die absolute Mehrheit erringen; 1971 war ihr dies noch in Kiel gelungen. Unter den Kreisen schnitt sie am besten in Plön und Ostholstein ab. In allen anderen Kreisen blieb sie unter 40 %. Die FDP erreichte ihr Hauptwahlziel, den Wiedereinzug in den Landtag. Sie verdoppelte ihre Stimmen gegenüber 1971 und erhielt 7,1 %. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß sie 1971 ungewöhnlich schlecht abgeschnitten hatte. Dennoch bleibt festzustellen, daß die FDP bisher noch bei keiner Landtagswahl so viele Stimmen erhalten hat. Nur im Anteil hatte sie dieses Ergebnis 1954 (7,5 %) und 1962 (7,9 %) überboten. Die FDP kam anders als 1971 in sämtlichen kreisfreien Städten und Kreisen auf über 5 % der gültigen Stimmen. Am besten schnitt sie in Segeberg mit 8,8 % ab. Der SSW verbesserte sich um knapp 1 000 auf 20 703 Stimmen und konnte seinen Stimmenanteil von 1,4 % halten. Er hat damit seinen

Sitz knapp behauptet. Hätte er die gleiche Stimmenzahl wie 1971 erhalten, so wäre er trotz Minderheitenstatus nicht mehr zum Zuge gekommen. Den für ihn „lebensnotwendigen“ Stimmengewinn holte er im Kreis Schleswig-Flensburg. Alle anderen Parteien wären auch ohne die 5 %-Klausel nicht zum Zuge gekommen. Die NPD verlor abermals über die Hälfte ihrer Stimmen und rutschte auf 0,5 % ab. Die DKP kam auf 0,5 % und die beiden anderen Parteien (DMP und KPD) erhielten nicht einmal 0,0 %.

Die Frauen bevorzugen nach wie vor die CDU, aber nicht mehr so stark wie 1971. Von den gültigen Stimmen der Frauen erhielt die CDU 51,5 % gegenüber 54,3 % vor vier Jahren. Die CDU mußte in allen Altersgruppen der Frauen gegenüber 1971 Verluste hinnehmen. Sie sind bei den jüngeren Frauen besonders hoch. Sie machen unter den 18- bis 24jährigen 8,9 Prozentpunkte und den 25- bis 34jährigen 6,2 Prozentpunkte aus. Der Vorsprung gegenüber der SPD ist dadurch bei letzteren zusammengeschrumpft und bei den Jüngsten hat sich der Abstand zur SPD vergrößert. Demgegenüber erhielt die SPD mehr Frauenstimmen als 1971. Ihr Anteil erhöhte sich allerdings nur geringfügig von 39,4 % auf 39,7 %. Ihre Anteile liegen weiterhin bis auf die jüngsten Frauen unter denen der CDU. In der jüngsten Altersgruppe konnte die SPD die absolute Mehrheit (51,6 %) erringen. Unter den Männern konnte die CDU ihren Stimmenanteil fast halten (48,0 % anstelle 48,2 %). Es gab aber einen Wechsel in der Altersgruppe 25 – 35 Jahre zugunsten der SPD, und bei den jüngsten Männern hat sich der Rückstand der CDU zur SPD vergrößert. Die SPD vereinigte 41,9 % der Männerstimmen auf sich (1971: 43,6 %). Der Rückgang ihres Stimmenanteils ist also im Gegensatz zur CDU auf die Männer zurückzuführen. Nur in der Altersgruppe 25 – 34 Jahre konnte sich die SPD verbessern und gleichzeitig die Mehrheit erringen. Die SPD liegt damit in den beiden jüngsten Altersgruppen vorn. Faßt man die beiden Geschlechter zusammen und untersucht sie nach Altersgruppen, so erhielt die CDU in den Altersgruppen ab 35 Jahre die absolute Mehrheit und die SPD in der jüngsten. Die SPD hat außerdem noch die Mehrheit in der Altersgruppe 25 – 34 Jahre. Gegenüber 1971 hat sich die SPD in den beiden jüngsten Altersgruppen verbessert und die CDU in der Altersgruppe 35 – 44 Jahre. Die FDP wird wie die SPD häufiger von den jüngeren Jahrgängen und den Männern gewählt. Sie erhielt von den gültigen Stimmen der Männer 7,1 % und von den Frauen 6,6 %. Am günstigsten schnitt die FDP in den Altersgruppen 18 – 24 Jahre und 25 – 34 Jahre mit 9,6 % und 8,4 % ab. Bei den jüngsten Männern sind es sogar 10,0 %. Ihr Anteil sinkt mit steigendem Alter.

Die Anteile der FDP sind gegenüber 1971 in allen Altersgruppen beider Geschlechter angestiegen. Besonders hoch ist der Zuwachs bei den jüngeren Wählern.

Im 8. schleswig-holsteinischen Landtag sind vier Parteien vertreten. Er setzt sich wie folgt zusammen:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP	SSW
Wahlkreissitze	44	36	8	—	—
Listensitze	29	1	22	5	1
Sitze zusammen	73	37	30	5	1

Die CDU verlor zwar gegenüber 1971 drei Sitze, verteidigte aber knapp die absolute Mehrheit. Der Verlust ging allein zu Lasten der Listensitze. Die CDU gewann nämlich einen Wahlkreis hinzu und auf sie entfällt nur noch ein Listensitz. Die SPD büßte zwei Sitze ein, und zwar jeweils einen Wahlkreissitz und einen Listensitz. Die FDP, die 1971 die 5 %-Grenze nicht überschritten hatte, stellt fünf Abgeordnete. Der SSW verteidigte knapp seinen Sitz. Die nicht im Verhältnis zum Rückgang der Stimmenanteile stehenden Sitzverluste von CDU und SPD hängen damit zusammen, daß 1971 nur 94 % der gültigen Stimmen bei der Sitzverteilung zum Zuge kamen und 1975 aber 99 %. Bei der oft zitierten knappen Mehrheit der CDU von einem Sitz muß der Minderheitenstatus des SSW berücksichtigt werden. Diese Besonderheit gibt es in anderen Bundesländern nicht. Unter gleichen Voraussetzungen wie in anderen Bundesländern hätte die CDU 38 Sitze erhalten und damit drei mehr als die Opposition. Die bisherige CDU-Regierung blieb im Amt. Das Kabinett Dr. Stoltenberg wurde jedoch in einer Position geändert³¹.

Landtagswahl am 29. April 1979

Zu dieser Landtagswahl sind weder das Landeswahlgesetz noch die Wahlkreiseinteilung geändert worden.

Es bewarben sich acht Parteien. Sechs von ihnen beteiligten sich schon an der letzten Wahl. Sie erschienen auf den Stimmzetteln in der Reihenfolge ihres Stimmenanteils von 1975, und zwar CDU, SPD, FDP, SSW, NPD und DKP. Daran schlossen sich die erstmals bei einer Landtagswahl auftretende Grüne Liste und der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) in alphabetischer Reihenfolge an. Die noch 1975 kandidierenden DMP, KPD und zwei Einzelbewerber traten dieses Mal nicht an. Alle Parteien hatten Landeslisten aufgestellt. In allen Wahlkreisen kandidierten aber nur die CDU, SPD, FDP, DKP und KBW, während der SSW wie bisher in 14 Wahlkreisen, die NPD in 32 Wahlkreisen und die Grüne Liste in 42 Wahlkreisen gewählt werden konnte. Für die nicht in allen Wahlkreisen kandidierenden Parteien bedeutet es ein Handikap, daß bei Landtagswahlen nicht gesondert mit einer Stimme der Direktkandidat und mit einer zweiten Stimme die Landesliste gewählt wird, sondern mit einer Stimme beides gleichzeitig; eine Partei kann nämlich, anders als bei Bundestagswahlen, in einem Wahlkreis, in dem sie keinen Direktkandidaten aufgestellt hat, überhaupt nicht gewählt werden. Insgesamt bewarben sich 367 Kandidaten um die 73 Landtagsitze. Nur jeder fünfte Bewerber hatte 1979 letztlich eine Chance, einen Sitz zu erringen. Fast die Hälfte der Bewerber, nämlich 181, war sowohl in einem Wahlkreis als auch auf der Landesliste ihrer Partei aufgestellt. Beim SSW und KBW standen alle Wahlkreisbewerber auf der Landesliste und bei der SPD 43 von 44. Bei der NPD und der DKP waren es dagegen nur 7 von 32 und 9 von 44. Die Landeslisten von CDU (47) und SPD (53) wiesen eine größere Zahl von Bewerbern auf, als sie Wahlkreiskandidaten aufgestellt hatten. Die größte Anzahl von Bewerbern hatte die CDU mit 67 aufgeboden, gefolgt von der DKP mit 60 und der SPD mit 54. Setzt man die aufgestellten in Bezug zu den letztlich gewählten Bewerbern, so hatten die CDU-Bewerber eine Erfolgsaussicht von 55 %, die der SPD eine von 57 %, die der FDP eine von 9 % und die des SSW eine von 7 %.

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein sind, wie die bisherigen Ergebnisse zeigen, kein Gradmesser für bundespolitische Trends. Die politische Großwetterlage und die Ergebnisse der vorangegangenen Landtagswahl und der Bundestagswahl 1976 schienen jedoch die Möglichkeit für einen Regierungswechsel zu eröffnen.

Den Parteien gelang es, 1,58 Mill. Schleswig-Holsteiner für die Wahl zu mobilisieren. Das sind 83,3 % aller Wahlberechtigten und damit mehr als jemals zuvor bei einer Landtagswahl. Trotz dieser günstigen Entwick-

31) siehe Anlage „Landtagspräsidenten und Landesregierungen seit 1946“

lung sind aber die Nichtwähler mit 316 000 Personen weiterhin die drittstärkste Gruppe. Gegenüber 1975 haben sich nur geringfügige Verschiebungen ergeben. Die Wahlbeteiligung ist wie üblich in den kreisfreien Städten niedriger (81,0 %) als in den Kreisen (84,1 %) und der Kreis Plön liegt mit 88,0 % abermals an der Spitze der Wahlbeteiligungsskala. Das Schlußbildet jedoch dieses Mal Lübeck (80,0 %) vor dem Letzten der 75er-Wahl, Flensburg. Unter den Kreisen steht nach wie vor Nordfriesland mit 81,5 % am Ende. Auch bei der Betrachtung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht ergibt sich insgesamt ein Bild, das dem von 1975 sehr ähnlich ist. Die schon bei den letzten Wahlen festgestellte Tendenz, daß sich die Wahlbeteiligung beider Geschlechter angleicht, hat sich soweit fortgesetzt, daß dieses Mal Männer und Frauen gleich häufig zur Wahl gingen. Während die Wahlbeteiligung insgesamt angestiegen ist, ging sie in den mittleren Jahrgängen zurück. Dabei fallen besonders die 45- bis 49jährigen Männer mit einem Rückgang von 4,4 Prozentpunkten auf. Demgegenüber sind vor allem die jüngeren Frauen viel häufiger zur Wahl gegangen als 1975. Bei den 18- bis 20jährigen stieg die Quote um 5,3 Punkte und bei den 21- bis 24jährigen um 4,8 Punkte.

Die Zahl der Wähler, die mit einem Wahlschein durch Briefwahl oder in einem anderen Wahllokal in ihrem Wahlkreis gewählt haben, ist weiter angestiegen. Fast 11 % aller Wähler gegenüber 7 % vor vier Jahren gaben auf diese Weise ihre Stimme ab.

Die Auszählung der Stimmen blieb am Wahlabend bis zum Schluß spannend. Die CDU verteidigte aber letztlich, wenn auch knapp, ihre absolute Mehrheit an Sitzen. Sie erhielt 758 000 der gültigen Stimmen und damit nur rund 600 weniger als 1975. Da die Zahl der gültigen Stimmen aber insgesamt um 64 000 höher war als vor vier Jahren, bewirkte dieser geringe Verlust, daß ihr Stimmenanteil von 50,4 % auf 48,3 % zurückging. Die CDU hätte 791 000, also 33 000 Stimmen mehr erzielen müssen, um auf den gleichen Anteil wie 1975 zu kommen. Aus dem gleichen Grunde hatte der an sich nicht unerhebliche Stimmenzuwachs der SPD eine nicht sehr große Anteilserhöhung zur Folge. Die SPD erhielt 654 000 der gültigen Stimmen oder fast 51 000 mehr als 1975. Ihr Anteil stieg aber nur von 40,1 % auf 41,7 %. Um den gleichen Anteil wie vor vier Jahren zu erreichen, hätte sie nur die Hälfte der Mehrstimmen benötigt. Die CDU stellt zwar wie 1975 in allen Kreisen die stärkste Partei, sie verlor jedoch in Pinneberg und Steinburg die absolute Mehrheit. Den größten Anteil erhielt sie wie vor vier Jahren – damals sind es 55,8 % gewesen – mit 52,8 % in Dithmarschen.

Auch in allen anderen Kreisen gingen die Stimmenanteile der CDU gegenüber 1975 zurück. Die Verluste streuen zwischen 4,2 Punkten in Steinburg und 1,5 Punkten in Schleswig-Flensburg. Der Abstand zur SPD ist aber durchweg noch recht groß. Im ungünstigsten Kreis, in Pinneberg, macht er 5,8 Punkte aus. Der Vorsprung hat sich in allen Kreisen zusammen von 14,8 auf 10,8 Punkte verringert. Trotzdem konnte die CDU ihre absolute Mehrheit in den Kreisen zusammen mit 50,4 % knapp verteidigen. Ein anderes Bild ergibt sich in den kreisfreien Städten. Hier waren zwar die Verluste der CDU nicht so groß wie in den Kreisen, die CDU liegt aber in keiner kreisfreien Stadt mehr vorn. Vor vier Jahren war ihr dies noch in Neumünster gelungen. In Neumünster mußte sie auch den größten Verlust unter den kreisfreien Städten hinnehmen (– 3,5 Punkte). Die SPD stellt 1979 in allen kreisfreien Städten die stärkste Partei und konnte in Kiel die 1975 verlorene absolute Mehrheit zurückerobern. In den Kreisen ist die Position der SPD, obwohl sie durchweg Gewinne verbuchen konnte, schwächer. Sie kam in keinem Kreis auch nur annähernd auf die Ergebnisse

Landtagswahl am 29. April 1979

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl- betei- ligung %	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	SSW
FLensburg	80,4	37,6	39,9	4,0	16,5
KIEL	82,1	41,2	50,2	5,4	0,1
LÜBECK	80,0	44,1	48,0	5,2	—
NEUMÜNSTER	80,8	44,1	48,7	4,7	—
Kreisfreie Städte	81,0	42,1	47,8	5,0	2,3
Dithmarschen	84,8	52,8	38,9	5,3	0,0
Hzgt. Lauenburg	83,6	51,0	40,2	6,0	—
Nordfriesland	81,5	50,4	35,1	6,7	4,5
Ostholstein	84,8	50,6	42,0	5,5	—
Pinneberg	83,0	48,1	42,3	6,9	0,1
Plön	88,0	50,2	41,9	4,9	—
Rendsburg-Eckernförde	85,4	50,8	39,8	5,7	1,0
Schleswig-Flensburg	84,9	51,0	34,7	4,9	7,0
Segeberg	82,1	50,9	38,6	7,4	—
Steinburg	84,1	49,4	41,0	4,6	0,0
Stormarn	84,1	50,1	40,3	6,7	—
Kreise	84,1	50,4	39,6	6,0	1,1
Schleswig-Holstein	83,3	48,3	41,7	5,7	1,4

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B VII 2 - 6/1979.

Die absoluten Zahlen enthält Anhang 1

der CDU. Am besten schnitt sie in den Kreisen Pinneberg (42,3 %), Ostholstein (42,0 %) und Plön (41,9 %) ab. Die Gewinne der SPD streuen ziemlich gleichmäßig um den Landesdurchschnitt von 1,6 Punkten. Nur in Neumünster ist er bedeutend höher: Er macht dort 3,9 Punkte aus. Die FDP mußte Verluste hinnehmen. Sie verlor 17 000 Stimmen und kam auf 90 000. Ihr Stimmenanteil fiel von 7,1 % auf 5,7 %. Sie erlebte damit zwar nicht einen Einbruch wie 1971, als sie auf 3,8 % schrumpfte, aber der Rückgang ist doch recht erheblich. Sie blieb nur um rund 12 000 Stimmen über der 5 %-Grenze. Sie erreichte in den kreisfreien Städten zusammen gerade die 5 %-Grenze, in Flensburg und Neumünster blieb sie sogar darunter. In den Kreisen kam sie insgesamt auf 6 %. Sie brachte es aber auch in Plön, Schleswig-Flensburg und Steinburg nicht auf 5 %. Am besten schnitt sie in Segeberg mit 7,4 % und am schlechtesten in Flensburg mit 4,0 % ab. Vor vier Jahren hatte sie noch in Segeberg 8,8 % und in Nordfriesland und Pinneberg jeweils 8,4 % erzielt. Der SSW konnte seinen Stimmenanteil von 1,4 % behaupten. Die erstmals als Partei kandidierende Grüne Liste erhielt 2,4 % der gültigen Stimmen. Sie kam nur im Kreis Steinburg mit 4,3 % in die Nähe der 5 %-Grenze. Die NPD verlor mehr als die Hälfte ihrer Stimmen und erhielt wie die DKP 0,2 %. Der KBW kam sogar nur auf 0,1 %. Faßt man die Stimmen der Parteien zusammen, die nicht an der Sitzverteilung teilnehmen, so sind es 2,9 %.

Die Frauen geben ihre Stimme nach wie vor häufiger der CDU als die Männer. Der Abstand ist aber auf zwei Punkte zusammengesunken (48,5 % zu 46,5 %). In der jüngsten Altersgruppe (18 bis 24 Jahre) haben sogar die Männer häufiger für die CDU gestimmt als die Frauen, während bisher der CDU-Anteil der Frauen in allen Altersgruppen über denen der Männer gelegen hat. In dieser Altersgruppe der Frauen und bei den 25- bis 34jährigen Frauen mußte die CDU die größten Verluste hinnehmen (4,9 und 6,8 Punkte). Das hatte zur Folge, daß die SPD in beiden Altersgruppen vorn liegt. Auch bei der SPD nähern sich die Stimmenanteile von Männer und Frauen einander an, allerdings mit dem Unterschied, daß die Frauen weiterhin nicht so häufig (41,6 %) der SPD ihre Stimme geben wie Männer (43,2 %). Faßt man die beiden Geschlechter zusammen und untersucht sie nach Altersgruppen, so ergibt sich — im Rahmen der gegebenen groben Altersgruppeneinteilung — folgendes Bild: Die SPD dominiert bis 34 Jahre und die CDU ab 35 Jahre. Die SPD erhielt in den beiden untersten Altersgruppen die absolute Mehrheit und die CDU in den anderen. Gegenüber 1975 verschlechterte sich die CDU in allen Altersgruppen und die SPD in der jüngsten und in der von

35 bis 44 Jahre. Trotzdem ist im großen und ganzen die Tendenz erhalten geblieben, daß die CDU-Stimmen mit wachsendem Alter steigen und die der SPD fallen. Eine bemerkenswerte Verschiebung hat es in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre gegeben. Hier verlor die CDU 7,2 Punkte und die SPD gewann fünf Punkte. Der Vorsprung der SPD macht dadurch 13,1 Punkte aus (1975: 0,9 Punkte). Noch größer ist der Vorsprung der SPD in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre (18,7 Punkte). Bei den über 59jährigen liegt dagegen die CDU mit 15,1 Punkten vorn (1975: 17,4 Punkte). Die FDP wird zwar nach wie vor häufiger von Männern (5,8 %) als von Frauen (5,6 %) gewählt, die Anteile haben sich aber fast angeglichen, weil der Rückgang gegenüber 1975 bei den Männern etwas größer war. Die FDP mußte bis auf die 35- bis 44jährigen Frauen in allen Altersgruppen der Männer und Frauen Verluste hinnehmen. Sie kam in keiner Altersgruppe auch nur annähernd auf einen Anteil von 10 %. Vor vier Jahren war ihr dies noch bei den jüngsten Wählern gelungen. Die Tendenz, daß die Stimmenanteile der FDP mit wachsendem Alter sinken, ist im Prinzip erhalten geblieben.

Im 9. schleswig-holsteinischen Landtag sind die bisherigen vier Parteien vertreten. Er setzt sich wie folgt zusammen:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP	SSW
Wahlkreissitze	44	34	10	—	—
Listensitze	29	3	21	4	1
Sitze zusammen	73	37	31	4	1

Die CDU konnte trotz ihrer Stimmenverluste³² die absolute Mehrheit der Sitze halten. Sie verlor zwar zwei Wahlkreise an die SPD, bekam dafür aber zwei Listensitze mehr als 1975. Die SPD erhielt einen Sitz mehr, jedoch zu Lasten der FDP. Die Opposition kam also auf die gleiche Sitzzahl wie 1975 und das reichte nicht für einen Regierungswechsel. Die CDU konnte also weiter regieren. Das Kabinett Dr. Stoltenberg wurde aber in fast allen Ministerien umgebildet³³.

32) siehe auch: W. Dahms, Landtagswahl 1979, in dieser Zeitschrift, 1979, S. 133

33) siehe Anlage: „Landtagspräsidenten und Landesregierungen seit 1946“

Anhang 1

Anzahl der Wahlberechtigten, Wähler und gültigen Stimmen bei Landtagswahlen 1947 bis 1979

Wahl	Wahl- berechtigte	Wähler	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					Übrige, darunter	
				CDU	SPD	FDP	SSW			
20. 4. 1947	1 594 794	1 113 005	1 073 204	365 534	469 994	53 359	99 500	84 817	KPD:	50 398
9. 7. 1950 ^a	1 715 604	1 341 780	1 311 042	258 961	360 233	92 466	71 864	527 518	BHE:	306 660
									DP:	125 697
12. 9. 1954	1 548 832	1 217 519	1 194 288	384 875	396 073	89 415	42 242	281 683	SHB:	61 277
									GB/BHE:	167 320
28. 9. 1958	1 567 411	1 233 578	1 217 015	540 774	436 966	65 140	34 136	139 999	GB/BHE:	84 262
23. 9. 1962	1 653 858	1 160 115	1 145 996	516 073	449 470	90 310	26 883	63 260	GDP:	48 459
23. 4. 1967	1 682 328	1 246 003	1 233 108	566 950	486 274	72 589	23 577	83 718	NPD:	72 093
25. 4. 1971	1 807 818	1 431 760	1 421 034	737 120	582 420	54 099	19 720	27 675		
13. 4. 1975	1 840 596	1 514 646	1 504 683	758 227	603 360	107 042	20 703	15 351		
29. 4. 1979	1 893 242	1 576 769	1 568 833	757 664	653 982	90 131	22 293	44 763		

a) CDU, FDP und DP bildeten den Deutschen Wahlblock

Anhang 2

Auswirkungen der verschiedenen Wahlsysteme auf die Sitzverteilung

Das Landeswahlgesetz bestimmt, aus wie vielen Abgeordneten ein Landtag besteht und wie viele direkt und wie viele über eine Landesliste in den Landtag zu wählen sind. Es sagt ferner, welches Wahlsystem gilt, also auf welche Weise aus den abgegebenen Stimmen die Zahl der Sitze ermittelt wird, die die Parteien erhalten. Da sich in der Wirklichkeit zwischen zwei Wahlen nicht nur das Wahlgesetz ändern kann, sondern auch auf jeden Fall die Stimmenverteilung wechselt, läßt sich der Einfluß der Veränderung des Wahlsystems anhand von echten Ergebnissen niemals rein darstellen. Dazu muß vielmehr eine fiktive Wahl ersonnen werden, ein konstantes stark vereinfachtes Modell, das man den verschiedenen Wahlsystemen unterwirft. Hier wurde folgendes Modell gebildet: Das Wahlgebiet besteht aus 12 Wahlkreisen (1950: 13 Wahlkreise) und es kandidieren vier Parteien. Die Partei D ist eine Minderheitenpartei. Es werden 100 000 gültige Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
Anzahl	45 001	38 000	12 000	4 999
in %	45,0	38,0	12,0	4,99

Im folgenden wird nun dargelegt, zu welchen verschiedenen Sitzverteilungen die hier angesprochenen vier Wahlsysteme bei gleichen Stimmenzahlen führen.

Wahlsystem bei der Landtagswahl 1947

Die gültigen Stimmen verteilen sich wie folgt:

Wahlkreis	Partei A		Partei B		Partei C		Partei D	
	Insges.	Landesliste	Insges.	Landesliste	Insges.	Landesliste	Insges.	Landesliste
1	3 500	1 000	2 500	2 500	—	—	1 500	—
2	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
3	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
4	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
5	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
6	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	699	—
7	3 500	1 000	2 500	2 500	2 000	—	—	—
8	3 500	1 000	2 500	2 500	2 000	—	—	—
9	3 500	1 000	2 500	2 500	2 000	—	—	—
10	4 001	1	4 000	4 000	500	—	—	—
11	3 997	3 997	4 000	3	500	—	—	—
12	5 503	5 503	7 500	1 997	—	—	—	—
Insges.	45 001	18 501	38 000	28 500	12 000	—	4 999	—

Es sind insgesamt 20 Bewerber zu wählen, und zwar 12 unmittelbar in den Wahlkreisen und 8 über die Landeslisten. Unmittelbar gewählt sind die Bewerber mit den meisten Stimmen im jeweiligen Wahlkreis, also 10 der Partei A und 2 der Partei B. Für die Listensitze kommen ebenfalls nur die Parteien A und B in Frage, da nur solche Parteien am Verhältnisausgleich teilnehmen, die mindestens einen Direktkandidaten durchgebracht haben. Die Landesliste wird aus dem Stimmenüberschuß (Unterschied zwischen dem erfolgreichen und dem höchsten durchgefallenen Bewerber) und den Reststimmen (Stimmen der erfolglosen Bewerber) in den einzelnen Wahlkreisen gebildet (siehe Spalte „Landesliste“ der vorstehenden Tabelle). Die Landesliste der Partei A umfaßt danach 18 501 Stimmen und die der Partei B 28 500 Stimmen. Die über die Landesliste zu vergebenden Sitze werden nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren verteilt:

Teiler	Partei A		Partei B	
	Teilungszahl	Sitzfolge	Teilungszahl	Sitzfolge
1	18 501	2	28 500	1
2	9 250	5	14 250	3
3	6 167	7	9 500	4
4	4 625	—	7 125	6
5	—	—	5 700	8

Danach erhält die Partei A 3 Listensitze und die Partei B 5 Listensitze. Daraus ergibt sich folgende Gesamt-sitzverteilung:

	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
Direkte Sitze	10	2	—	—
Landesliste	3	5	—	—
Insgesamt	13	7	—	—
in %	65,0	35,0	—	—

Wie leicht zu sehen ist, entspricht die Sitzverteilung nicht dem verhältnismäßigen Stimmenanteil. Der lautet nämlich:

	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
Stimmenanteil in %	45,0	38,0	12,0	4,99

In diesem System wird der Mehrheitswahl eindeutig der Vorrang gegeben und der Verhältnisausgleich spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Wahlsystem bei der Landtagswahl 1950

Bei dieser Wahl wird das Gewicht der Mehrheitswahl noch verstärkt, und zwar wird das Verhältnis von unmittelbaren zu Listensitzen von 60 zu 40 auf 66,7 zu 33,3 erhöht. Für die Teilnahme am Verhältnisausgleich ist es allerdings nicht mehr erforderlich, einen Direktkandidaten durchzubringen, es genügen 5 % der im gesamten Wahlgebiet erhaltenen Stimmen oder ein Wahlkreissieger. Außerdem können nur solche Parteien am Verhältnisausgleich teilnehmen, die in allen Wahlkreisen Bewerber aufgestellt haben. Ausgenommen ist davon nur die Minderheitenpartei, in unserem Modell also die Partei D.

Wieder sind 20 Bewerber zu wählen, nunmehr aber 13 unmittelbar in den Wahlkreisen und 7 über die Landeslisten. Um das verstärkte Gewicht der Mehrheitswahl darstellen zu können, wird in diesem Modell der Wahlkreis 12 in zwei Wahlkreise aufgeteilt. Es ergibt sich folgendes Bild:

Wahlkreis	Partei A		Partei B		Partei C		Partei D	
	Insges.	Landesliste	Insges.	Landesliste	Insges.	Landesliste	Insges.	Landesliste
1	3 500	1 000	2 500	2 500	—	—	1 500	—
2	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
3	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
4	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
5	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	700	—
6	3 500	1 000	2 500	2 500	1 000	—	699	—
7	3 500	1 000	2 500	2 500	2 000	—	—	—
8	3 500	1 000	2 500	2 500	2 000	—	—	—
9	3 500	1 000	2 500	2 500	2 000	—	—	—
10	4 001	1	4 000	4 000	500	—	—	—
11	3 997	3 997	4 000	3	500	—	—	—
12	2 750	2 750	3 750	1 000	—	—	—	—
13	2 753	2 753	3 750	997	—	—	—	—
Insges.	45 001	18 501	38 000	28 500	12 000	—	4 999	—

Die Partei A stellt demnach 10 Wahlkreissieger und die Partei B 3. Am Verhältnisausgleich nehmen nur die Parteien A und B teil, da die Partei C nicht in allen Wahlkreisen kandidiert und die Minderheitenpartei D keine 5 % der gültigen Stimmen erhalten hat. Die Listenstimmen der Partei A und B ändern sich nicht gegenüber 1947. Da aber nur 7 Listensitze zu verteilen sind, erhält die Partei B einen Listensitz weniger. Die Gesamtsitzverteilung ändert sich deshalb nicht. Sie sieht wie folgt aus:

	Partei A	Partei B
Direkte Sitze	10	3
Landesliste	3	4
Insgesamt	13	7

Wahlsystem zur Landtagswahl 1954

Bei dieser Wahl wird der Vollproporz eingeführt, d. h. die Landeslistensitze werden nicht mehr getrennt berechnet. Aus der Gesamtstimmenzahl wird vielmehr die Gesamtzahl der Sitze berechnet und von diesen werden die direkt gewonnenen abgezogen. Der Rest sind die Listensitze. Dabei können Überhangmandate entstehen, sofern eine Partei mehr Direktsitze gewonnen hat, als ihr nach dem verhältnismäßigen Sitzanteil zustehen. In diesem Fall behält die Partei die Mehrsitze und die Gesamtsitzzahl erhöht sich ent-

sprechend. An der Sitzverteilung nehmen nur solche Parteien teil, die mindestens einen Sitz direkt gewonnen oder 5 % der gültigen Stimmen im Wahlgebiet erhalten haben. Es sind 20 Bewerber zu wählen, und zwar 12 unmittelbar in den Wahlkreisen und 8 über die Landeslisten. Nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren ergibt sich folgende Berechnung: (Erklärung der in Klammern gesetzten Zahlen siehe System ab 1958)

Teiler	Partei A		Partei B		Partei C		Partei D	
	Teilungs-Sitz-zahl	folge	Teilungs-Sitz-zahl	folge	Teilungs-Sitz-zahl	folge	Teilungs-Sitz-zahl	folge
1	45 001	1	38 000	2	12 000	7	(4 999)	(19)
2	22 500	3	19 000	4	6 000	15		
3	15 000	5	12 666	6	4 000	-		
4	11 250	8	9 500	9				
5	9 000	10	7 600	11				
6	7 500	12	6 333	14				
7	6 428	13	5 428	17				
8	5 625	16	4 750	19 (20)				
9	5 000	18	4 222	-				
10	4 500	20 (-)						
11	4 091	-						

Auf die Partei A entfallen danach 10 Sitze, auf die Partei B 8 Sitze und auf die Partei C 2 Sitze. Da für die Partei D, trotz Minderheitenstatus, die 5 %-Klausel gilt, bleibt sie unberücksichtigt. Für die Listensitze kommen aber nur die Partei B und C in Frage, da die Partei A 10 Sitze direkt gewonnen hat (siehe Tabelle 1947). Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:

	Partei A	Partei B	Partei C
Direkte Sitze	10	2	-
Listensitze	-	6	2
Insgesamt	10	8	2
in %	50,0	40,0	10,0

Bei der Partei A entspricht also die Gesamtsitzzahl den direkt gewonnenen Sitzen, die Partei B erhält zu

ihren 2 Direktsitzen 6 Listensitze und die Partei C bekommt 2 Listensitze. Wenn man nur die bei der Sitzverteilung zum Zuge gekommenen Stimmen zugrundelegt (100 000 minus 4 999 gleich 95 001), so entspricht der Sitzanteil, anders als bisher, ziemlich gut dem Stimmenanteil.

Der Stimmenanteil lautet nämlich in %:

Partei A	Partei B	Partei C
47,4	40,0	12,6

Wahlsystem seit der Landtagswahl 1958

Seit dieser Wahl gilt die 5 %-Klausel für die Minderheitenpartei nicht mehr. Sie nimmt an der Sitzverteilung teil, sofern sie so viele Stimmen hat, daß ihre Teilungszahl noch zum Zuge kommt. In diesem Modell hat sie 4 999 Stimmen und erhält damit den 19. Sitz (siehe die in Klammern gesetzten Zahlen in der vorstehenden Tabelle mit den d'Hondt'schen Zahlen für 1954). Die Partei A verliert dadurch einen Sitz und erhält nur noch 9. Da sie aber 10 Sitze direkt gewonnen hat, behält sie diese. Es entsteht ein Überhangmandat und die Gesamtsitzzahl erhöht sich auf 21. Es ergibt sich folgende Sitzverteilung:

	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
Direkte Sitze	10	2	-	-
Listensitze	-	6	2	1
Insgesamt	10	8	2	1
in %	47,6	38,1	9,5	4,8
dagegen Stimmen in %	45,0	38,0	12,0	4,99

Trotz des Überhangmandats für die Partei A entspricht die Sitzverteilung ziemlich gut dem verhältnismäßigen Stimmenanteil.

Anhang 3

Landtagspräsidenten und Landesregierungen¹ seit 1946

Ernennungs- /Wahltag	Ernennungsperiode		Wahlperiode			
	1.	2.	1.	2.		
Ernennungs- /Wahltag	11. April 1946	23. November 1946	20. April 1947	9. Juli 1950		
Amtsperiode	11. April 1946 — 22. November 1946	23. November 1946 — 29. April 1947	29. April 1947 — 29. August 1949	29. August 1949 — 5. September 1950	5. September 1950 — 25. Juni 1951	
Landtagspräsident	Dr. Husfeldt, CDU	Ratz, SPD	Ratz, SPD	Ratz, SPD	Ratz, SPD	
Ministerpräsident	Steltzer, CDU	Steltzer, CDU	Lüdemann, SPD	Diekmann, SPD	Dr. Bartram, CDU	
Innenminister	von Mangoldt, CDU	Lüdemann, SPD	Lüdemann, SPD Käber, SPD	Käber, SPD	Dr. Dr. Pagel, CDU	
Justizminister	X	Dr. Kuhnt, CDU	Dr. Katz, SPD	Dr. Katz, SPD	Wittenburg, DP	
Finanzminister	Andresen, CDU	Andresen, CDU	Dr. Schenck, SPD	Dr. Gülich, SPD	Kraft, BHE	
Minister für Wirtschaft und Verkehr	Diekmann, SPD	Diekmann, SPD	Diekmann, SPD Dr. Preller, SPD	Dr. Preller, SPD	Dr. Andersen, FDP	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Rickers, CDU	Bundtzen, CDU	Arp, SPD Diekmann, SPD	—	Wittenburg, DP	
Sozialminister	X	X	Damm, SPD	Damm, SPD	Asbach, BHE	
Minister für Volkswohlfahrt	Pohle, SPD	Dr. Ryba, CDU Dr. Dr. Pagel, CDU	} Pohle, SPD			
Minister für Gesundheitswesen	Matthews, KPD	Pohle, SPD				
Minister für Aufbau und Arbeit		Arp, SPD				
Kultusminister	Kuklinski, SPD	Kuklinski, SPD	Kuklinski, SPD Dr. Katz, SPD	Siegel, SPD	Dr. Dr. Pagel, CDU	
Wahlperiode						
Wahltag	2.		4.	5.		
Wahltag	12. September 1954		28. September 1958	23. September 1962		
Amtsperiode	25. Juni 1951 ^a — 11. Oktober 1954	11. Oktober 1954 — 7. Januar 1963		7. Januar 1963 — 24. Mai 1971		
Landtagspräsident	Ratz, SPD	Dr. Böttcher, CDU	Dr. Böttcher, CDU von Heydebreck, CDU	von Heydebreck, CDU	von Heydebreck, CDU Dr. Rohloff, CDU	
Ministerpräsident	Lübke, CDU	von Hassel, CDU	von Hassel, CDU	von Hassel, CDU	Dr. Lemke, CDU	
Innenminister	Dr. Dr. Pagel, CDU	Dr. Dr. Pagel, CDU (von Hassel, CDU) Dr. Lemke, CDU	Dr. Lemke, CDU	Dr. Lemke, CDU	(Dr. Lemke, CDU) Dr. Schlegelberger, CDU	
Justizminister	(Lübke, CDU) Kraft, GB/BHE Dr. Schaefer, GB/BHE	Dr. Leverenz, FDP	Dr. Leverenz, FDP	Dr. Leverenz, FDP (von Hassel, CDU)	Dr. Leverenz, FDP	
Finanzminister	Kraft, GB/BHE Dr. Schaefer, GB/BHE	Dr. Schaefer, GB/BHE (ab 8.9.1958 CDU)	Dr. Schaefer, CDU Dr. Schlegelberger, CDU	Dr. Schlegelberger, CDU	(Dr. Schlegelberger, CDU) Qualen, FDP	
Minister für Wirtschaft und Verkehr	Dr. Andersen, FDP (Lübke, CDU) Böhmsen, CDU	Böhmsen, CDU	Böhmsen, CDU	Böhmsen, CDU	Böhmsen, CDU	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Sieh, DP (ab Herbst 1952 CDU)	Sieh, CDU	Sieh, CDU	Sieh, CDU Engelbrecht-Greive, CDU	Engelbrecht-Greive, CDU	
Sozialminister	Asbach, GB/BHE	Asbach, GB/BHE Dr. Ohnesorge, GB/BHE	Dr. Ohnesorge, parteilos (ab 22.10.1959 CDU)	Dr. Ohnesorge, CDU	Dr. Ohnesorge, CDU	
Kultusminister	Dr. Dr. Pagel, CDU	Dr. Lemke, CDU Osterloh, CDU	Osterloh, CDU	Osterloh, CDU	Osterloh, CDU von Heydebreck, CDU	

Noch: Landtagspräsidenten und Landesregierungen¹ seit 1946

noch: Wahlperiode

6. 7. 8. 9.

Wahltag	23. April 1967	25. April 1971	13. April 1975	29. April 1979	
Amtsperiode		24. Mai 1971 — 11. November 1982			ab 11. November 1982
Landtagspräsident	Dr. Rohloff, CDU	Dr. Lemke, CDU	Dr. Lemke, CDU	Dr. Lemke, CDU	Dr. Lemke, CDU
Ministerpräsident	Dr. Lemke, CDU	Dr. Stoltenberg, CDU	Dr. Stoltenberg, CDU	Dr. Stoltenberg, CDU	Dr. Dr. Barschel, CDU
Innenminister	Dr. Schlegelberger, CDU	Titzck, CDU	Titzck, CDU	Titzck, CDU Dr. Dr. Barschel, CDU	(Claussen, CDU)
Justizminister	Gaul, CDU von Heydebreck, CDU Dr. Schwarz, CDU	Dr. Schwarz, CDU	Dr. Schwarz, CDU	Claussen, CDU	Claussen, CDU
Finanzminister	Qualen, FDP (ab 3.2.1971 parteilos)	Qualen, parteilos Lausen, CDU	Lausen, CDU Dr. Dr. Barschel, CDU	Dr. Dr. Barschel, CDU Titzck, CDU	Titzck, CDU
Minister für Wirtschaft und Verkehr	Knudsen, CDU Gaul, CDU Dr. Narjes, CDU	Dr. Narjes, CDU Dr. Westphal, CDU	Dr. Westphal, CDU	Dr. Westphal, CDU	Dr. Westphal, CDU
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Engelbrecht-Greve, CDU	Engelbrecht-Greve, CDU	Flessner, CDU	Flessner, CDU	Flessner, CDU
Sozialminister	Eisenmann, FDP (Qualen, FDP ab 3.2.1971 parteilos)	Claussen, CDU	Claussen, CDU	Dr. Braun, CDU	Dr. Braun, CDU
Kultusminister	von Heydebreck, CDU Hannemann, CDU Dr. Braun, CDU	Dr. Braun, CDU	Dr. Braun, CDU	Dr. Bendixen, CDU	Dr. Bendixen, CDU
Minister für Bundesangelegenheiten	X	X	X	Dr. Schwarz, CDU	Dr. Schwarz, CDU

1) Bezeichnung der Minister nach dem heutigen Stand; der Ministerpräsident hieß bis 23. August 1946 „Oberpräsident“, ein Minister bis 12. Juni 1946 „Vorsitzender des Hauptausschusses für ...“

a) Kabinett Lübke ab 28. Juli 1951

Quelle: Handbuch des Schleswig-Holsteinischen Landtages, a. a. O. Seite 349 ff. und 455 ff.

Namen in Klammern bedeuten, daß das Amt geschäftsführend wahrgenommen wird.

Mehrere Namen für ein Amt bedeuten, daß in dieser Periode mehrere Personen nacheinander das Amt innegehabt haben

Walter Dahms

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

35. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1983

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982				
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 605	2 616	2 619	2 620	2 619	2 620	2 620	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 122	1 156	1 229	773	1 103	1 307	1 260	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,2	5,3	5,5	3,6	5,0	6,1	5,7	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 045	2 054	2 029	1 911	2 013	2 167	2 111	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,4	9,4	9,1	8,9	9,0	10,1	9,5	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 607	2 661	2 710	2 706	2 924	2 372	2 437	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,0	12,2	12,2	12,6	13,1	11,0	11,0	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	23	23	28	20	27	21	27	
*	je 1 000 Lebendgeborene	11,4	11,3	13,8	10,5	13,4	9,7	12,8	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 561	- 606	- 681	- 795	- 911	- 205	- 326	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,6	- 2,8	- 3,1	- 3,7	- 4,1	- 1,0	- 1,5	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 678	6 369	7 069	5 896	5 278	5 638	6 248	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 094	5 104	6 671	5 034	4 723	6 048	5 968	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+1 584	+1 265	+ 398	+ 862	+ 555	- 410	+ 280	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 428	10 012	11 251	10 373	9 130	10 214	11 045	
Wanderungsfälle	Anzahl	22 200	21 485	24 991	21 303	19 131	21 900	23 261	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	150	145	163	147	127	149	154	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	39	60	68	77	86	89	95	103	111	
darunter *Männer	1 000	19	32	36	43	50	51	55	59	66	
Kurzarbeiter	1 000	1,8	8,2	6,8	10,7	13,9	11,9	16,9	21,0	26,7	
darunter Männer	1 000	1,1	6,4	5,3	8,6	11,7	8,9	12,6	16,0	21,5	
Offene Stellen	1 000	11,8	7,9	4,6	4,0	3,5	2,6	2,2	2,1	2,0	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 553 ^a	1 544 ^a	.	.	1 544	.	.	.	p 1 564	
darunter *Milchkühe	1 000	520 ^a	525 ^a	.	.	525	.	.	.	p 541	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
*Schweine	1 000	1 807 ^a	1 758 ^a	.	.	1 758	.	.	.	p 1 740	
darunter *Zuchtsauen	1 000	199 ^a	188 ^a	.	.	188	.	.	.	p 191	
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	127 ^a	.	.	127	.	.	.	p 131	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	40	60	45	38	46	59	53	37	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	259 ^b	244 ^c	252	254	233	229	241	256	239	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	4	8	6	2	4	8	6	
*Schlachtsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	32,2	30,2	37,4	31,7	28,5	32,4	37,1	34,6	29,0	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,5	10,8	17,2	11,7	10,1	13,8	17,4	14,1	9,9	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	20,5	19,1	20,0	19,9	18,2	18,2	19,3	20,2	18,8	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	285	278	292	269	273	300	301	277	276	
Kälber	kg	101	101	108	100	99	106	111	105	99	
Schweine	kg	80	80	80	81	80	80	81	81	81	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	127	130	126	123	149	103	147	158	162
	für Masthähnerküken	1 000	1 099	1 126	1 081	1 088	1 196	1 190	1 086	1 088	1 053
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	927	914	965	872	936	941	870	969	980	
*Milcherzeugung											
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	94	95	96	96	95	96	...	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,0	12,9	10,3	10,8	11,7	11,2	11,6	12,0	...	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1980/81 = 6

c) Winterhalbjahr 1981/82 = 5

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	183	180	181	180	177	175	173	172	170
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	130	126	127	126	124	122	120	119	117
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	19 117	18 207	19 531	18 737	17 199	18 208	17 677	17 616	16 439
*Löhne (brutto)	Mill. DM	308,4	310,7	309,2	391,2	324,3	302,0	297,5	398,2	318,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	180,5	191,0	178,7	255,6	212,2	186,7	185,5	266,7	213,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 395	1 456	1 373	1 452	2 024	1 328	1 314	1 439	1 423
aus dem Inland	Mill. DM	1 010	981	977	1 049	899	922	990	1 068	1 003
aus dem Ausland	Mill. DM	385	475	396	403	1 025	406	324	371	420
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 595	2 791	3 031	2 868	2 920	3 007	2 933	2 864	3 433
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 174	2 265	2 482	2 320	2 355	2 434	2 367	2 383	2 672
*Auslandsumsatz	Mill. DM	421	526	548	547	565	573	566	481	761
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	30	32	31	35	28	20	28	26	25
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	29,3	36,3	40,7	37,7	34,6	33,4	31,2	36,5	34,8
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	1,1	0,7	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	3,3	3,4
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,2	35,7	40,4	37,4	34,3	33,3	31,2	33,2	31,4
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	87	102	88	66	70	77	94	97
*leichtes Heizöl	1 000 t	14	11	11	12	15	8	9	10	11
*schweres Heizöl	1 000 t	91	76	91	76	51	62	69	84	86
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	225	227	250	225	218	227	233	231	231
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	33	39	39	46	29	39	40	40
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 610	54 150	52 958	51 554	49 926	50 421	49 367	48 210	46 882
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 582	5 861	6 943	5 648	3 232	6 902	6 284	5 910	4 167
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 971	2 576	2 983	2 461	1 399	2 830	2 595	2 462	1 797
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 179	1 093	1 248	1 043	656	1 396	1 321	1 169	880
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 264	2 053	2 551	2 024	1 099	2 493	2 207	2 124	1 388
*Löhne (brutto)	Mill. DM	119,7	113,2	127,5	138,2	68,0	130,0	120,2	158,9	90,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	18,3	18,9	17,7	26,8	20,5	17,9	17,8	28,1	19,9
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	417,5	398,9	433,8	494,2	526,6	459,4	423,7	469,7	540,8
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	251,4	238,9	185,0	149,6	148,4	266,5	179,1	161,8	229,9
Ausbaugewerbe⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 808	8 891	9 172	9 037	8 869	8 812	8 369	8 223	8 061
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 057	1 060	1 156	1 097	1 019	1 116	1 004	1 020	935
Löhne und Gehälter	Mill. DM	19,5	20,4	21,0	23,0	21,8	20,5	19,0	22,5	20,7
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	58,4	63,4	73,5	89,4	62,6	59,0	69,5	90,4
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	710	1 059	917	1 194	1 414	608	708
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	788	806	849	868	971	723	807
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	4	4	3	3	6	1	2	3	...
Handwerk										
Handwerk (Meßzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30. 9. 1976 * 100	109,1	106,6	.	.	4.Vj.81	3.Vj.82	.	.	4.Vj.82
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. -D 1976 * 100	135,0	132,9	.	.	104,9	103,8
						153,8	131,2

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle \approx 1 t SKE = Steinkohle-

Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ \approx Gas (H₂ \approx 35,169 MJ/m³) \approx 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht \approx 1,46 t SKE, schwer \approx 1,40 t SKE

5) 1 000 kWh Strom \approx 0,123 t SKE 6) endgültige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit

20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982			
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	903	685	596	391	488	539	477	481	350
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	743	520	465	276	394	352	360	315	229
*2 Wohnungen	Anzahl	113	112	75	68	54	102	66	87	54
*Rauminhalt	1 000 m ³	825	659	562	448	455	603	542	519	466
*Wohnfläche	1 000 m ²	141	114	103	78	77	104	84	95	79
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	176	137	142	108	112	156	116	151	79
*Rauminhalt	1 000 m ³	669	525	526	397	414	673	739	399	564
*Nutzfläche	1 000 m ²	114	91	98	67	81	108	115	80	82
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 580	1 347	1 263	985	956	1 445	1 072	1 271	1 174
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	511,4	709,7	679,1	876,2	641,5	693,5	638,5	763,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	97,7	131,1	126,4	112,2	115,4	127,5	111,3	117,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	413,7	578,5	552,7	764,0	526,2	566,0	527,2	645,4	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	10,4	13,3	16,4	17,3	12,8	16,1	15,7	14,6	...
*Halbwaren	Mill. DM	61,6	73,5	73,7	46,3	62,8	49,5	48,4	58,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	341,7	491,7	462,6	700,5	450,6	500,4	463,1	572,2	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	39,3	51,1	53,0	43,8	55,2	62,7	66,1	61,3	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	302,3	440,6	409,6	656,7	395,4	437,7	397,0	510,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	236,4 ^a	275,8	267,5	253,9	240,0	317,0	275,9	288,7	...
darunter Dänemark	Mill. DM	51,2	63,4	56,8	47,7	46,4	61,2	54,0	65,8	...
Frankreich	Mill. DM	52,4	51,9	51,1	50,6	49,1	58,8	53,2	50,8	...
Niederlande	Mill. DM	45,9	51,8	43,8	44,0	42,5	53,8	56,9	48,5	...
Großbritannien	Mill. DM	39,2	44,8	51,7	50,8	38,3	37,5	36,5	34,9	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1980 = 100	100	103,7	106,6	106,5	135,6
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1980 = 100	100	101,3	92,0	76,2	84,3	115,4
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten¹⁾										
*Ankünfte	1 000	211	216	219	118	91	282	p 220	p 118	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	21	22	22	15	10	26	p 17	p 12	...
*Übernachtungen	1 000	1 217	1 248	1 006	457	366	1 743	p 953	p 411	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	47	43	44	33	22	46	p 35	p 22	...
Verkehr										
Seeschifffahrt²⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	1 174	1 164	1 285	992
Güterversand	1 000 t	498	567	584	525	595
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	202	199	236	183	214	153	159	154	162
*Güterversand	1 000 t	208	189	188	123	129	149	147	126	134
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	9 264	8 751	8 169	7 208	6 834	7 501	8 029	6 912	...
*Personenkraftwagen 3)	Anzahl	377	416	82	54	51	191	107	43	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	8 047	7 686	7 458	6 684	6 263	6 790	7 380	6 390	...
	Anzahl	536	420	387	302	319	304	318	284	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 474	1 452	1 549	1 638	1 059	1 610	1 587	p 1 575	p 1 505
*Getötete Personen	Anzahl	44	43	45	61	30	36	49	p 49	p 58
*Verletzte Personen	Anzahl	1 909	1 874	1 978	2 036	1 352	2 005	2 037	p 2 024	p 1 931

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Ab Oktober 1981 zusätzlich einschließlich Kinderheime und Zeltlager

2) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

a) ohne Griechenland

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1980	1981	1981			1982			
	Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100									
Einfuhrpreise	125,3	142,9	144,4	143,3	143,3	146,0	146,9	147,1	...
Ausfuhrpreise	115,1	121,3	122,7	122,8	123,1	127,2	127,0	127,0	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	120,4	133,6	136,1	135,6	136,0	138,6	139,0	139,1	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	117,1	126,2	129,0	129,5	129,8	134,4	134,9	134,8	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	99,3	104,6	108,4	110,3	111,4	109,0	p 109,0	p 110,2	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	134,1	142,0	.	143,7
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	112,7	121,9	124,4	124,5	124,8	127,0	127,8	p 128,3	...
Einzelhandelspreise	116,1	122,2	123,5	124,3	124,7	129,4	129,8	130,3	130,4
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	117,0	123,9	125,8	126,4	126,8	131,6	132,0	132,3	132,6
darunter für									
*Nahrungs- und Genußmittel	112,7	118,2	119,0	119,8	120,3	126,2	125,9	126,2	126,6
Kleidung, Schuhe	120,8	126,8	128,6	129,5	129,7	133,5	133,9	134,5	134,6
Wohnungsmieten	115,4	120,4	122,2	122,6	123,0	127,6	128,1	128,7	129,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	137,6	157,8	163,8	166,0	166,4	172,9	177,4	177,9	174,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	116,7	123,7	124,8	126,1	126,7	129,3	129,7	130,3	130,9
Löhne und Gehälter									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	609	633	642	.	.	.	646	.	.
darunter *Facharbeiter	644	668	676	.	.	.	677	.	.
*weibliche Arbeiter	400	420	426	.	.	.	436	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	385	402	406	.	.	.	421	.	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	14,35	15,08	15,30	.	.	.	15,76	.	.
darunter *Facharbeiter	15,14	15,87	16,10	.	.	.	16,47	.	.
*weibliche Arbeiter	9,99	10,55	10,69	.	.	.	11,17	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	9,60	10,14	10,23	.	.	.	10,77	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	42,4	42,0	41,9	.	.	.	41,0	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	40,1	39,7	39,8	.	.	.	39,0	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 319	3 508	3 561	.	.	.	3 731	.	.
*weiblich	2 272	2 405	2 443	.	.	.	2 551	.	.
Technische Angestellte									
*männlich	3 526	3 684	3 735	.	.	.	3 867	.	.
*weiblich	2 192	2 318	2 352	.	.	.	2 458	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	2 863	3 025	3 086	.	.	.	3 218	.	.
*weiblich	1 943	2 062	2 098	.	.	.	2 225	.	.
Technische Angestellte									
männlich	2 955	3 013	3 017	.	.	.	3 161	.	.
weiblich	.	.	(2 211)	.	.	.	(2 270)	.	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 008	3 178	3 237	.	.	.	3 380	.	.
weiblich	2 035	2 158	2 194	.	.	.	2 318	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 490	3 642	3 688	.	.	.	3 830	.	.
weiblich	2 192	2 316	2 352	.	.	.	2 455	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fernverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins-gesamt	im sozialen Wohnungsbau						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 007	237	24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	23 181	505
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	...	8 516	3 309	1 209	6 942	2 590	262	14 971	511

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins-gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	...	54,7

Jahr	Steuern ⁶⁾								Neuverschuldung ⁷⁾			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 8)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1977	3 695	3 816	1 466	1 487	4 607	2 822	1 403	481	655	6 613	2 491	1 940
1978	3 948	4 086	1 516	1 778	4 775	2 849	1 474	498	668	7 317	2 544	2 003
1979	4 311	4 421	1 544	2 004	5 115	3 002	1 549	523	753	7 865	2 592	2 044
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 557 ^a	1 981 ^a
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 671 ^a	2 066 ^a

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾		für Wohn-gebäude 1976 = 100	der Lebenshaltung 1976 = 100		Industriearbeiter ¹¹⁾		Angestellte in Industrie ¹¹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerb-licher Produkte	landwirt-schaftlicher Produkte		ins-gesamt	Nahrungs-und Genuss-mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹²⁾		
	1976 = 100	1976 = 100			kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)			
	DM											
1977	102,7	98,9	104,9	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	103,9	95,5	111,3	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	108,9	96,9	121,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	117,1	99,3	134,1	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	126,2	104,6	142,0	123,9	118,2	693	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1. 10. bis 30. 9.) 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahr 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 7) ohne Kassenkredite 8) ohne Schulden der Eigenbetriebe 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) für alle privaten Haushalte 11) einschließlich Hoch- und Tiefbau 12) Endgehalt, Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) ohne Schulden der Krankenhäuser

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. September 1982			Bevölkerungsveränderung im September 1982			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1982 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	86 811	- 0,1	- 1,0	- 29	- 77	- 106	40	2	51
KIEL	248 453	- 0,1	- 0,4	- 66	- 175	- 241	128	5	151
LÜBECK	218 085	- 0,1	- 0,8	- 61	- 240	- 301	115	3	137
NEUMÜNSTER	79 877	+ 0,0	- 0,2	- 14	24	10	67	1	75
Dithmarschen	131 058	- 0,0	+ 0,1	- 30	- 34	- 64	89	5	120
Hzgt. Lauenburg	157 489	+ 0,0	+ 0,3	- 12	75	63	90	4	117
Nordfriesland	162 235	- 0,2	- 0,2	- 6	- 355	- 361	89	1	132
Ostholstein	194 137	- 0,1	+ 0,4	- 38	- 62	- 100	109	4	152
Pinneberg	260 948	- 0,0	+ 0,0	- 1	- 57	- 58	145	6	180
Plön	116 486	+ 0,1	+ 0,2	- 23	116	93	54	2	69
Rendsburg-Eckernförde	246 984	+ 0,0	+ 0,2	19	44	63	164	7	202
Schleswig-Flensburg	183 037	+ 0,0	+ 0,3	25	9	34	101	3	131
Segeberg	212 981	+ 0,1	+ 0,5	42	97	139	142	10	196
Steinburg	128 522	- 0,0	- 0,3	- 17	12	- 5	82	3	100
Stormarn	193 052	+ 0,1	+ 0,7	6	213	219	90	2	118
Schleswig-Holstein	2 620 155	- 0,0	+ 0,0	- 205	- 410	- 615	1 505	58	1 931

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1982		
	Betriebe am 31. 12. 1982	Beschäftigte am 31. 12. 1982	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1982 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	77	8 626	237	33 012	29 597	340
KIEL	140	25 827	469	93 998	84 621	339
LÜBECK	153	23 416	404	80 910	72 720	333
NEUMÜNSTER	74	9 601	92	33 645	29 864	374
Dithmarschen	80	6 677	321	65 526	52 714	402
Hzgt. Lauenburg	97	8 209	108	71 150	61 188	389
Nordfriesland	59	2 938	83	75 806	61 097	377
Ostholstein	90	5 599	93	81 926	70 009	361
Pinneberg	197	20 760	311	116 802	101 854	390
Plön	48	2 618	34	54 808	46 168	397
Rendsburg-Eckernförde	128	10 448	334	113 661	94 904	385
Schleswig-Flensburg	89	4 816	130	87 849	71 225	390
Segeberg	173	14 336	223	111 644	95 927	452
Steinburg	99	10 538	242	59 745	48 724	379
Stormarn	147	15 570	351	88 801	77 907	405
Schleswig-Holstein	1 651	169 979	3 433	1 169 283	998 519	381

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1982 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5. u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1982			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 11. 1982	Kurzarbeiter Monatsmitte Nov. 1982	offene Stellen am 30. 11. 1982	Schweine insgesamt am 3. 8. 1982	Rindvieh am 3. 6. 1982	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 619,4	+ 5,0	+ 0,1	103	21	2,1	1 834	1 619	513
Hamburg	1 630,4	- 9,1	- 0,6	62	15	2,0	11	15	3
Niedersachsen	7 261,6	+ 2,5	+ 0,0	286	155	5,7	7 150	3 297	1 088
Bremen	689,0	- 4,7	- 0,4	32	13	0,7	8	22	4
Nordrhein-Westfalen	17 010,4	+ 0,6	- 0,2	635	286	12,7	5 677	1 995	617
Hessen	5 606,3	+ 4,2	+ 0,1	156	86	6,2	1 278	886	284
Rheinland-Pfalz	3 639,0	- 0,2	- 0,1	111	37	3,6	669	654	223
Baden-Württemberg	9 281,1	+ 4,3	+ 0,1	213	193	11,9	2 199	1 819	680
Bayern	10 961,3	+ 4,6	+ 0,2	321	173	13,6	4 212	4 991	1 980
Saarland	1 060,4	- 5,3	- 0,4	42	39	0,7	48	73	26
Berlin (West)	1 879,1	- 11,5	- 0,6	77	16	2,3	4	1	0
Bundesgebiet	61 637,9	+ 1,6	- 0,0	2 038	1 033	61,5	23 091	15 372	5 419

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im September 1982	
	Beschäftigte am 31. Oktober 1982 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1982		Beschäftigte am 30. September 1982		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	173	2 933	19	50	19	1 445	5,5
Hamburg	158	6 835	11	27	17	347	2,1
Niedersachsen	672	10 434	27	137	19	3 268	4,5
Bremen	84	1 573	27	13	19	154	2,2
Nordrhein-Westfalen	2 054	30 767	26	269	16	7 624	4,5
Hessen	627	8 109	27	98	17	2 762	4,9
Rheinland-Pfalz	376	6 346	36	70	19	1 654	4,5
Baden-Württemberg	1 403	19 120	29	194	21	4 928	5,3
Bayern	1 313	16 903	29	252	23	5 669	5,2
Saarland	149	2 092	31	20	19	403	3,8
Berlin (West)	166	3 091	12	34	18	499	2,7
Bundesgebiet	7 175	108 202	26	1 163	19	28 753	4,7

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Juli 1982			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Oktober 1982				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 10. 1982 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	1 169	999	381	1 587	49	2 037	131	5 173	473	421	...
Hamburg	635	570	350	965	20	1 241	131	8 599	800	3 529	...
Niedersachsen	3 309	2 798	385	3 899	154	5 008	132	6 478	471	481	...
Bremen	267	240	348	444	10	522	120	7 210	554	1 108	...
Nordrhein-Westfalen	7 357	6 560	386	8 295	212	10 532	130	7 384	538	832	...
Hessen	2 671	2 312	412	2 876	90	3 730	133	8 037	549	725	...
Rheinland-Pfalz	1 790	1 500	412	1 789	62	2 378	136	7 385	482	564	...
Baden-Württemberg	4 450	3 774	407	4 394	133	5 887	137	7 876	575	771	...
Bayern	5 272	4 292	392	5 776	275	7 636	137	8 159	550	644	...
Saarland	478	426	402	533	21	696	135	7 093	468	491	...
Berlin (West)	658	582	310	1 171	15	1 405	121	7 098	430	1 217	...
Bundesgebiet	28 158 ^a	24 105 ^a	391	31 729	1 041	41 072	133	7 471	535	786	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer

4) Vorläufige Werte 5) ohne Bundespost und Bundesbahn 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe 1982 1/18

Handel und Gastgewerbe

Arbeitsstätten des Einzelhandels 1/2

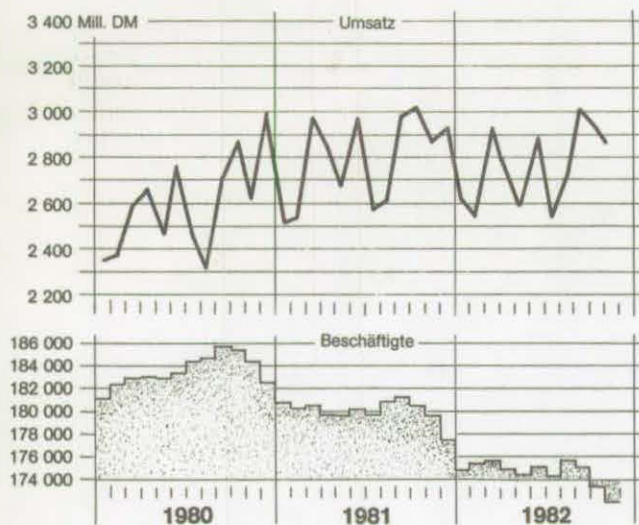
Die Apotheken 1979 1/5

Unternehmen des Gastgewerbes 1982 1/8

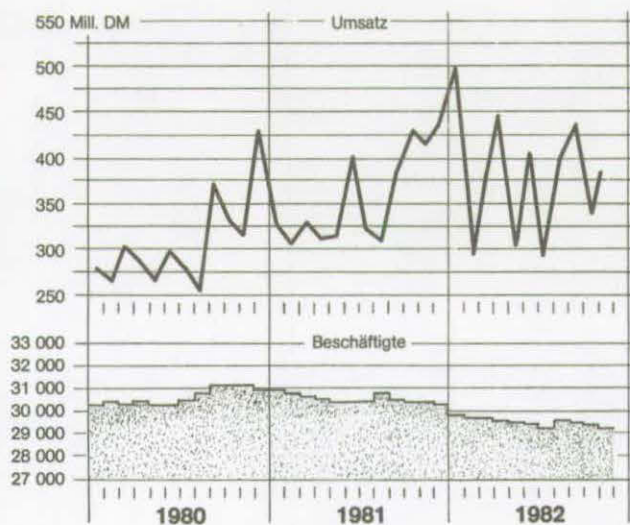
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil A: Bevölkerung (Bevölkerungszustand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Arbeitslose; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

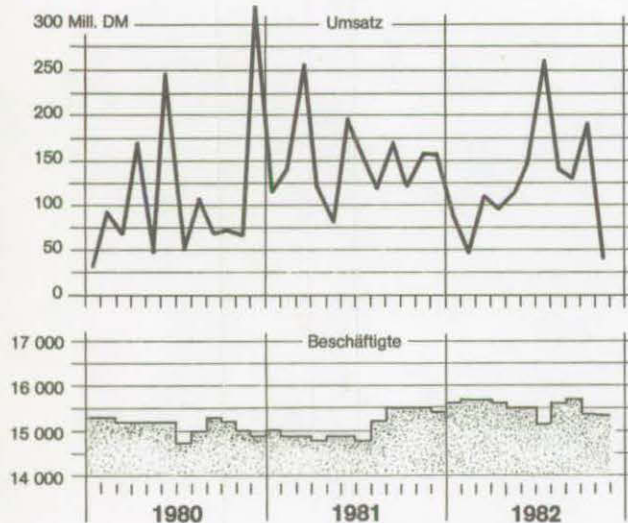
Verarbeitendes Gewerbe*



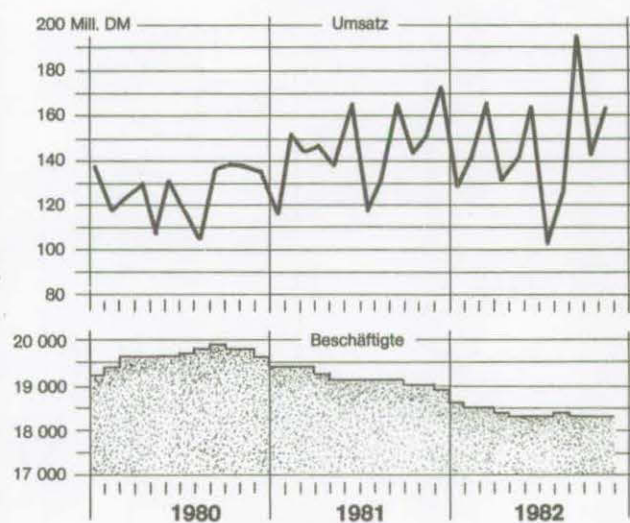
Maschinenbau*



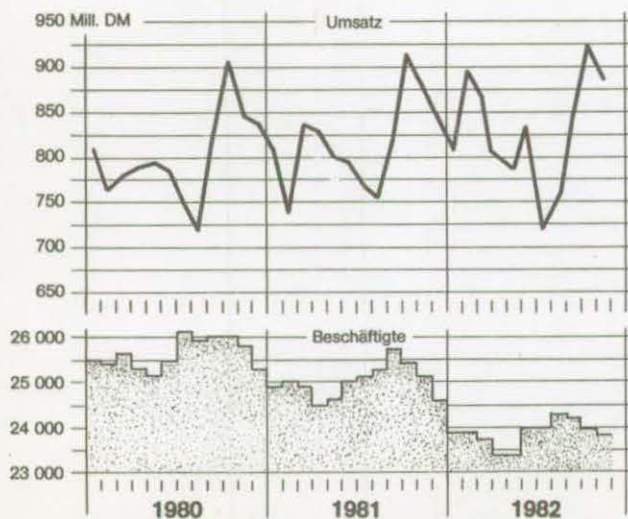
Schiffbau*



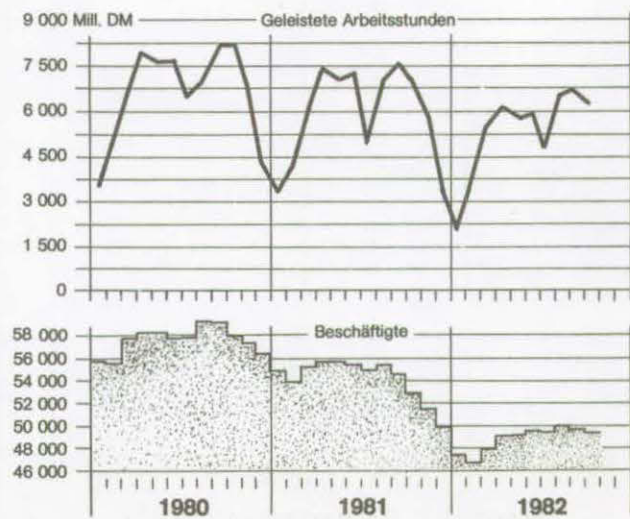
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



* Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

